

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE POLITISCHE OFFENSIVE DER UNTERNEHMERVERBÄNDE

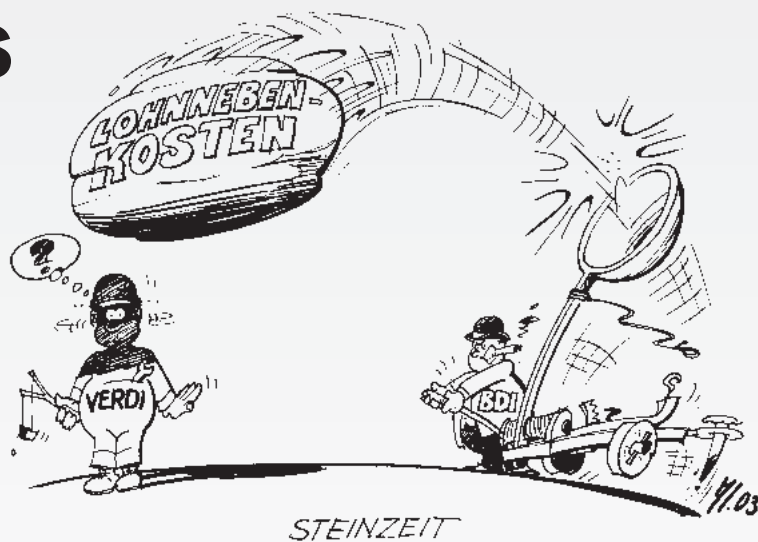
Gewerkschaften reagieren orientierungslos

Die soziale Abwärtsspirale betrifft zunehmend größere Teile der Bevölkerung – und sie beschleunigt sich. Die Halbwertzeit der »Reform«-vorschläge und abgegebener Versprechungen bemisst sich nicht mehr nach Monaten, sondern nur noch nach Wochen. Die faktisch von einer großen Koalition beschlossene Gesundheitsreform, darin sind sich selbst die beteiligten Politiker und »Experten« von Union und SPD unmittelbar nach ihrer Verabschiedung einig, stellt keine langfristige Lösung, sondern nur eine kurzfristige finanzielle Entlastung der Krankenkassen dar. Weitere Einschnitte für Versicherte und Patienten werden folgen.

An zwei Beispielen lassen sich Charakter und Richtung der ausgebrochenen »Reformwut« verdeutlichen. Wer sich als Beschäftigter über Jahrzehnte ein kleines finanzielles Polster für das Alter mühsam erarbeitet hat, wird mit Hartz III und IV praktisch enteignet. Bevor er zukünftig nach längerer Arbeitslosigkeit staatliche Unterstützung erhält, muss er seine Ersparnisse aufbrauchen – das sieht die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor, auch wenn die SPD-Kritiker zunächst noch kleine Abfederungen einbauen konnten. Die kleinen Sparguthaben und Lebensversicherungen dienen zukünftig dazu, den Staat und die Sozialversicherungen von bisher geltenden finanziellen Verpflichtungen und Zahlungen zu befreien. Völlig anders dagegen der Umgang mit den wirklich Vermögenden, den »Leistungsträgern der Gesellschaft«. Hatten diese ihre Gelder ins Ausland transferiert, so werden sie durch die Steueramnestie von Eichel auch noch belohnt. Sollten sie sich selbst anzeigen und ihr im Ausland angelegtes Vermögen wieder auf deutsche Konten zurückholen, verzichtet der Staat großzügig auf die Strafverfolgung.

In folgenden Ausführungen wollen wir die innenpolitische Situation knapp skizzieren, wie sie sich uns Anfang November, nach den Gewerkschaftstagen von IG Metall und ver.di darstellt.

Die deutschen Unternehmer (als »Exportweltmeister«) konnten in den letzten Jahren durch Rationalisierungen, Fusionen und Konzentrationen ihre ökonomische Macht stärken. Steigende Erwerbslosigkeit und wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt haben zugleich die Position derer,



die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, entscheidend geschwächt. Den Gewerkschaften sind auf ihrem traditionellen Feld, den Tarifverhandlungen, dadurch immer engere Grenzen gesteckt. Selbst getrieben durch die ökonomische Entwicklung – einem verschärften internationalen Wettbewerb auf enger werdenden, weil zunehmend gesättigten und von zahlungsfähiger Nachfrage abhängigen Märkten – versucht die Bourgeoisie das Kräfteverhältnis noch eindeutiger zu ihren Gunsten zu verschieben. Bisher zugestandene Tarife sowie soziale Sicherungen sollen Stück für Stück abgetragen und die Gewerkschaften entscheidend geschwächt werden.

Mit immer neuen Vorstößen setzen BDI, BDA sowie die Zusammenschlüsse des Mittelstands und Handwerks die politischen Parteien und die Bundesregierung unter Druck. Ihr Ziel ist: die Lohnkosten sollen entscheidend gesenkt und den Unternehmen mehr Kapital zur Verfügung gestellt werden. Alle »Reform«-vorschläge dienen dem direkt oder indirekt. Die Parteien suchen durch die Berufung ständig neuer Kommissionen, mit »Reform«-konzepten und Gesetzesinitiativen, den Vorstellungen der Unternehmerverbände nachzukommen. Kaum sind die von den ernannten Kommissionen (Hartz, Rürup, Herzog) gemachten »Reform«-vorschläge umgesetzt, erheben die Vertreter des Kapitals neue Forderungen, stellen Politiker fest, dass die sozialen Einschnitte noch nicht ausreichen, um die »Defizite« bei Arbeitslosen-, Renten-, Pflege- und Krankenversicherung »auszugleichen«. Hartz I und II folgten Hartz III und IV, die am 17. Oktober vom Bundestag mit den Stimmen der Regierungsmehrheit verabschiedet wurden. Mit der Verabschiedung der »Hartz IV«-Gesetze

im Bundestag findet das erste Jahr dieser Legislaturperiode seinen passenden Abschluss. Die sogenannte »Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe« war von Anfang an integraler Bestandteil des Hartz-Konzeptes. Denn erst die massive Absenkung von der bisherigen Arbeitslosenhilfe zum »Arbeitslosengeld II« schafft den ökonomischen Druck, welcher die bisher schon eingeführten Pseudo-Alternativen vom Mini-Job über die Leiharbeit bis zur Ich-AG endlich als »Ausweg« erscheinen lässt. Die Verarmung der Erwerbslosen erzeugt einen Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt, wie ihn die Beschäftigten, die Belegschaften und die Gewerkschaften noch nicht gekannt haben. Damit wachsen die Chancen der Unternehmer, die eigene Konkurrenzfähigkeit mit billigen Löhnen zu erhöhen.

Die legislativen Gremien und die Parteien werden durch die vorgeschalteten Kommissionen von inhaltlichen Debatten »befreit«. Entscheidende Gesetze (u.a. die »Gesundheitsreform«) werden de facto vor ihrer Verabschiedung in Form einer großen Koalition hinter den Kulissen ausgehandelt. Diese Entwicklung führt zu Zersetzungserscheinungen in den Parteien, insbesondere den beiden großen »Volksparteien«, deren Mitgliedszahlen sinken und die immer weniger Menschen an die Wahlurnen locken können. Mit wenigen Ausnahmen geht die Wahlbeteiligung seit Jahren beständig zurück.

Besonders betroffen ist natürlich die SPD – als Regierungspartei und als vermeintlicher »Anwalt des kleinen Mannes«. Die Sozialdemokratie war mit den Ankündigungen der Hartz-Kommission in den letzten Bundestagswahlkampf gezogen und hatte, nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung der Gewerkschaften, am Ende knapp die Regierungsmacht behaupten können.

Die Enttäuschung großer Teile des Bürgertums über den ausgebliebenen Wahlsieg Stoibers machte sich in einer kurzen, heftigen Kampagne Luft. Der SPIEGEL-Titel zeigte Bundeskanzler Schröder als proletarischen Fahnenträger. Seitdem ist klar, dass die zusätzlichen Belastungen der Arbeiterklasse durch keine, noch nicht einmal eine symbolische Belastung der bürgerlichen Klasse begleitet wird – im Gegenteil (siehe Diskussion zu Vermögenssteuer, Gewerbesteuer etc.).

Die SPD hat bei den Bayerischen Landtagswahlen über neun Prozent verloren. Berücksichtigt man die sinkende Wahlbeteiligung, stellt sich die Entwicklung noch dramatischer dar. Über 700.000 Wähler, mehr als ein Drittel, haben gegenüber der letzten Wahl der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Mit Ausnahme der vergangenen Bundestagswahl mit ihren besonderen Ausgangsbedingungen

(bevorstehender Krieg gegen den Irak, Flutkatastrophe) ist das der Trend der letzten Jahre für die SPD. Selbst die CSU, die ihren Stimmenanteil steigern konnte und erstmals in der Geschichte der BRD die Zweidrittelmehrheit in einem Parlament errang, hat 120.000 Stimmen weniger erhalten. Auch wenn Kommunalwahlen in ihren Vergleichen weniger aussagekräftig sind, weil sie doch stärker von regionalen und örtlichen Besonderheiten geprägt sind, so ist auch in Brandenburg ist dieser Trend bestätigt worden. Die Wahlbeteiligung sank auf 45 Prozent, die SPD hat durch den Verlust von 16 Prozent ihre Vormachtstellung eingebüßt.

Das gesellschaftliche Klima ist Ausdruck der veränderten Kräfteverhältnisse. Die Menschen (Rentner und Kranke, Arbeitende und Arbeitslose) werden nur noch als Kostenfaktor begriffen. Diese Ideologie bestimmt die öffentliche Debatte und die politische Diskussion in den Parteien. Das kleine Häuflein von Kritikern in den »Volksparteien« ist isoliert und wird durch die Parteiführungen unter Druck gesetzt. In der Union scharen sie sich um die CDA, als deren Vertreter Seehofer, Blüm und Geißler auftreten, in der SPD hat sich der AfA-Vertreter Schreiner zu ihrem prominentesten Fürsprecher gemacht. Doch sie wagen den offenen politischen Konflikt und möglichen Bruch nicht; sie bewegen sich auf der Ebene des parlamentarischen Kuhhandels, um die Regierungsmehrheit nicht zu gefährden. Was ihnen an kleineren Korrekturen bei Hartz III und IV noch zugestanden wurde, wird im Bundesrat vermutlich wieder rückgängig gemacht. Das haben CDU und FDP, die dort über eine Mehrheit verfügen, angekündigt.

INHALT

Gewerkschaften reagieren orientierungslos	1
Demo am 1. November in Berlin: Ein erster Schritt voran	4
IG-Metall-Streik: Streik-Niederlage im Osten	6
IG-Metall-Streik: Der Tiefstand des Klassenbewußtseins	8

Korrespondenzen:

Streik bei Federal-Mogul: Schluss mit lustig	1
Berlin: Wie weiter nach dem abgebrochenen Streik?	17
IGM-Gewerkschaftstag: Schlappe für die Modernisierer	19
IGM-Küste: »Hamburger Erklärung« und eine Antwort	20

Zur Diskussion:

Gegen eine Dolchstoßlegende (Kritik an IGM-Artikeln)	23
Über die innenpolitische Lage, die Rolle der Gewerkschaftsapparate und die Politik der Linken	25
Zu den Aktionen gegen das neue Arbeitszeitmodell für die Hamburger Lehrer und eine Antwort	27

Korrespondenzen:

Spenden für Kriegsdienstverweigerer in Israel	28
Berlin: Haushaltssanierung im freien Fall	29
Berlin: Tarifabschluss im öffentlichen Dienst...	30
Berlin: ...und seine Auswirkungen auf die Wohlfahrt	33
Berlin: Der BVG drohen Entlassungen und Lohnabbau	36
Bremen: Genosse Fritz Stein gestorben	39

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20045 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessenerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

In der Bevölkerung wächst der Unmut und die Unzufriedenheit über die Sozialraumpolitik der Bundesregierung. Während immer größere Kreise von deren Auswirkungen erfasst werden, sinkt die Hoffnung bzw. Erwartung auf die versprochenen Ergebnisse. Weder die Konjunktur zieht an, noch wird das Steigen der Arbeitslosigkeit wirklich gebremst. Dabei spiegeln sich in der offiziellen Arbeitslosenstatistik die in den Hartz-Gesetzen enthaltenen Disziplinierungsmaßnahmen schon wieder. Da sie sich der Entwicklung gegenüber ohnmächtig fühlen, können die Betroffenen zur Zeit ihrem wachsenden Unmut nur passiv Ausdruck verleihen: durch Wahlenthaltung, bzw. Überlaufen zum politischen Gegner (Union und Rechtsparteien). Es fehlt nicht nur an Erfahrungen kollektiven Handelns, sondern auch an politischer Orientierung.

Bei ihren politischen Angriffen auf die sozialen Sicherungssysteme und die Tarifautonomie bedienen sich die Vertreter des Kapitals der bürgerlichen Medien, des Parlaments und der Justiz. Die Arbeiterklasse kann diese Herrschaftsinstrumente nicht für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen, sie kann ihren materiellen und politischen Interessen nur im Kampf gegen die Unternehmer und die Institutionen der kapitalistischen Ordnung, d.h. gegen die Interessen der ausbeutenden und unterdrückenden Klassen Geltung verschaffen. Sie kann den Vorteil des Klassenfeindes nur ausgleichen durch ihre große Zahl und Masse. Diese aber fällt nur ins Gewicht (um eine alte Erkenntnis abgewandelt zu zitieren), wenn wenigstens entscheidende Teile von einem gemeinsamen Willen geleitet die praktische Auseinandersetzung aufnehmen und um die Zustimmung und Unterstützung der ganzen Klasse ringen. Zur Zeit verfügt »der kleine Mann« aber noch nicht einmal über eine Stimme, die seinen Interessen innerhalb des Parlaments wenigstens verbal Ausdruck verleiht, geschweige denn über eine, die dessen Grenzen aufzeigt.

Das sozialpartnerschaftliche Modell des Kapitalismus wird grundlegend umgestaltet. Die Herrschenden sind dabei, ihre Konkurrenzfähigkeit durch massive Absenkung sozialer Standards zu verbessern. Seit Jahren werden von den Unternehmerverbänden, sekundiert von den Politikern aller Parteien, »maßvolle Tarifabschlüsse« gefordert und von den Gewerkschaften abgeschlossen. Darüber hinaus wurden vielfach übertarifliche Leistungen durch Anrechnung auf die Tarifierhöhungen abgeschmolzen. Diese Maßnahmen wurden ergänzt durch sozialpartnerschaftlich vereinbarte Arbeitszeitmodelle, die mit massiven Lohnneinbußen für die abhängig Beschäftigten verbunden waren (VW, Opel). **Führte Sozialpartnerschaft früher in aller Regel zu begrenzten materiellen Verbesserungen für die Beschäftigten, um diese ruhig zu stellen und einzubinden, so dient sie heute offen dem Sozialabbau.** Die Gewerkschaften tragen diese Veränderung der »Sozialpartnerschaft« mit und verbrämen sie als Politik des kleineren Übels, der Arbeitsplatzsicherung und der Solidarität mit den Erwerbslosen.

Die jetzige »Reform« politik stellt dabei einen neuen Schritt dar: Jetzt werden die staatlich garantierten sozialen Sicherungssysteme rigoros beschnitten, die den Unternehmern früher oft zur sozialen Abfederung von Personalabbau dienten. Damit erhöht sich nicht nur der Druck auf die Beschäftigten erheblich, Verschlechterungen bei Einkommen und Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Zugleich dienen die jetzt als »Reformen« eingeleiteten Sparmaßnahmen

der Sanierung der Staatsfinanzen bei gleichzeitigen massiven Steuersenkungen für Wohlhabende. Außerdem werden damit sogenannte »Lohnnebenkosten« gesenkt bzw. begrenzt. Die Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme werden flankiert von zunehmenden Versuchen, staatliche Regelungen zum Schutz der Arbeiter (z.B. Arbeitszeitgesetz) in Frage zu stellen. Die Steuersenkungen sollen dabei durch Subventionsabbau finanziert werden, wobei unter Subventionen steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer verstanden werden (Steuerfreiheit von Wochenend- und Nachtarbeitszuschlägen und Fahrkostenpauschale).

Die Herrschenden sind dabei, den sozialen Mantel abzulegen und zum offenen ökonomischen und politischen Angriff auf die Lebenshaltung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung überzugehen. Was läge also näher, als die Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital auf allen Ebenen des Klassenkampfes zu führen? Denn gegenüber Kämpfen mit politischer Zielsetzung außerhalb des parlamentarischen Formalismus reagieren die herrschende Klasse und ihre Parteien empfindlich. Die Gewerkschaften stehen politisch hilflos daneben. Gewerkschaften als passive Zuschauer aber können keine politische Orientierung bieten, sie tragen im Gegenteil zu weiterer Zersetzung und Desorientierung bei.

Die Gewerkschaften haben für ihre bedingungslose Unterstützung der SPD bei den letzten Bundestagswahlen keine Gegenleistung erhalten. Im Gegenteil: Abschaffung des Arbeitsministeriums, Drohungen gegen die Tarifautonomie. Viele ihrer Funktionäre und Mitglieder sind darüber empört. Aber sie sehen keine Alternative zu diesem politischen System, in dem das Parlament zur einzig rechtmäßigen Vertretung des ohnehin illusorischen Allgemeinwohls erklärt wird. Sie halten sich selbst für die Vertreter von Gruppeninteressen, die nur einen Teil der Gesellschaft repräsentieren und auf keinen Fall »dem Gesetzgeber« ins Handwerk pfeuschen dürfen. Aus diesem Grund sind sie auf »parlamentarische Partner« angewiesen, die ihre Vorstellungen zumindest teilweise in der Politik, d.h. auf der parlamentarischen Ebene, aufgreifen. Deshalb reagieren sie auf die Zurückweisung ihrer Positionen durch die Sozialdemokratie mit folgenloser Wut und Empörung.

Im Verständnis der Öffentlichkeit, die selbstverständlich eine bürgerliche Öffentlichkeit ist, besteht Politik im Kampf um die Beeinflussung der staatlichen Apparate. Die herrschende Vorstellung von staatlicher Machtausübung gipfelt unter dieser Voraussetzung in der Unterschriftsleistung des zuständigen Beamten. Diese Vorstellung findet im alltäglichen Leben vielfach Bestätigung. Sie wird von den Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften mehrheitlich geteilt. Demgegenüber erscheinen Interessenkonflikte eigentlich als »unpolitisch«. Die übliche Sprachformel von der »Tarifpolitik« scheint dem zu widersprechen. Aber tatsächlich fließen in dem zentralen Begriff der »Tarifautonomie« alle Vorstellungen der heutigen deutschen Gewerkschaften von ihrem Platz in der Gesellschaft zusammen. Sie bilden kollektive Organisationen der abhängig Beschäftigten zur Vertretung ihrer Gruppeninteressen gegenüber den Unternehmern, die ihrerseits ihre ebenso berechtigten Interessen vertreten. Aufgrund der sozialen Lage der abhängig Beschäftigten können diese ihre Interessen in der Regel nur kollektiv erfolgreich vertreten. Aber prinzipiell zielen die Gewerkschaften auf vertragliche Regelungen der Arbeitsbeziehungen

Ein erster Schritt voran

Wohl 100.000 haben an der **Demonstration am 1. November** teilgenommen, das meldeten übereinstimmend Veranstalter, Polizei und Medien. Geprägt war das Bild von den zahlreich erschienenen GewerkschafterInnen, die ca. 70 Prozent der Teilnehmer stellten, der Rest verteilte sich auf attac, die Anti-Hartz-Bündnisse und Sozialforen, die Grauen Panther, die PDS sowie verschiedenste kleine linke Parteien und Organisationen. Mit einer derartigen Beteiligung hatte im Vorfeld niemand gerechnet. Noch Anfang Oktober rechneten die Veranstalter selbst mit einigen tausend DemonstrantInnen, alles, was über 10.000 liegen würde, galt schon als kleiner Erfolg. Am Vorabend des 1. November wurde – aufgrund der zahlreich bestellten Busse – die Schätzung auf 20.000 nach oben korrigiert. Demonstration und Kundgebung waren für alle Beteiligten eine positive Überraschung und eine Aufmunterung für die zukünftig geplanten Schritte und Aktionen.

Hinter den zahlreichen gewerkschaftlichen Fahnen und Transparenten, die das Bild der Demonstration prägten, hatten sich Kolleginnen und Kollegen aus vielen Teilen des Bundesgebietes versammelt. Sie brachten nicht nur ihre Ablehnung der Agenda 2010 etc. zum Ausdruck, sondern auch ihre Bereitschaft, die Politik ihrer Gewerkschaft nicht mehr allein den Vorständen zu überlassen. Deren Dialog mit den Parteien und Unternehmerverbänden setzten sie den öffentlichen, außerparlamentarischen Protest entgegen. Besonders stark vertreten waren ver.di und die IG Metall, aber auch KollegInnen der IG BAU, der IG BCE und der NGG waren mit Fahnen und Transparenten erschienen.

Einen offiziellen Aufruf von Seiten des DGB und aus den Führungsetagen der Einzelorganisationen hatte es nicht gegeben. Aber dem in den Gewerkschaften gewachsenen Unmut (u. a. über die verkündete »Sommerpause«, sprich Einstellung des Widerstandes) mussten die Vorstände Rechnung tragen. Sie überließen den unteren Gliederungen die Ent-



scheidung über einen Aufruf zur Teilnahme, wohl auch mit einem Hintergedanken. Noch im Frühjahr war die geringe Beteiligung an Protestaktionen von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen als Vorwand zur Rechtfertigung ihres Unterordnungs- und Integrationskurses genutzt worden. Dieser Rechtfertigung wurde mit der unerwartet großen Beteiligung der Wind aus den Segeln genommen.

Der Verlauf der Demonstration vom 1. November zeigt zugleich, dass sich die Stimmung in den letzten Monaten nicht nur in den Gewerkschaften ein Stück weit gewandelt hat. So mussten die bürgerlichen Medien aufgeschreckt mel-

gen und stellen die Berechtigung ihres Vertragspartners, der Unternehmer, nicht in Frage. Der Staat soll sich heraus halten und höchstens die »Waffengleichheit« überwachen.

Die Mitgliederbeteiligung in den Gewerkschaften stagniert auf niedrigem Niveau. Vor dem Hintergrund der Enttäuschung darüber, dass die Funktionäre mit ihrer Stellvertreterpolitik nicht mehr das herausholen, was die Kolleginnen und Kollegen erhofft oder erwartet haben, droht die Gefahr, dass sich die Mitglieder immer weniger für die Unterstützung von Tarifverhandlungen bewegen lassen. Darauf sind die Funktionäre jedoch angewiesen, wollen sie in Verhandlungen überhaupt noch etwas bewegen. Die Stellvertreterpolitik der Gewerkschaftsführungen ist am Ende. Jahrzehntlang haben sie, die sich als tragenden Säule der bürgerlichen Demokratie verstehen, stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen gehandelt, verhandelt. Wie auch jüngst in der Stahltarifrunde haben sie die Mobilisierung nur zur Stärkung ihrer Verhandlungsposition gebraucht. Mobilisiert und nicht gekämpft, Urabstimmung und nicht gestreikt, Ergebnis von den Mitgliedern abgelehnt und vom Vorstand angenommen – das sind die praktischen Erfahrungen, die viele Belegschaften in den letzten Jahrzehnten machen muss-

ten. »Die da oben machen Wirbel und schließen dann doch ab.« Die vorhandene Passivität – sie ist Ausdruck der in der Vergangenheit gewährten materiellen Absicherungen – wurde durch die Stellvertreterpolitik weiter verstärkt und zum »Prinzip« gewerkschaftlicher Politik erhoben. Die Verzagtheit durch mangelnde Erfahrung kollektiven Handelns, die Individualisierung usw. lässt sich nicht von heute auf morgen überwinden. Dazu bedarf es der Bereitschaft größerer Teile der Lohnabhängigen, sich zu wehren sowie der beharrlichen politischen und praktischen Anstrengung durch die wenigen aktiven Linken in Betrieb und Gewerkschaft.

In den Chefetagen der Gewerkschaften gibt es zur Zeit Auseinandersetzungen – aber nicht darüber ob, sondern nur wie weit man der Bundesregierung und dem Unternehmerlager entgegenkommen soll. Da die SPD als politischer Partner ausfällt, der hilft die sozialpartnerschaftliche Funktion der Gewerkschaftsvorstände gegenüber den materiellen Bedürfnissen und Erwartungen der Mitglieder zu stärken und stützen, ist auch das Verhältnis zu ihr umstritten. Auch hier stellen die verschiedenen Strömungen in den Vorständen nicht das Verhältnis im Grundsatz in Frage. Es geht lediglich



den, dass sich während der Demonstration zahlreiche Passanten spontan angeschlossen hatten und dadurch die Zahl der Teilnehmer verdoppelten. »Eigentlich waren es zwei verschiedene Demonstrationen, die da gestern gegen den rot-grünen Sozialabbau durch die Hauptstadt zogen. Die eine marschierte gegen 14 Uhr vom Alexanderplatz los, die andere kam gegen 16 Uhr am Gendarmenmarkt an. Dazwischen, irgendwo zwischen Tor- und Friedrichstraße, muss etwas Wundersames passiert sein. ... Aus dem Häuflein von vielleicht knapp zehntausend Aufrechten mit vielen ver.di-Fahnen und dem obligatorischen schwarzen Block wurde eine Großdemonstration von über 100.000 Menschen. ... Da schwang der ersten Rednerin auf der Haupttribüne, dass sich an diesem gemütlichen Berliner Einkaufssonabend etwas Neues abzuzeichnen beginnt, ein neuer Unwillen breiter Schichten über die rot-grüne Politik erkennbar wird.« So beschreibt die Berliner Morgenpost (Springer-Verlag) am 2. November die Demonstration.

Tatsächlich hat sich seit dem Frühjahr die soziale Abwärtsspirale enorm beschleunigt. War die Agenda 2010 damals für viele lediglich eine abstrakte, propagandistische Ankündigung, so haben sich die eingeleiteten und geplanten Maßnahmen im Verlaufe des Sommers konkretisiert: die Ein-

bußen lassen sich in Heller und Pfennig ausrechnen – und der Abbau betrifft nicht nur Erwerbslose, Kranke und Rentner. Für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie in etlichen Konzernen und Betrieben wurden gravierende materielle Einschnitte vorgenommen oder angekündigt. Die Furcht vor dem eigenen sozialen Abstieg ist ebenso gewachsen wie der Unmut mit der Bundesregierung und den parlamentarischen Parteien insgesamt. In einem unterscheidet sich die Situation von der vergangener Jahre: Die Einschnitte sind keine einmaligen Opfer, von denen man glauben kann in der nächsten Zeit verschont zu werden. Im Gegenteil, jeder beschlossenen Abbaumaßnahme lassen die Bundesregierung und die Unternehmerverbände die Ankündigung weiterer Einschnitte folgen. Jetzt gießt Kannegiesser, Vorsitzender von »Gesamtmetall«, noch »Öl ins Feuer«. Er will die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich in die kommende Lohntarifrunde einbringen.

Sicher erfordert selbst ein Teilerfolg gegen die von der herrschenden Klasse und der Bundesregierung eingeleitete Offensive mehr als eine Großdemonstration – der Widerstand müsste auch von Aktionen und Streiks in Betrieben und Verwaltungen begleitet werden. Doch ein erster Anfang ist gemacht. Ein Anfang, der den Beteiligten Mut macht.

darum, ob man in Einzelfragen einen begrenzten politischen Konflikt mit ihr austrägt oder sich von vorneherein unterordnet. Die grundsätzliche Orientierung einer auf Interessenausgleich und Klassenversöhnung bauenden Gewerkschaftspolitik wollen und können beide Flügel nicht verlassen. Denn würden sie den Angriffen der Unternehmer mit eigenen Angriffen begegnen, müsste die Sozialpartnerschaft in Frage gestellt und der Sozialpartner als Klassengegner enttarnt werden.

Die offizielle Haltung der Gewerkschaften schwankt deshalb zwischen wortradikalen Ankündigungen und Reden, dem regelmäßig der politische Kuhhandel mit der Regierung und den Parteien folgt. Als Beispiel sei hier nur das vorletzte Treffen mit dem Bundeskanzler angeführt. Für das Versprechen, die Unternehmer bei der Einschränkung der Tarifautonomie auszubremsen und diese Pläne selbst nicht weiter zu verfolgen, haben die Gewerkschaftsvertreter zugesichert, die »Agenda 2010« nicht durch ihre Aktivitäten in Frage zu stellen. Die Politik des »kleineren Übels« lässt Worte und Taten der Gewerkschaftsvorstände immer weiter auseinanderfallen und untergräbt so ihre Stellung und Autorität, die sie mit derartigen Winkelzügen zu erhalten glauben. Der Wechsel

zwischen wortradikaler Kritik an der Agenda 2010 und tatsächlicher Unterwerfung unter die Machterhaltungsbedürfnisse von rot-grüner Regierung lässt das Ansehen der Gewerkschaften bis weit in die Reihen der sozialdemokratischen Wählerschaft sinken. Ohne Verankerung unter den wenigen aktiven, allein gestützt auf die Passivität der großen Masse der Mitglieder, wird die Gewerkschaftsführung zur Knetmasse für Unternehmer und Regierung und im beginnenden Wahlkampf zum unterstützenden Anhängsel der Sozialdemokratie.

Die Bemühungen von linken Oppositionellen, die Gewerkschaftsvorstände zu einer eindeutigen Stellungnahme gegen die Sozialabbaupläne der rotgrünen Regierung zu bewegen, haben u. a. zum Ergebnis, dass die Bezirks-, Landes- und Bundesvorstände (vor allem von ver.di und IG Metall als den bedeutendsten Gewerkschaften) diese aktiven Minderheiten gewähren lassen. Dass sie zu einer Demonstration aufrufen und auch finanzielle Mittel in begrenztem Maße dafür verwenden, ist kein Abwenden von ihrer Vorstellung, wie sie sich retten können: Nur an der Seite der Sozialdemokratie, komme, was wolle. Es ist deshalb verständlich, wenn sie es wohlwollend hinnehmen, teilweise auch als Bündnis



Richtig, ein völlig unscharfes Bild von der Demo am 1.11. in Berlin. Aber passend. Unscharf, wie die offizielle Haltung von ver.di und anderen Gewerkschaften. Hier ist es ver.di-Vorstand Frank Bsirske. Er kam »privat«.

etikettieren, wenn attac sich als Forum für die Diskussionen und Aktionen anbietet, die den Linken in den Gewerkschaften nicht mehr möglich scheint. Die Folge: die Aktiven, die als einzige die passive Mehrheit der Mitglieder noch in Bewegung bringen könnten, entfernen sich vom Ort der Auseinandersetzung, nutzen den Zusammenschluss Gleichgesinnter nicht als Basis zur Mobilisierung der Masse, überlassen den »Kapitulanten im Klassenkampf« das große, entscheidende Feld der passiven Mitglieder. Für die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften eine Erleichterung, müssen sie sich doch innerhalb der Organisation immer weniger den kritischen Fragen zu ihrer politischen Rolle stellen.

Für die wenigen Linken in den Gewerkschaften gilt: Ein politisches Mandat der Gewerkschaften gegen die Bundesregierung und Unternehmer zu formulieren und durchzusetzen ist nicht möglich, wenn auf den Apparat oder Teile von ihm gebaut wird. Dem steht das materielle Eigeninteresse der Funktionäre entgegen. Sie werden nicht die Linie der Unterwerfung, des »kleineren Übels« verlassen (und eventuelle

Ausnahmen bestätigen die Regel), wenn dadurch ihr Posten gefährdet ist. Ein politisches Eingreifen der Gewerkschaften gegen die »Agenda 2010« etc. lässt sich nur erreichen, wenn ein erheblicher Teil der Mitglieder aktiv wird.

Die aktuelle Entwicklung der Sozialpolitik und der Einkommensverhältnisse der breiten Massen – die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung – verbessert die Voraussetzungen für die Wiederbelebung von gewerkschaftlichem Klassenbewusstsein, auch wenn die herrschende Klasse ihre Ideologie der Individualisierung aus allen Kanonen der Medienindustrie dagegen feuert. Gewerkschaftliches Klassenbewusstsein (= gegen die Unternehmerwillkür) entwickelt sich in den wirtschaftlichen Tageskämpfen quasi spontan, aber die höhere Mathematik des politischen Klassenbewusstseins und -kampfes (= gegen das kapitalistische System und den bürgerlichen Staat) muss von den Linken in die Arbeiterklasse »reingetragen« werden. Das ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, die nicht immer richtig verstanden wird.

Es ist nicht möglich, die Gewerkschaften, so wie sie sich in den letzten 55 Jahren entwickelt haben, von außen durch »politische« Organisationen mittels Bündnissen, die mit den reformistischen Vorständen abgesprochen werden, im sozialistischen Sinne zu verändern. In dem Maße, wie eine Auseinandersetzung unter den Mitgliedern um Richtung und Ziel der Gewerkschaftspolitik unter kapitalistischen Verhältnissen stattfindet, in dem Maße besteht die Möglichkeit, dass sich in (oder aus) den vorhandenen Gewerkschaften eine überlebensfähige Strömung herauschält, die in Verbindung mit den Arbeitslosen und den untersten Schichten der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu einer allgemeinen Arbeiterbewegung führt. Diesen Prozess zu fördern, sehen wir als eine unserer politischen Aufgaben an. Welche organisatorischen Formen die Herausbildung dieser Strömung annehmen wird, ist heute noch nicht zu beantworten, darüber werden erst die zukünftigen Klassenauseinandersetzungen ent-

■ DER TARIFKAMPF DER IG METALL UM ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Streikniederlage im Osten

Die Unternehmer erwiesen sich als unnachgiebig

Zunächst sah alles tatsächlich nach einer fast ganz normalen Tarifrunde aus. Auf ein Scheitern des Streiks deutete zu Beginn des Streiks praktisch nichts hin. Schon nach nur vier Tagen Streik, am 7. Juni, schloss die Stahlindustrie ab. Da inzwischen in den ostdeutschen Stahlbetrieben eine Million Tonnen mehr Rohstahl erzeugt werden als zu Zeiten der Vereinigung und die deutsche Rohstahlproduktion in den Monaten Januar bis Juni um 5,5 Prozent zugenommen hatte, gab es für solch einen Abschluss durchaus eine Basis. Auch bei einigen anderen Unternehmen gab es diese ökonomische Grundlage für Kompromisse, und dort wurden dann dementsprechend auch Haustarife abgeschlossen. Hier hat die Rationalisierung und Modernisierung in den letzten Jahren zu einer deutlichen Steigerung der Produktivität geführt. Dies gilt für den größten Teil der Betriebe aber nicht. Im Durchschnitt werden in ostdeutschen Betrieben nur circa 70 Pro-

zent der Westproduktivität erreicht. Da in Ostdeutschland zudem das ökonomische Gefälle zwischen Unternehmen, denen es gut geht und denen, wo das nicht zutrifft, sehr viel größer ist als im Westen, gibt es dort viel mehr Betriebe, die wirtschaftlich tatsächlich einen wesentlich engeren Spielraum haben.

Die Arbeitgeber der Metallindustrie waren daher nicht bereit, den Stahlabschluss auf die Metallindustrie zu übertragen. Genau diese Erwartungshaltung hatte es in der ganzen IGM – vom Vorstand bis zur Basis – gegeben. Von vornherein war der Streik sogar ganz bewusst so angelegt worden: Zunächst wird der Stahlbereich massiv bestreikt, um dort einen Abschluss zu erzielen, danach wird er auf die anderen Bereiche übertragen.

Aus Sicht der tonangebenden Arbeitgeber gab es zu einem scharfen Kurs keine Alternative. Bodo Finger, Präsi-

dent des Verbandes der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME) wies darauf hin, im Stahlbereich arbeiteten gerade mal 8000 Kollegen in wenigen Großunternehmen, wo die Gewerkschaft zudem in den Aufsichtsräten säße. Sein Verband vertrete jedoch die Interessen von 75 vor allem mittelständischen Unternehmen mit 28.000 Beschäftigten, für welche die Übernahme jenes Stahl-Ab-schlusses, der auf die Interessen der großen Konzerne abgestimmt war, unmöglich sei. Es waren aber nicht allein mittelständische Interessen, die gegen einen Kompromiss mit den Gewerkschaften standen. Es ist eines der zentralen Momente dieses Streiks, dass wesentliche Teile des Unternehmerlagers sich deutlich unnachgiebiger zeigten als bei Vergleichsfällen in der Vergangenheit. So forderte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt im Laufe des Streiks sogar eine Gesetzesinitiative zur Machtbeschränkung der Gewerkschaften.

Die Streikbewegung war zu schwach

Die Zahl der Streikenden ging, nachdem Sachsen ab der dritten Streikwoche endlich in den Vollstreik trat und zugleich der Streik auf Berlin-Brandenburg ausgeweitet worden war, schon bald unaufhörlich zurück. Der Höhepunkt der Streikzahlen für diese beiden Tarifbezirke wurde am 18. Juni mit 11.400 erreicht, am 26. Juni waren es nur noch 7680. Das war ein Minus von etwa 33 Prozent. Dieses Nachlassen war ganz offensichtlich schon im Gange, bevor am 24. Juni die westlichen Autobetriebsräte den Streik kritisierten, was erst am 26. Juni an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Nur zu einem ganz kleinen Teil ist der Rückgang in der vierten Juni-Woche darauf zurückzuführen, dass die IGM in einem bestimmten Bereich den Streik bewusst zurückfuhr. Eigentlich sollte nämlich allein das ZF-Werk in Brandenburg/Havel ab dem 26. Juni die Arbeit wieder aufnehmen. So sollte jenen Autobetriebsräten, welche die West-Fernwirkung so hart kritisierten, der Wind aus den Segeln genommen werden. Der Rückgang ging über diese begrenzte Maßnahme jedoch weit hinaus. Vom Höchststand der letzten Woche, der bei 9440 Streikenden lag, reduzierte es sich auf 7680, was einem Minus von fast 20 Prozent entspricht.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte der Umstand, dass eine Reihe von Firmen Haustarife abschlossen und deren Belegschaften somit aus dem Streik herausfielen. Insgesamt wurden im Laufe der Tarifrunde neun solcher Verträge abgeschlossen, alle in Sachsen. Letztlich war das Ausdruck von Schwäche. Das Unternehmerlager konnte nicht insgesamt zum Rückzug gezwungen werden. Bei der rückläufigen Entwicklung der Streikenden-Zahlen ist auch immer daran zu denken, dass dieser Rückgang ausgerechnet in einer Situation erfolgte, wo es eigentlich wegen des Unternehmerwiderstandes sogar notwendig gewesen wäre, die Zahl zu steigern und das zugleich möglichst bald, denn in Berlin sowie Brandenburg (3. Juli) und in Sachsen (12. Juli) drohte der Beginn der Sommerferien. Aber dafür gab es keine reale Basis.

Die ostdeutsche Streikbewegung war von Anfang an gehandikapt durch das enorme Missverhältnis zwischen denjenigen, die überhaupt streiken konnten, und der Zahl derer, welche sie repräsentierten. In der gesamten Metallindustrie der neuen Bundesländer sind 310.000 Menschen beschäftigt, aber aktiv teilgenommen haben nur maximal 13.000 Metaller. Darauf hinzuweisen wurden die Arbeitgeber während des Streiks nicht müde. Das darf allerspätestens

jetzt, wo der Kampf vorbei ist, gerade nicht dazu führen, die Augen vor diesem Problem zu verschließen. Völlig unabhängig davon, welche Propaganda der Klassegegner da treibt, ist diese Schwäche objektiv gegeben. Die Organisationsstärke der Gewerkschaften wurde im Osten durch die radikale Tarifflucht der Unternehmer nachhaltig unterminiert. Sehr deutlich lässt sich das am Beispiel Sachsen belegen. Dort sind im Metallbereich immerhin 125.000 Kollegen beschäftigt. Es sind jedoch nur 28.000 in solchen Betrieben angestellt, für die der Flächentarif noch gilt. Statt 184 Tarifbetriebe 1997 gibt es in Sachsen heute nur 85. Von jenen 28.000 Kollegen sind zudem nur 16.000 in der IGM organisiert, das sind gerade mal 12,8 Prozent aller Beschäftigten. In Sachsen beträgt der durchschnittliche Organisationsgrad (also einschließlich jener Betriebe, die nicht dem Flächentarif unterworfen sind) sogar nur circa zehn Prozent. Selbst das ist in Ostdeutschland noch hoch. Bei der Urabstimmung gaben in Sachsen 11.513 ihre Stimme ab, das sind 9,2 Prozent der Metall-Beschäftigten. Hiervon stimmten nur 9601 mit Ja, was 7,6 Prozent aller Kollegen in der sächsischen Metallindustrie entsprach. Schwierigkeiten, zu mobilisieren, hatte die IG Metall insbesondere in Berlin-Brandenburg. Es gab (insbesondere in Sachsen) Betriebe, wo der Streik bis zum Ende tatsächlich gestanden hat, die Masse der ausgewählten Unternehmen konnte aber nur sehr kurzfristig streiken, weil entweder von vornherein oder spätestens im Verlauf des Streiks der Unmut nicht weniger Kollegen so groß war, dass es dann besser war, den Streik »ordnungsgemäß« zu beenden. In welcher Offenheit und welchem Umfang es in diesem Streik zum Streikbruch kam, auch das unterscheidet ihn von vielen anderen in der bundesdeutschen Geschichte. In der Endphase des Streiks wurde die Zahl der Streikbrecher täglich größer.

Es fehlte an Solidarität der Kollegen im Westen

Alles in allem sah in der westlichen Metall- und Elektroindustrie kaum jemand die Notwendigkeit, sich mit den Vorgängen im Osten genauer zu befassen. Selbst bei den Gewerkschaften hielt sich das in Grenzen. Die große, wenn auch nicht unbedingt positive Ausnahme, bildete letzten Endes die Automobilindustrie. Das lag daran, dass westliche Werke unmittelbar vom Streik betroffen waren. Die Kollegen waren also gezwungen, eine Haltung zu entwickeln. Gab es nicht solche unmittelbaren Auswirkungen des Oststreiks, dann gab es in aller Regel auch keine Reaktion auf den Streik, die über die Ebene persönlichen Unmuts hinausging. Keine Verdammung, aber eben auch keine Solidarität.

Es gab im Westen eigentlich nur ein Beispiel für so etwas wie aktive Solidarität außerhalb der eigentlichen Gewerkschaftskreise. Als im VW-Werk Salzgitter Motoren gefertigt werden sollten, die eigentlich in Chemnitz hätten produziert werden müssen, verweigerte der dortige Betriebsrat das. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 19. Juni in Salzgitter nahm das Thema Oststreik dann solch einen großen Raum ein – sie dauerte fünfeinhalb Stunden –, dass die Frühschicht letztlich sogar ausfiel.

Dort, wo die Fernwirkungen am größten waren, war allerdings auch die Kritik am Streik am deutlichsten. Bei BMW fiel für eine ganze Woche die Produktion flach bzw. wurde kurzgearbeitet. Die dortigen Kollegen sahen die Auswirkungen nicht als zwangsläufigen Nebeneffekt einer auch von ihnen zu unterstützenden Sache an, sondern waren ausge-

sprochen sauer. Für das Bewusstsein vieler West-Kollegen dürfte es durchaus charakteristisch sein, was als Äußerung auf einer Betriebsversammlung bei Daimler in Bremen überliefert wird: »Bevor wir denen da drüben Solidarität leisten, sollen die erst einmal den Solidaritätszuschlag zurückbezahlen«. Dahinter steht die Haltung: Wie lange und hart musste hier nach dem Krieg gearbeitet werden, bis es uns halbwegs gut ging. Weil die Masse der Kollegen nur ihre jeweils »eigenen« Probleme sieht, können sie sich kaum als Teil einer Klasse begreifen, die gemeinsame Probleme hat. Dass man auf Dauer gerade bei deren Überwindung am besten fahren würde, wenn man solidarisch handelte, das sehen nur wenige Kollegen. Ihr Blickwinkel ist zu sehr verengt auf die Lage vor Ort, ja allein auf ihren eigenen Betrieb. Vorherrschend ist das Bewusstsein des Standortdenkens und des Co-Managements. Weil die Masse der Kollegen in West- wie auch in Ostdeutschland viele soziale und wirtschaftliche Entwicklungen nur aus dem Blickwinkel des eigenen Betriebes heraus betrachtet, wenden sie sich inzwischen sogar in immer stärkerem Maße gegen ein traditionelles Gewerkschaftsverständnis.

Dies ist natürlich nicht zuletzt auch Konsequenz aus einer bestimmten Gewerkschaftspolitik, die sich in den letzten Jahren immer deutlicher auf die Kernbelegschaften stützte und zunächst Ausländer und Arbeitslose und nun »die Ostdeutschen« ausgrenzte. Aber genau deshalb rührte in der konkreten Situation jenes Manko der fehlenden Solidarität nicht da her, dass einige sozialdemokratische Funktionäre das nicht wollten, sie eine mögliche Solidarität bewusst hätten hintertreiben müssen, sondern sie brauchten nur das zum Ausdruck zu bringen, was sowieso in den Köpfen der Kollegen war.

Der Streik wurde verloren, er wurde nicht kaputt gemacht

Aus all den genannten Punkten ergibt sich folglich: Zwickel und Co. haben den Streik nicht bewusst in die Kapitulation getrieben. Erst als der Streik als solcher schwächelte, änderten die Modernisierer um Zwickel auf der Basis der veränderten allgemeinen politischen Rahmenbedingungen ihren Kurs und sorgten nun bewusst für dessen Ende. Nachdem der Streik verloren worden ist, werden nun all die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfürsten um so schneller ihre weitere Unterordnung unter den Regierungskurs vollziehen können. Die schwachen Proteste gegen die Politik der Schröder-Regierung – am 24. Mai beim Aktionstag demonstrierten nur 90.000 und beim SPD-Parteitag zur »Agenda 2010« am 1. Juni erschienen nur 1000 Gegendemonstranten – bestärken sie dabei in ihrem Kurs. Es ist daher nicht überraschend, dass

in der IGM diejenigen in die Offensive gehen, die eigentlich sowieso schon seit längerem einen Kurs befürworten, der eher in die Richtung geht, wie er von der IG Bergbau Chemie nun seit etwa zwei Jahrzehnten betrieben wird. Bisher war das in der IGM noch nicht möglich.

Da genau das jene Fraktion, für die bisher der Name Zwickel und in Zukunft Huber stehen wird, ändern will, ist die Sympathie vieler linker Gewerkschafter eher auf Seiten von Peters. Die Zeiten liegen so lange nicht zurück, wo Peters mit seiner Politik bei VW eigentlich sogar die Speerspitze dessen war, was sich heute die Modernisierer auf ihre Fahnen schreiben. Viel wichtiger ist jedoch etwas anderes. Der Kurs, der sich in der IGM durchsetzt, ist weitgehend unabhängig von Personen und auch von der Mediendebatte. Er ist vielmehr wesentlicher Ausdruck jenes Co-Management-Denkens, das in den Gewerkschaften inzwischen so weit verbreitet ist. Auch die so genannten Traditionalisten in der IGM streben keine grundlegendere Opposition gegen das hierzulande herrschende politische und ökonomische System an, aber immerhin geben sie nicht von vornherein jedes Bemühen um einen »fairen« Anteil auf. Die Modernisierer hingegen sehen das Heil nur noch darin, dass die Gewerkschaft sich noch weiter in Richtung auf Co-Management und reinen Dienstleistungsbetrieb entwickelt.

In gewerkschaftspolitischer Hinsicht stellt der Streik in Ostdeutschland eine neue Qualität dar. Dass die Gewerkschaften bei ihrem Widerspruch gegen die Agenda 2010 nichts holen konnten, war angesichts der Strukturen und Geschichte deutscher Gewerkschaften fast zu erwarten. Der Konflikt in Ostdeutschland aber war von den Gewerkschaftsfunktionären ja ausdrücklich als eine normale Tarifbewegung angelegt worden. Das aber bedeutet nach der Niederlage: Selbst dort, wo bisher ihr normales Geschäft lag, sind sie vor eine Wand gelaufen. Es kommt hinzu, dass den Funktionären und auch vielen Kollegen offensichtlich klar war: sie mussten eigentlich mehr als üblicherweise tun. Dass die Einbindung des Westens notwendig wäre, war auch von verschiedenen von ihnen thematisiert worden.

Allerdings: Um das zu verwirklichen, wären politische Schritte nötig gewesen, und die sind für solche Funktionäre unmöglich. Wenn erst einmal das betriebliche Co-Management zur Basis des gewerkschaftlichen Denkens geworden ist, dann gibt es eben in Wirklichkeit nicht mehr die eine Gewerkschaft, sondern nur noch Gewerkschaftsteile, die sich an den verschiedenen Betriebsegoismen orientieren. Dementsprechend gelingt es dann auch trotz vielfacher Bemühungen nicht mehr, die Gesamtorganisation hinter das Ziel eines Arbeitskampfes zu versammeln.

11.11.2003 ■

■ DIE STREIKNIEDERLAGE DER IG METALL

Der Tiefstand des Klassenbewusstseins

Den folgenden Text entnehmen wir – gekürzt – der »Arbeiterstimme« Nr. 141, August 2003. Die Red.

Die Ausgangslage

Seit dem Wirken der IG Metall auf dem Gebiet der einstigen DDR, war ein Maßstab ihres Handelns, die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen an die des Westens anzugleichen. Neben dem Kampf um den Erhalt der Industriestrukturen hatte dieses Ziel stets Priorität in den tarifpolitischen Über-

legungen der Organisation. Die regionalen Arbeitgeberverbände stellten sich zu Beginn der 90er Jahre nicht grundsätzlich gegen die politischen Ziele der IG Metall. Zum einen war der Wiedervereinigungstaumel noch nicht ganz abgeklungen, immerhin gab es durch den Einigungsvertrag die politische Vorgabe, die Angleichung der Lebensverhältnisse in

Deutschland in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns zu stellen. Zum anderen befanden sich die meisten Betriebe noch im Eigentum der Treuhandanstalt, was den direkten Einfluss westdeutscher Konzerne minderte. So wurden 1991 die Manteltarifverträge westdeutscher Tarifbezirke, mit Ausnahme der Arbeitszeit, auf den Osten übertragen, sowie ein Stufentarifvertrag zur Angleichung der Löhne und Gehälter an die des Westens abgeschlossen. Das kooperative Verhalten der Arbeitgeberverbände, besonders gilt das für Sachsen, sollte sich allerdings bald ändern. Unter dem Einfluss westdeutscher Konzerne und des bayerischen Metallarbeitgeberverbands gingen die Unternehmer mehr und mehr auf Konfrontationskurs. Dieser mündete schließlich in der vertragswidrigen Kündigung der Stufentarifverträge zur Angleichung der Löhne und Gehälter. Dadurch war die IG Metall gezwungen in den Betrieben Widerstand zu mobilisieren. In einem fast dreiwöchigen Streik gelang es der IG Metall in Sachsen den alten Rechtszustand in modifizierter Fassung wieder herzustellen. Im Jahr 1996 endete der Stufenplan mit der nominellen Angleichung an die Westentgelte. In der Zwischenzeit hatten die Kapitalisten jedoch das Experimentierfeld »Ost« entdeckt. Sie stellten fest, dass sich unter dem Hintergrund einer prozentual zweistelligen Massenarbeitslosigkeit und mit kapitalismusunerfahrenen Belegschaften Dinge machen ließen, von denen sie im Westen noch träumten. So wurden mit Hilfe von Betriebsräten oftmals in »betrieblichen Bündnissen« Tarifverträge ausgehebelt. Oder es war für sie, ohne Widerstand durch die Belegschaften möglich, aus dem Tarifvertrag zu fliehen und vieles mehr. Dieses Wildost-Verhalten ging an der Verbandspolitik nicht vorbei. Seit 1996 verging keine Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, wo nicht der aktive Versuch gemacht wurde, die Entwicklung im Osten von der des Westens abzukoppeln und das Rad der Entwicklung zurück zu drehen. Bis zu der jetzt erfolgten Katastrophe konnten diese Angriffe von der IG Metall immer abgewehrt werden. Das trotz dem Umstand, dass in den Ostbetrieben bei weitem noch nicht die gewerkschaftlichen Strukturen vorhanden sind, wie das in den bedeutenden Betrieben des Westens der Fall ist. [...]

Die ökonomische Lage

Mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche sollte der letzte Schritt in Sachen Angleichung gemacht werden. Die Forderung war für die Kapitalisten, das hat die folgende Entwicklung gezeigt, eine gewaltige ideologische Provokation. Haben sie sich doch bis heute noch nicht damit abgefunden, dass die Arbeitszeitverkürzung im Westen erzwungen wurde. Seit Jahren schon streben sie deshalb eine Wende in der Arbeitszeitpolitik an, und zwar in allen Bereichen der verarbeitenden Industrie. Die Antwort auf die Forderung der IG Metall war deshalb eine gewaltige Propagandaoffensive. Abgestimmt mit Bundes- und Länderpolitik sowie fast allen Medien wurde mit den zu hohen Kosten agitiert, die die Wirtschaftskrise zusätzlich verschärfen und damit Arbeitsplätze vernichten würden. Es wäre die falsche Forderung, am falschen Ort, zum falschen Zeitpunkt. Nach ihren Berechnungen sollten sich dadurch die Kosten der Betriebe um 8,6 Prozent erhöhen, was unweigerlich zu Arbeitsplatzabbau führen würde. Abgesehen davon, ob dieser Prozentsatz stimmt oder nicht, ist zu untersuchen, ob eine solche Steigerung tatsächlich zur Existenzgefährdung eines Unternehmens führt, oder lediglich bedeutet dass exorbitante Profite

zugunsten der Werk tätigen eingeschränkt werden. Die Darstellung darbender Ostbetriebe durch die Bourgeoisie und ihrer politischen Sprachrohre wird durch ihre eigenen statistischen Organe Lügen gestraft. Dabei zeigt sich, dass die Herrschenden kein Mittel scheuen, auch nicht das der bewussten und hinterhältigen Lüge, um ihre Interessen durchzusetzen.

Fakt ist, und durch die statistischen Landesämter bestätigt, dass die Betriebe im Osten nach wie vor deutliche Kostenvorteile gegenüber westlichen Betrieben haben. Die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West sind nach wie vor sehr groß. Im Jahr 2001 verdienten die ostdeutschen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie etwa 73 bis 75 Prozent des westdeutschen Niveaus. Dabei gibt es Ausreißer nach oben und nach unten. So liegen Angestellte in der Automobilproduktion lediglich bei 69 Prozent, während Arbeiter in Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik bei 84 Prozent liegen. Die Unterschiede liegen zwischen 5.000 und 10.000 Euro pro Jahr.

Diese Angaben gelten »pro Kopf«, da die Arbeitszeit der ostdeutschen Beschäftigten um acht Prozent länger ist als in den entsprechenden Westbetrieben. Bei Volkswagen in Zwickau ist sie verglichen mit Wolfsburg sogar 16 Prozent länger. Legt man die längere Arbeitszeit bei der Berechnung der Einkommensunterschiede zu Grunde, liegt der ökonomisch genauere Vergleichswert der Effektivverdienste je Stunde nur noch bei 65 bis 67 Prozent. Obwohl Löhne und Gehälter weitgehend angepasst sind, ist der gravierende Unterschied in der Metall- und Elektroindustrie die um drei Stunden längere Wochenarbeitszeit. Deshalb ist es nicht unbedingt ein Widerspruch, wenn die OstmetallerInnen beim Tariflohn zwar über 90 Prozent liegen, beim Effektivlohn aber unter 70 Prozent. Auch spielen bei dieser Betrachtung die vielen »Krauter-Buden«, die schamlos, mit regelrechten Hungerlöhnen die Werk tätigen am extremsten ausbeuten, keine Rolle. Würden diese Betriebe in die Berechnungen einbezogen, wären die Entgeltunterschiede zwischen Ost und West noch skandalöser. Nein, der größere Anteil des effektiven Lohngefälles beruht in der in Ostdeutschland geringeren Lohndrift: Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit werden in sehr viel geringerem Ausmaß als im Westen übertarifliche Löhne und Gehälter gezahlt. Es wird häufiger im Zeitlohn anstatt im Leistungslohn gearbeitet, und den Unternehmern ist es oftmals gelungen, die Werk tätigen in niedrigere Lohn- und Gehaltsgruppen zu drücken, als in den vergleichbaren Westbetrieben. Zusätzlich fallen die Abweichungen nach unten ins Gewicht, die sich aus Härtefallregelungen oder aber aus dem Unterlaufen tariflicher Regelungen ergeben.

Wichtiger als alle Entgeltunterschiede zwischen Ost und West ist für einen Unternehmer aber die Frage: »Welche Leistung bekomme ich für die Kosten einer Arbeitsstunde?«. Ohne diese Fragestellung wäre für ihn die Entscheidung einfach. Er würde in der Ukraine, in Belorussland, oder in sonst einem Niedriglohnland produzieren lassen. Das tun die Kapitalisten aber nicht in bemerkenswertem Umfang. Der Grund liegt darin, dass es nicht entscheidend ist wie hoch die Stundenlöhne sind, sondern wie viel an Leistung pro Stunde sie sich für diese Löhne aneignen können. Deshalb ist auch die Behauptung, die in ihrer Propaganda eine große Rolle gespielt hat, die Betriebe im Osten hätten noch lange nicht das Produktivitätsniveau wie die Betriebe im Westen, nicht nur ein Märchen, sondern ebenfalls eine glatte Lüge.

Die Produktivitäts-Vorsprünge der Industrie Ost gegenüber der Industrie West lagen 1998 bei plus 3,9 Prozent, 1999 bei plus 5,4 Prozent, 2000 bei plus 4 Prozent, 2001 bei plus 4 Prozent und 2002 bei plus 2 Prozent. Von wegen also, die Produktivitätsentwicklung gibt keine Arbeitszeitverkürzung her! Und das war die Entwicklung des gesamten verarbeitenden Gewerbes. Im Segment der Stahl-, Metall- und Elektroindustrie lag die Gesamtentwicklung sogar noch deutlich über der der gesamten Branche. Sie war fast doppelt so hoch. Das hat zur Folge, dass die Lohnstückkosten im Durchschnitt um runde zehn Prozent unter denen westlicher Betriebe liegen. Auch sonst läuft es für das Kapital hervorragend. So teilte das statistische Landesamt Sachsen mit dem Datum vom 30. Mai 2003 mit, dass im ersten Quartal des Jahres 2003 im Vergleich zum ersten Quartal 2002 im verarbeitenden Gewerbe der Gesamtumsatz um 11 Prozent, der Inlandsumsatz um 10,3 Prozent und der Auslandsumsatz um 12,8 Prozent gestiegen ist. Im ersten Quartal 2003 ist der Exportanteil weiter gesteigert worden. Er beträgt mittlerweile 30,8 Prozent. Die Beschäftigung allerdings ist in den genannten Zeiträumen um 0,3 Prozent zurückgegangen. Das sind Wirtschaftsdaten, von denen die Bourgeoisie im Westen nur träumt.

Der subjektive Faktor

Wenn die objektiven Faktoren eine Situation reif für eine Veränderung machen, liegt es an den handelnden Subjekten, ob es schließlich zu der Veränderung auch kommt. Wie stellte sich deshalb die Situation bei den Werkträgern in den Betrieben dar, wie sah es mit deren Bereitschaft aus, aktiv für die eigenen Interessen zu kämpfen?

Der gesamte ostdeutsche Industrieraum ist nach 13-jähriger Zugehörigkeit zur BRD nur noch ein Schatten seiner einstigen Größe. Als Faustformel gilt, dass im Bereich der Stahl-, Metall- und Elektroindustrie maximal ein Zehntel der früheren Arbeitsplätze übriggeblieben ist. Daran können auch industrielle Neuansiedlungen im Bereich der Automobil- und Elektronikindustrie in Zwickau, Leipzig und Dresden nichts ändern. Das heißt, die Schwäche der Ostindustrie beruht nicht auf Konjunkturproblemen oder industrieller Rückständigkeit, sondern sie liegt in ihrer Struktur. Es gibt wenige Leuchttürme in einem trostlosen Meer. Die gesamte Region ist in den einzelnen Arbeitsamtsbereichen geprägt von einer offiziellen Massenarbeitslosigkeit zwischen 17 und mehr als 30 Prozent. Hinzu kommt besonders in den letzten beiden Jahren eine verstärkte Abwanderungsbewegung gen Westen. Hunderttausende, hauptsächlich junge qualifizierte Leute, ziehen in die Ballungsgebiete des Westens oder pendeln wöchentlich von Ost nach West. Es ist die größte Bevölkerungsbewegung seit der unmittelbaren Nachwendzeit. Sichtbar wird sie an den zigtausenden von leerstehenden Wohnungen in den großen Städten.

Eine solche Arbeitsmarktlage ist für Kapitalisten die ideale Grundlage, die Werkträgern verschärft auszubeuten und Sonderprofite zu erwirtschaften. Das zeigt sich daran, dass in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen nur noch etwas mehr als 70 Betriebe in einem Arbeitgeberverband mit Tarifierung sind. Vor zehn Jahren waren es noch fast 250. Der überwiegende Teil der Betriebe ist in gar keinem Verband oder in einem so genannten OT-Verband (Ohne Tarif). Entsprechend sind in den Betrieben die Zustände. Tariffucht, Lohndrückerei, Dumpinglöhne, unbezahlte Mehrarbeit und

unverschämte Behandlung durch die Kapitaleigner und deren Sachwalter stehen in vielen Betrieben permanent auf der Tagesordnung. Wirkungsvoller Widerstand erfolgt durch die Beschäftigten nur selten. Das gilt auch für die betrieblichen Interessenvertretungen. Noch immer ist es der IG Metall nicht gelungen, flächendeckend wirksam arbeitende Gewerkschaftsstrukturen in den Betrieben aufzubauen, die eine tatsächliche Gegenmacht zur betrieblichen Macht des Kapitals darstellen. Dieser Mangel wurde während des Arbeitskampfes mehr als deutlich. Die Folge der betrieblichen Verhältnisse ist, dass bei den Werkträgern eine ungeheure Existenzangst besteht. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, beeinflusst alles Handeln. Sie verursacht lähmende Lethargie und häufig Resignation. Ziel individueller Lebensplanung von Werkträgern ist häufig: Nicht anecken und die Ziellinie Rente erreichen. Das sind nicht gerade gute Voraussetzungen für eine Gewerkschaft, die einen Arbeitskampf wagen will. Andererseits kann eine solche resignative Haltung von Menschen nur aufgebrochen werden, wenn sie die Erfahrung machen, dass es möglich ist, die Verhältnisse durch das Eintreten für die eigenen Interessen, also durch Kampf, zu verändern.

Dass die IG Metall im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen die 35-Stunden-Woche trotz der widrigen Rahmenbedingungen auf die Tagesordnung setzte, liegt daran, dass die Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes nur die eine Seite der Medaille ist. Daneben ist die mentale Befindlichkeit auch geprägt von verletztem Stolz und dem Gefühl, benachteiligt zu sein. Diese Befindlichkeit entstand überall dort, wo die KollegInnen bei namhaften westdeutschen Konzernen beschäftigt sind und direkte Vergleiche mit den sozialen Standards ihrer WestkollegInnen im gleichen Konzern anstellen können. Es war deshalb weniger die Frage der Arbeitszeitverkürzung, als vielmehr das Bedürfnis nach 13 Jahren deutscher Einheit endlich gleichbehandelt zu werden, die die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes überwinden ließ und die Bereitschaft entwickelte für diese Forderung zu kämpfen. Aber es kämpften immer beide Seiten in den Köpfen der Beschäftigten gegeneinander. Das zeigte sich in all diesen Fällen, wo Geschäftsführungen aggressiv, mit fast psychoterroristischen Methoden gegen die IG Metall-Forderung auftraten. Dort, wo sie diese Linie während der Auseinandersetzung beibehielten, knickten die Belegschaften in großem Maße ein. Als Beispiel sei hier nur der, durch die Medien bekannt gewordene, Kampf bei dem Dresdner Kolbenringhersteller Federal-Mogul genannt.

Der Tarifabschluss im Mai 2002 beinhaltete für die ostdeutschen Tarifgebiete auch eine Einlassungsklausel, mit der die Arbeitgeberverbände das Zugeständnis machten, mit der IG Metall im Jahr 2003 über einen Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche zu verhandeln. Bei der unmittelbar darauf folgenden Vorbereitung der Funktionäre auf die Tarifrunde durch die örtlichen Verwaltungsstellen zeigte sich, wie schwer das Thema kampagnenfähig zu machen war. Auf der einen Seite wollten die Beschäftigten schon die Angleichung, auf der anderen Seite aber wussten sie, wie sehr sich die eigene Geschäftsführung gegen die Forderung stemmte. Das bedeutete Konflikt, und den wollte man vermeiden. Es gibt ein ostdeutsches Bedürfnis, so hat es einmal Friedrich Schorlemmer ausgedrückt, über alles eine rosarote Harmoniesoße zu gießen. So schien es oft so, als liefe jegliche ökonomische Argumentation wirkungslos an den Betriebsfunk-

tionären herab. Schwere Mängel, bewusstseinsmäßig die eigene Rolle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen, wurden sichtbar. Das Unternehmerargument, den letzten Standortvorteil bei der Einführung der 35-Stunden-Woche zu verlieren oder den eigenen Arbeitsplatz zu zerstören, wurde oft kritiklos oder aus Bequemlichkeit übernommen. Einen wirklichen Stimmungsumschwung gab es dann erst, als die Unternehmerreaktion auf die Teilkündigung der Manteltarifverträge in den Arbeitszeitbestimmungen durch die IG Metall die war, sämtliche Tarifverträge in der ME-Industrie in Sachsen zu kündigen. Das war man nicht bereit hinzunehmen, dieser Schritt wurde als erneuter Versuch aufgefasst, gegenüber dem Westen schlechter gestellt zu werden.

Unter diesen Bedingungen ging die IG Metall vor Pfingsten, nachdem sich die Arbeitgeberverbände weiteren Verhandlungen verweigerten, in der Stahlindustrie und in Sachsen in die Urabstimmung. Die Zustimmung zu Arbeitskämpfmaßnahmen lag bei über 80; in der ME-Industrie bei knappen 80 Prozent. Trotzdem bestand im Apparat ein ungutes Gefühl zu der Frage, wie stabil denn diese Streikzustimmung auch tatsächlich ist. Man tröstete sich schließlich über dieses Gefühl mit den Erfahrungen, die man beim Streik 1984 im Westen gemacht hat, hinweg. Auch dort war es mehr als schwierig, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in den Belegschaften zu verankern. Und trotzdem war man schließlich kampffähig und erfolgreich.[...]

Der Streikverlauf

Jeder Streik entwickelt seine eigene Dynamik und hält sich meist nicht an das geplante Drehbuch. Der Streik begann wie geplant in Westsachsen und an allen Standorten der Stahlindustrie. Aber bereits zu dem Zeitpunkt musste man von der ursprünglichen Planung abweichen. Die Betriebe in Görlitz, Bautzen und Leipzig wurden nicht in die erste Phase des Streikes einbezogen.

Nach der Urabstimmung wurde in den Betrieben, aber auch in anderen, angestoßen durch die Unternehmensleitungen, Kampagnen gegen die IG Metall und den Arbeitskampf gefahren. Es kam zu Unterschriftenaktionen, in denen sich Beschäftigte gegen den Streik aussprachen. Deshalb war es richtig, diese Betriebe erst nach der Stabilisierung der Streikfront mit in die Auseinandersetzung einzubeziehen. Aber bereits jetzt wurde eine Schwäche des Streikkonzeptes sichtbar. Bei nicht völlig stabilen Belegschaften sind wiederholt befristete Streiks nicht durchführbar. Eine bestehende Verunsicherung bei Beschäftigten, die grübeln, ob ihr Handeln richtig ist oder nicht, wird vergrößert, wenn sie nach wenigen Tagen Streik wieder dem verstärkten Einfluss der Kapitaleigner ausgesetzt sind. Die Streikfront beginnt dann zu bröckeln, wenn sie das zweite Mal zur Arbeitsniederlegung aufgerufen werden. Das bestätigte sich auch bei den Betrieben, die tatsächlich wiederholt in den Streik einbezogen wurden.

Der Streik war aber in der ersten Woche sehr stabil. Streikbrecher gab es nur in wenigen Ausnahmefällen. Und so zeichnete sich auch ein erster Erfolg ab. Am Pfingstsonntag gab es nach einer langen Verhandlungsnacht ein Ergebnis für die Stahlindustrie. Es wurde ein Stufenplan vereinbart, der beginnend mit dem Jahr 2005 bis zum 1. April 2009 die 35-Stunden-Woche bringt. Der Abschluss sollte auch beispielhaft für die Metall- und Elektroindustrie sein.

Aber Kompromissbereitschaft in irgendeiner Form gab es bei den Verbänden der ME-Industrie nicht. Deshalb wurden in der zweiten Streikwoche in allen sächsischen Verwaltungsstellen weitere Betriebe in den Streik einbezogen. Dabei waren auch der Automobil-Zulieferbetrieb GKN in Zwickau, ein Gelenkwellenhersteller. Nach einer weiteren Woche folgte ein weiterer Zulieferbetrieb, nämlich Federal-Mogul in Dresden, ein Kolbenringhersteller. In beiden Betrieben gab es heftige Auseinandersetzungen. Durch die Medien hochgedreht wurde der Kampf bei Federal-Mogul. Mit äußerster Brutalität setzte dort die Werkleitung ihr Streikbrecherkonzept durch. Trotz mehrerer hundert Streikposten gelang es ihr, die fast zwei Drittel der Belegschaft in den Betrieb zu schaffen, die dann an den Folgetagen im Betrieb verblieben. Das geschah zum Teil durch das Einschleusen über ein fremdes Betriebsgelände, mit Hilfe von Hubschraubern und, nachdem vom Gericht eine einstweilige Verfügung erlangt worden war, wonach die IG Metall eine Gasse bilden musste, durch das Hereinkarren mit Reisebussen. Der Streik bei Federal-Mogul war auf drei Tage angelegt und konnte so, nachdem Verhandlungen mit der Geschäftsleitung vereinbart wurden, innerhalb dieser Frist beendet werden. Ähnliche Versuche gab es in Zwickau bei GKN in der Vorwoche. Auch dort versuchten die Unternehmer Streikbrecher mit Bussen in den Betrieb zu bringen. Allerdings konnte das durch die Massierung von Streikposten verhindert werden. Die GKN-Geschäftsführung gab die Versuche dann nach mehreren Anläufen auf, trat aus dem Arbeitgeberverband aus und bot einen Haustarifvertrag an, der geringfügig besser als der Stahlabschluss war. Die IG Metall stand dadurch vor einem großen Dilemma. Der Abschluss eines Haustarifvertrages würde bedeuten, dass der Betrieb aus der Streikfront herausfällt und die gerade beginnende Fernwirkung auf die Automobilkonzerne verpufft. Die Verweigerung eines Abschlusses mit dem Verweis, nur über den Verband abzuschließen, hätte die Folge, dass die Streikenden sich gegen die eigene Organisation wenden würden und der Streik in diesem Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Sich an die Belegschaft zu wenden, hatte die GKN-Geschäftsführung bereits angedroht. Deshalb schloss die IG Metall, um Schlimmeres zu verhindern, einen Haustarifvertrag ab, wissend, dass damit ein Präzedenzfall geschaffen war.

Damit war GKN, eine Woche später auch Federal-Mogul, aus dem Rennen. Die Folge war, dass es dadurch durch diese Betriebe auch keine Fernwirkung mehr auf die Automobilindustrie und damit keinen Druck mehr auf die Kapitalisten gab.

Inzwischen hatte die IG Metall das Streikkonzept der Situation angepasst. Überall, wo es möglich war, wurden die befristeten Streiks zu unbefristeten. Der Grund lag darin, dass zum einen die Streikenden nicht dem Einfluss der Werkleitungen ausgesetzt werden sollten und zum anderen daran, dass die Notwendigkeit bestand, den Druck auf die Unternehmer und ihre Verbände zu erhöhen.

In der dritten Streikwoche wurde der Arbeitskampf auf Brandenburg und Berlin ausgeweitet. Von strategischer Bedeutung war dabei der Getriebehersteller ZF in der Stadt Brandenburg. Auch dort war wie in den Betrieben in Sachsen feststellbar, dass im Vorfeld und nach Beginn des Streikes massiver Druck auf die Beschäftigten ausgeübt wurde. Unter allen Umständen sollte die Produktion aufrechterhalten werden. ZF karrierte aus der ganzen BRD Führungspersonal zusam-

men, das den Streikbruch organisieren sollte. Beschäftigte wurden zu Hause aufgesucht und bearbeitet, den Streik aufzugeben. Es fand eine Sortierung statt nach dem Kriterium: »Wer hat Schulden«. Diesen KollegInnen wurde mit dem Arbeitsplatzverlust gedroht. Ehefrauen wurden bearbeitet, auf den streikenden Mann einzuwirken, damit dieser aufgibt. Trotzdem hielt die Streikfront, was zu Folge hatte, dass in der Woche darauf bei BMW Bandstillstand drohte. Inzwischen hatte sich die Geschäftsführung ebenfalls eine Verfügung vom Gericht geholt, die der IG Metall auferlegte eine Gasse von drei Metern Breite zu bilden, damit »Arbeitswillige« ungehindert den Betrieb betreten können. Durch diese Gasse wurden dann am Montag der vierten Streikwoche rund 250 Streikbrecher, angeführt und abgesichert von Führungskräften, in das Werk geführt. Damit befand sich ein Viertel der Belegschaft im Betrieb. Trotzdem war die Produktion nicht aufrechtzuerhalten, und auch bei ZF wurde das Angebot vorbereitet einen Haustarifvertrag abzuschließen.

In der vierten Woche wurde sichtbar, dass die Kräfte im Streikgebiet erschöpft waren. Eine weitere Eskalation des Streiks war im Osten nicht mehr möglich. Deshalb setzten die Streikenden große Hoffnung auf die Unterstützung durch begleitende Maßnahmen aus dem Westen. Die Hoffnungen wurden dadurch genährt, weil am 23. Juni die Betriebsräte der Automobilindustrie zusammenkamen, um angeblich über Unterstützungsmaßnahmen zu beraten, und außerdem von Gesamtmetall die Bereitschaft verkündet wurde, am Donnerstag und Freitag in Verhandlungen einzutreten. Eine Lösung des Konfliktes schien durch einen zusätzlichen Schub an Druck durch den Westen in den anstehenden Verhandlungen möglich. Verunsicherung trat ein, als durchsickerte, dass es in der BR-Konferenz der Automobilisten »schräge« Diskussionen zu dem Streik und über die Streikführung gegeben hätte. Die Streiknachrichten der IG Metall nahm dazu am Freitag, dem Verhandlungstag, wie folgt Stellung: *»Legende Nr. 2: Die Betriebsräte der großen westdeutschen Automobilhersteller hätten sich gegen das Streikkonzept ausgesprochen. Das ist ebenfalls Unsinn. Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzende wie Klaus Volkert von VW, Manfred Schoch von BMW oder Mitglieder des Konzernbetriebsrats von DaimlerChrysler haben wiederholt und ausdrücklich ihre Solidarität mit dem Streik ausgedrückt...«*

Das Ende

Die Aussagen in den Streiknachrichten waren nicht gelogen. Sie waren allerdings nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit war sehr wohl gegen das Streikkonzept und seine Auswirkungen diskutiert worden. Insbesondere die BR-Vorsitzenden von DaimlerChrysler, Porsche und Opel nahmen Stellung gegen den Streik. Auf Betreiben des Porsche-BR-Vorsitzenden Hück wurden aus einem vorliegenden Resolutionsentwurf, die für die folgende Woche angekündigten Aktionen gestrichen. Erich Klemm, GBR-Vorsitzender von DaimlerChrysler bezeichnete Jürgen Peters, verantwortlich für die Tarifpolitik, als *»einen tarifpolitischen Geisterfahrer«*, berichtete die »Süddeutsche Zeitung« unter Berufung auf einen Teilnehmer. Es muss schlimm zugegangen sein auf dieser Konferenz Ein anwesendes Vorstandsmitglied bezeichnete die Veranstaltung als den *»schwärzesten Tag seiner gewerkschaftlichen Laufbahn«*.

Der Hauptvorwurf, der gemacht wurde, waren die aufgetretenen Fernwirkungen des Streikes. Diese seien völlig un-

erwartet gekommen und hätten jetzt zur Folge, dass 10.000 Beschäftigte bei BMW nach Hause geschickt worden wären. Dadurch wäre die Stimmung im Westen absolut gekippt. Sie fühlten sich deshalb vom IG-Metall-Vize Peters und vom Bezirksleiter Hasso Düvel getäuscht. Die »Süddeutsche Zeitung« berichtet dazu *»Als Zwickel die Zahlen hörte, fiel ihm fast der Unterkiefer aus dem Gesicht. Bis zu 60.000 Beschäftigte im Westen waren bei anhaltendem Arbeitskampf von Kurzarbeit bedroht – und das bei nicht einmal 10.000 Streikenden im Osten«*.

Es ist interessant, wie schnell Zwickel seine Erfahrungen aus dem Jahre 1984 verdrängt hat. Er war damals Bevollmächtigter in Stuttgart und müsste eigentlich wissen, mit wie wenigen Streikenden maximale Wirkung, nämlich Fernwirkung, erzielt werden kann. Und interessant ist auch, dass die Vorwürfe gegen Peters nicht von Betriebsräten kamen, in deren Bereichen KollegInnen durch die Fernwirkung nicht arbeiten konnten, sondern von völlig Nichtbetroffenen. Deshalb ist zu vermuten, dass diese Herrschaften auf Kosten der Streikenden eine offene Rechnung begleichen wollten. Sie sahen die Chance gekommen, den Vorstandsbeschluss, durch den Jürgen Peters zum designierten Vorsitzenden der IG Metall gemacht wurde, zu kippen. Sie waren Leute des Zwickel-Favoriten Bertold Huber. Die Internas drangen nicht sofort an die Öffentlichkeit. Vorerst wurde der Schein der Solidarität aufrechterhalten. Aber nicht lange. Bereits am Tag darauf wurden Einzelheiten der Frankfurter Veranstaltung in den bürgerlichen Medien verbreitet. Der KBR-Vorsitzende der Opel AG, Klaus Franz, forderte den sofortigen Abbruch des Streiks. Ein anderer nichtgenannter hoher Funktionär der IG Metall meinte laut »Süddeutscher Zeitung«, *»der Streik ist das größte Eigentor, das wir je geschossen haben«*.

Die Verhandlungen am 26. und 27. Juni

Entscheidend ist, dass die Kapitalisten gewillt waren, die IG Metall an die Wand fahren zu lassen! Und das taten sie in dieser Nacht. Angespornt wurden sie zu dieser politischen Haltung mit Sicherheit durch die sichtbar gewordene Spaltung innerhalb der Organisation und die unsolidarischen und schädigenden Verlautbarungen von Spitzenfunktionären in der entscheidenden Streikphase.

Die IG Metall stand vor dem Abgrund. Was tun? Eine Eskalation in den Streikgebieten schien nicht machbar. Eine Eskalation auf den Westen von den entscheidenden Funktionären nicht gewünscht.

Jürgen Peters zeigt in einem Bericht für den Vorstand folgende Optionen auf, um den Zusammenbruch des Streiks zu verhindern:

- » 1. Unterbrechung der Tarifverhandlung unter Aussetzen des Streiks mit dem Ziel, erneut in Verhandlungen eintreten zu können.*
- 2. Beendigung dieser Verhandlungen und Fortführung des Streiks sowie Durchführung von möglichst umfangreichen Solidaritätsaktionen im Westen.*
- 3. Beendigung des Streiks unter Aufgabe unserer Tarifforderung und damit Beendigung der Tarifbewegung.«*

Im Gespräch mit der Verhandlungskommission wurde dann durch den ersten Vorsitzenden der Vorschlag eingebracht, die Option 3 zu wählen und damit den Arbeitskampf zu beenden. Der Vorschlag, den Streik zunächst nur aussetzen, wurde aufgrund dieses Hinweises nicht aufgenommen.



Ursachen der Niederlage

Die Unternehmerhaltung wurde von der IG Metall falsch eingeschätzt. Offensichtlich war es außerhalb des Vorstellungsvermögens innerhalb ihrer Führung, dass das Kapital tatsächlich soweit gehen und der Organisation eine so vernichtende Niederlage beibringen würde. Das entsprach nicht der Praxis der zurückliegenden Jahrzehnte und den dort gemachten Kooperations-Erfahrungen mit den Kapitalisten. Letzten Endes betrachtet man Kapitalisten, trotz allen Kriegsgeschreis, das manchmal ertönt, als Partner. Im Falle dieser Tarifrunde um so mehr, als es Verhandlungsverpflichtungen für die Tarifgebiete Berlin-Brandenburg, Sachsen und Thüringen gab sowie Gespräche mit Arbeitgeberverbänden, über die weitere Angleichung an die Tarifbedingungen des Westens. Daraus entstand der Eindruck eines Konsenses in Grundsatzfragen.

Jürgen Peters sieht eine weitere Ursache, die zur Niederlage des Streiks geführt hat, in der Auseinandersetzung um die »Agenda 2010«. Hier sei es den Medien gelungen, die Gewerkschaften als »Bremser und Reformblockierer« darzustellen und zu diffamieren. Da mag auf den ersten Blick betrachtet etwas daran sein. In der Tat war die Hetze gegen die Gewerkschaften wegen ihres Widerstandes gegen die Regierungspolitik in einem Ausmaß vorhanden, wie sie nur noch durch die Berichterstattung während des Arbeitskampfes übertroffen wurde. Nun hat ja gerade Peters in dieser Auseinandersetzung keine schlechte Rolle gespielt, wofür er jetzt auch von der spezialdemokratischen Meschpoke abgestraft wird. Trotzdem ist festzustellen, dass das Konzept der Medien, die Gewerkschaften zu diffamieren, nur deshalb aufgegangen ist, weil dieser Widerstand von den Einzelgewerkschaften halbherzig geführt wurde. Man wollte der Sozialdemokratie nicht schaden, man wollte dem »lieben Gerhard« nicht wehtun. Deshalb wurde auch kein wirklicher Widerstand, wie beispielsweise in Frankreich oder Österreich, organisiert. Dabei wäre es möglich gewesen, wie eine Streikaktion in Schweinfurt zeigt. Dort legten mehr als 5000 Arbeiter die Arbeit nieder und zogen geschlossen zu einer Protestkundgebung in die Innenstadt. Das geschah nur in Schweinfurt. Nirgendwo sonst. Warum eigentlich? Sage niemand, das wäre in anderen Städten nicht möglich gewesen. Die Gewerkschaftsführungen wollten schlichtweg nicht! Der DGB orientierte auf Demos am Wochenende. Zwickel schließlich leitete von der schwachen Beteiligung der KollegInnen an diesen Veranstaltungen ab, dass die »Arbeitnehmer« Schröders Politik akzeptierten. Und so wurden die Fahnen halt eingerollt. Wen wundert es da, wenn kleinbürgerlich denkende Werk tätige die ablehnende Haltung der Gewerkschaften nur als DGB-Gemecker wahrnehmen und sich der Medienhetze gegen die Gewerkschaften öffnen? Die zaudernde Haltung hat die Herrschenden in die Offensive gebracht und den Gewerkschaften geschadet, was sich

sicherlich, und da stimmt Jürgen Peters These, auch auf den Arbeitskampf der IG Metall ausgewirkt hat. [...]

Diese Hetzkampagne zeigte Wirkung, nicht zuletzt im Westen, wo manche über die undankbaren Osis nur die Köpfe schüttelten.

Letzten Endes ging aber der Streik durch die eigene organisatorische Schwäche verloren. Die enormen Widerstände, denen sich die Streikenden gegenüber sahen, hätten einer weiteren Streikeskalation bedurft. Die vorhandenen Ressourcen waren aber erschöpft und bei den Belegschaften, die sich im Streik befanden, zeigten sich zum Teil Erosionserscheinungen. Obwohl der Streik stand und in den Kampfbetrieben mutig und engagiert gekämpft wurde, kam es in manchen Streikbetrieben während der Auseinandersetzung zu äußerst prekären Situationen, die aber glücklicherweise nicht öffentlich wurden. In beiden Tarifbezirken waren insgesamt 38 Betriebe (von rund 130 Betrieben) in den Konflikt einbezogen. Mehr ging nicht.

Geschwächt wurde die Streikfront auch durch Abschlüsse von Haustarifverträgen. Mit dem Abschluss eines solchen Tarifvertrages war der Betrieb aus dem Streik raus. Die Verweigerung eines Abschlusses wäre allerdings, wie schon dargestellt, schwierig gewesen. Trotzdem ist die IG Metall hier in die taktische Falle der Kapitalisten gelaufen. Die Verträge kamen in auffallend hohem Verhältnis in den Betrieben zustande, wo der Streik eine rasche Fernwirkung gezeigt hätte.

Besser wäre auch gewesen, wenn man den Streik nicht langsam eskalieren hätte lassen. Dies gilt zumindest für die Automobilzulieferer. Dazu hätte die Urabstimmung zeitgleich in Sachsen und Brandenburg stattfinden müssen und nicht wie geschehen eine Woche zeitversetzt. Dadurch hätte der Produktionsausfall schneller gewirkt und der Stimmungsaufbau gegen die IG Metall hätte weniger Zeit gehabt.

Eine gewaltige Unterstützung der Streikenden wären natürlich Arbeitsniederlegungen im Westen gewesen. Sie hätten mit Sicherheit den Kompromisswillen bei den Unternehmern wachsen lassen. [...] Trotzdem, wenn ein Streik erfolgreich geführt werden soll, dann muss die Kraft im Kampfgebiet so groß sein, dass man das Streikziel aus eigener Kraft auch erreicht. Diese Kraft war nicht in dem erforderlichen Maße da. Und das ist die bittere Wahrheit. [...]

Konsequenzen aus der Niederlage

Die Kapitalisten haben mit der Niederlage der IG Metall im Osten einen strategischen Sieg errungen. Es ist nicht davon auszugehen, dass sie sich jetzt mit dem erreichten Stand zufriedener geben werden. Die Zementierung der Arbeitszeit im Osten wird ihnen Hebel sein, um auch im Westen die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften zurückzurollen. Die formulierte Absicht, den gesamten Osten zur Sonderwirtschaftszone zu machen, wird vorangetrieben. Und mit Gewissheit wird es im Sozial- und Arbeitsrecht zu weiteren tiefen Einschnitten kommen, die, wenn es nicht gelingt Widerstand zu entwickeln, die Gewerkschaften noch mehr schwächen werden. Der totale Umbau zum neoliberalen Staat steht für die Bourgeoisie auf der Tagesordnung. Viel hängt jetzt davon ab, dass sich die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften energischer als in der Vergangenheit in die Politik ihrer Organisationen einmischet. Ob das gelingt, ist ungewiss. Aber es gibt keine Alternativen.

aus: »Arbeiterstimme« Stand 11.7.2003 ■

Schluss mit lustig ...!

Der Streik in Ostdeutschland wurde, als er am 2. Juni im Stahlbereich und bei der ME-Industrie im Raum Zwickau begann, von den Medien relativ niedrig gehalten. Es wurde zwar darüber informiert, dass er stattfand, aber es war nichts Sensationelles an der Berichterstattung. Das änderte sich dann in der dritten Streikwoche. Der Streik zeigte Wirkung. In der westdeutschen Automobilindustrie wurden die Teile knapp. Bandstillstand drohte, oder es gab ihn schon. Insbesondere BMW und Audi standen unmittelbar vor solchen Problemen. Für das Kapital und die mit ihm verbundenen Medien bestand nun die Anforderung, eine verschärfte Stimmung gegen die Gewerkschaft und den Arbeitskampf zu machen. Mit dem Streik bei dem Dresdener Kolbenringhersteller »Federal-Mogul« fanden sie dann auch, was sie suchten. Die Form der Auseinandersetzung dort, provoziert durch die Geschäftsführung des Unternehmens, war für die Medien der willkommenen Anlass, den gesamten Arbeitskampf der IG Metall im Osten in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung zu rücken. Es gelang ihnen am Beispiel Federal-Mogul (F-M), diese Auseinandersetzung zu diffamieren und zu kriminalisieren. Dabei wurde das Bild über die Ereignisse vor dem Werkstor derart überzeichnet, dass vom Wahrheitsgehalt der tatsächlichen Geschehnisse nur wenig übrig blieb. Die folgende Darstellung will deshalb versuchen, die Vorgeschichte und den Streikablauf in diesem Betrieb aus Sicht der Betroffenen zu beleuchten.

Die Vorgeschichte

Federal-Mogul gehört seit Mitte der 90er Jahre zu einem US-amerikanischen Konzern der Automobil-Zulieferindustrie. Der Betrieb ist keine Industrie-Neuansiedlung, sondern aus dem DDR-Kombinat IFA, über die westdeutsche AE Goetze GmbH zu den Amis gekommen. Der Betrieb ist ein reiner Produktionsbetrieb, also verlängerte Werkbank des Westunternehmens mit Sitz in Burscheid. Ökonomisch steht der Betrieb mit seinen 280 Arbeitern und 40 Angestellten auf sicheren Beinen. Seit Jahren werden Profite in ansehnlicher Höhe aus den Werkstätigen herausgeholt, woran auch eine verkürzte Wochenarbeitszeit nichts geändert hätte.

Im Betrieb bestanden gewerkschaftliche Strukturen. Es gab einen reinen IG-Metall-Betriebsrat, Vertrauensleute mit einer VK-Leitung und nicht zuletzt einen relativ guten IG-Metall-Organisationsgrad. Die Voraussetzungen waren also vorhanden, um die Belegschaft in einen Arbeitskampf zu führen, zumal ein Streik in diesem Betrieb einen maximalen Druck auf die Kapitalisten und ihre Verbände verursacht hätte. Von der örtlichen IG Metall wurde deshalb die Mitgliedschaft systematisch auf eine Tarifaueinandersetzung vorbereitet. In Betriebsversammlungen wurde mit System für die Angleichung an die 35-Stunden-Woche agitiert, die Funktionäre wurden zum Thema geschult und entwickelten Flugblätter, die exakt auf den Betrieb zugeschnitten waren.

Aber auch Gesamtmetall bereitete sich vor. Ein Vorgang, dem von IG-Metall-Seite sicherlich nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Bereits im März diesen Jahres führte der sächsische Metallarbeitgeberverband, zusammen mit der gesamten Spitze von Gesamtmetall, eine Pressekon-



↑ Hier ist noch fast alles dicht – bis der Durchbruch der Streikbrecher bemerkt wird. →



ferenz just in diesem Betrieb durch. Dabei positionierten sie sich mit großem »Tam-Tam« gegen die Gewerkschaftsforderung. Das Medienecho war den Kapitalisten sicher. Von der überregionalen bis zur regionalen Presse bestand die einhellige Meinung, dass eine Forderung in der Qualität, wie sie die IG Metall aufmache, die Reste der ostdeutschen Wirtschaft zerstören würde. Sicher war es kein Zufall, dass Gesamtmetall Federal-Mogul für diese Pressekonferenz ausgesucht hat. Auch bei Kannegiesser muss klar gewesen sein, dass die Automobilzulieferer die entscheidenden Faktoren im Falle eines Arbeitskampfes werden würden. Wenn es gelänge, in diesen Betrieben den Streik zu verhindern, bzw. zu brechen, wäre ein Gesamterfolg der IG Metall fraglich. Zumindest wäre es möglich, einen Tarifabschluss so zu verwässern, dass er von der Kostenbelastung für die Betriebe nicht ins Gewicht fallen würde. Die folgenden Ereignisse zeigen, dass genau diese Taktik von Gesamtmetall gewählt worden war. In allen Zulieferbetrieben wurde in verschärftem Maße Stimmung gegen die IG Metall gemacht. Während des Arbeitskampfes versuchte man in allen diesen Betrieben planvoll und konsequent den Streik zu brechen. Das gilt gleichermaßen für die Gelenkwelle in Zwickau wie für die ZF-Getriebewerke in Brandenburg und natürlich auch für Federal-Mogul. In Zwickau und Brandenburg konnten sie den Streik nicht brechen. In Zwickau trat deshalb die Gelenkwelle mit sofortiger Wirkung aus dem Verband aus und schloss mit der IG Metall einen Haustarifvertrag ab. Bei ZF wurde das gleiche Vorgehen für den 30. Juni angekündigt.

Die Scharfmacher bei Federal-Mogul in Dresden waren der Werkleiter Heiland und der »Arbeitsdirektor« des deutschen Konzerns, ein gewisser Martiny. Beim ersteren handelt es sich um einen ehemaligen einfachen SED-Kader, beim zweiten um einen ehemaligen Offizier der Bundeswehr. Das



← Der sächsische Arbeits- und Wirtschaftsminister Gillo marschiert durch die Streikbrechergasse, nachdem er im Betrieb die Streikbrecher gelobt hat.

← Streikbrecher, fünf an der Zahl, werden mit diesem Bus reingekarrt.



war die richtige Ost-West-Mischung, mit der reaktionäre Kapitalpolitik durchsetzbar wird. Gestützt auf die mittlere Leitungsebene des Betriebes leitete Heiland mit Rücken- deckung von Martiny die Propagandaoffensive gegen die IG Metall und deren Forderung ein. Einzelgespräche mit den Beschäftigten wurden geführt, durch die Meister, durch Abteilungsleiter, durch den Werkleiter. Abteilungsversammlungen wurden durchgeführt. Belegschaftsversammlungen unter Ausschluss der örtlichen IG Metall fanden statt. Überall ertönte die gleiche Panikmache: die IG Metall macht die Arbeitsplätze kaputt. Die 35-Stunden-Woche ist nicht bezahlbar. Die Amerikaner investieren nicht mehr in Dresden und die Produktion wird nach Polen verlagert. Die Belegschaft im Betrieb war dem reinen Psychoterror ausgesetzt. Trotzdem stimmten auch die IGM-Mitglieder bei Federal-Mogul bei der Urabstimmung Ende Mai überzeugend für den Arbeitskampf.

Der nächste Schritt der Geschäftsführung des Konzerns war der Austritt aus dem Verband VSME Anfang Juni. Auf- forderungen seitens der IG Metall, umgehend Tarifverhandlungen zu einem Haustarifvertrag aufzunehmen, wurden mit Termingründen so weit wie es nur ging hinausgeschoben. Verhandelt wurde schließlich am Sonntag, dem 15. Juni. Wie erwartet, gab es keinerlei Angebot und Entgegenkommen seitens Martiny und Heiland, worauf die IG Metall das Scheitern der Verhandlungen erklärte. Auch hier ist im Rückblick die Handschrift von Gesammetall erkennbar. Der Zulieferer F-M sollte so lange wie möglich aus dem Arbeitskampf herausgehalten werden, um Fernwirkungen auf die Automobilindustrie zu verhindern. Diese Taktik ging auf. Durch die Verschleppungspolitik konnte der Betrieb durch die Gewerkschaft erst in der dritten Woche in die Auseinandersetzung geführt werden.

Die Zeit zwischen dem Verbandsaustritt und dem Streik- beginn wurde zur Vorbereitung des Streikbruchs durch die Geschäftsführung genutzt und generalstabsmäßig vorberei- tet. Das ging von Absprachen mit Unternehmern, deren Betriebe an das F-M-Gelände angrenzen, bis zu den Hub- schraubern, deren Einsatz der publizistische Höhepunkt gegen die IG Metall werden sollte. Hier wird ebenfalls im Rückblick sichtbar, welche einflussreiche Verbündete Ge- sammetall und die F-M-Manager insgesamt haben mussten. Die Genehmigung von privaten Hubschrauberflügen über bewohntes Stadtgebiet und das Land dieser Fluggeräte außerhalb der dafür vorgesehenen Stellen bedarf nach Recherchen der IG Metall üblicherweise eines langwierigen, wochen dauernden Prozederes. Im Falle des Dresdener Kolbenringherstellers konnte das dann auf wenige Tage abgekürzt werden. Sage da noch jemand, in der BRD wären die Bürokraten nicht flexibel!

Signale über die Streikbruchvorbereitung erreichten die örtliche Streikleitung durch die Funktionäre aus dem Betrieb. Diese wurden noch unterstrichen durch gefaxte Unterschriftenlisten von rund 100 Beschäftigten, die sich gegen den Streik aussprachen. Die Signale wurden dahinge- hend ernst genommen, dass man davon ausging, dass es nicht leicht werden würde, in dem Betrieb den Streik zum Erfolg bringen zu können. Auf der anderen Seite gab es das positive Urabstimmungsergebnis im Betrieb und auch die Einschätzung, dass die Unterschriften, die überwiegend von Unorganisierten geleistet worden waren, nicht aus freiem Willen zustande gekommen waren, sondern unter dem sug- gestiven Einfluss der Vorgesetzten. Deshalb wurde der Be- schluss, den Betrieb mit seiner strategischen Bedeutung zum Streik aufzurufen, aufrechterhalten.

Streikbeginn, 17. Juni 2003

Die örtliche und betriebliche Streikleitung versuchte, der komplizierten Situation Rechnung zu tragen. So wurde der Streikaufruf vorerst auf drei Tage befristet. Außerdem wurde Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus anderen IG-Metall-Verwaltungsstellen organisiert. Auch aus West-Verwaltungsstellen erfolgte die Unterstützung. So war je ein Bus der Daimler-Chrysler-Betriebe in Untertürkheim und Sindelfingen angereist sowie ein Bus mit KollegInnen aus Schweinfurt. Die solidarische Unterstützung des Streiks durch diese KollegInnen war für die Medien der Anlass, die These aufzustellen, die IG Metall würde Streikposten aus der ganzen BRD zusammenkarren, um im Osten Betriebe, deren Belegschaften gar nicht streiken wollten, zu blockieren! Der Löwenanteil der Unterstützung kam, zur Klarstellung, aus

dem Streikgebiet selbst. Es waren Streikende des Volkswagenwerkes in Zwickau, die während der gesamten Streikdauer bei F-M mit Streikposten für Unterstützung sorgten. Insgesamt waren am ersten Streiktag fast 400 Streikposten aufgebaut. Mit dieser Massierung von Streikposten wollte die Streikleitung den Beschäftigten des Betriebes die »Entscheidung« abnehmen, ob sie dem Streikaufruf der IG Metall oder der Aufforderung der Werkleitung, Streikbruch zu begehen, Folge leisten sollen. Der Betrieb hatte zwar nur ein Zugangstor, war aber durch seine Lage am Rande des Industriegebietes im Dresdener Norden über einen Wald im Grunde zugänglich. Das war ein weiterer Grund für die große Anzahl von Streikposten. Es galt, das gesamte Gelände zu sichern.

Mit der Frühschicht begann am 17. Juni der Streik. Zunächst hatte es den Anschein, als ob alles planmäßig laufen würde. Die Streikposten standen vor dem Tor, Streikbrecher waren nicht in Sicht. Das änderte sich gegen halb acht Uhr. Streikposten bemerkten, wie eine große Zahl von Streikbrechern vom Gelände des Nachbarbetriebes, einem Containerverleih, über den Zaun von F-M in den Betrieb eindrangten. Über den Zaun des Container-Unternehmens drangen darauf die Streikposten ebenfalls in das Gelände ein und verhinderten, dass alle Streikbrecher die Fabrik von F-M erreichten. Diese wurden auf das Gelände des Containerbetreibers zurückgedrängt und hielten sich, abgeschirmt durch Streikposten, bis zur Mittagszeit dort auf. Natürlich war sofort die Polizei da, die sich aber nicht aktiv einmischte. Die Streikposten ließen sich, solange sich die Streikbrecher auf dem Gelände aufhielten, trotz der Strafanzeige gegen die Verantwortlichen, nicht von dort vertreiben.

Der Streikbruch war angeführt von dem Werkleiter Heiland. Die Streikbrecher hatten sich fernab vom Betrieb getroffen und waren, in Absprache mit dem Containerverleiher, auf dessen Gelände gefahren. Die Absperrung dieses Zugangs war von der Streikleitung versäumt worden, ein Fehler, der sich bitter rächen sollte. So war es in der Frühschicht des ersten Streiktages 80 Personen gelungen den Betrieb zu betreten. Sie hatten sich dem Druck der Geschäftsführung und deren Vasallen gebeugt. In den meisten Fällen gegen die eigene Überzeugung.

Am Nachmittag wurde ein weiterer Versuch gestartet, Streikbrecher in den Betrieb zu bringen. Nachdem der Weg über die Containerfirma nicht mehr möglich war, versuchte man es diesmal über das offizielle Werkstor. Dieser Versuch hatte natürlich keine Chance, das wussten auch Heiland und Martiny, der inzwischen angereist war. Er wurde trotzdem gemacht, weil inzwischen ein ungeheurer Medienauftrieb vorhanden war. Die Journaille musste mit Bildern gefüttert werden. Diese bekam sie dann auch, spätestens mit dem Beginn der Hubschrauberflüge am späten Nachmittag. Und sie verbreitete die Bilder im Sinne der herrschenden Klasse. Die Kriminalisierung des Streiks und der Streikenden sowie deren Unterstützer hatte begonnen.

Der zweite Tag, 18. Juni 2003

Der zweite Streiktag begann wieder mit dem massiven Einsatz von Streikposten aus dem Zwickauer VW-Werk. Während der ganzen drei Tage waren immer zwischen 150 bis 400 Streikposten vor dem Tor. Die Streikbrecher des gestrigen Tages hatten im Betrieb übernachtet und die Presse berichtete, dass weitere Streikbrecher mit dem Hubschrauber ein-

gefliegen worden wären. Überhaupt waren die Medienberichte von einer ungeheuerlichen Parteilichkeit gegen die IG Metall geprägt. Da wurde gelogen, was das Zeug hielt. So sollten die Streikbrecher von den »Blockierern« ausgehungert werden, oder es hätte am Werktor gewalttätige Auseinandersetzungen mit den vielen hergekarrten Wessis gegeben. Es wurde auch behauptet, den »Arbeitswilligen« wäre das Verlassen des Betriebes verweigert worden. Untermalt wurden die Lügen mit sentimentalen Berichten und Bildern von Streikbrechern, die zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes »für ihre Firma kämpften« und an der Maschine im Schlafsack nächtigten. Garniert wurde das Ganze durch Siegesmeldungen der Werkleitung. Die Produktion würde zu 90 Prozent laufen und Dank der Hubschraubereinsätze könnten die wichtigsten Kunden beliefert werden.

Der Versuch, über das Werktor weitere Streikbrecher in den Betrieb zu bringen wurde an dem zweiten Tag nicht gemacht. Dafür flogen den ganzen Tag insgesamt drei Hubschrauber aus dem Werk und ins Werk. Begleitet wurde das Ganze von einem noch größeren Medienrummel als am Vortag. Am Nachmittag sickerte durch, dass Federal-Mogul eine einstweilige Verfügung vom Arbeitsgericht Dresden erlangt habe, wonach neben anderen Auflagen auch eine drei Meter breite Gasse vor dem Werkseingang gebildet werden müsse. Dadurch solle der ungehinderte Zugang zum Betrieb gewährleistet werden. Der Gerichtsbeschluss ging der Streikleitung an dem Tag nicht mehr zu, so dass der Eingang zum Betrieb dicht blieb.

Der dritte Tag, 19. Juni 2003

Am Morgen war es dann amtlich. Die Gasse musste gebildet und jedem, der das wünschte, der freie Zugang gewährt werden. Für jede Zuwiderhandlung wurde ein Zwangsgeld in Höhe von bis zu 25.000,- Euro angedroht. Trotzdem gelang es der Streikleitung, die Bildung der Gasse bis zum Nachmittag hinauszuziehen. Bereits am Vormittag wurde sichtbar, dass auch die Landesregierung bereit war, sich ohne Zurückhaltung für die Kapitalseite in den Konflikt einzumischen. Der Wirtschafts- und Arbeitsminister der Landes Sachsen, Martin Gillo, verurteilte den Streik aufs Schärfste. Sämtliche Investoren würden dadurch verschreckt. In einem Fall hätte bereits ein amerikanisches Unternehmen seine Zusage zurückgezogen, in Sachsen eine Fabrik zu bauen. Gillo selbst, ein ehemaliger Manager bei dem Chiphersteller AMD in Dresden und ein Mann mit doppelter Staatsbürgerschaft – er ist auch US-Bürger – versteht sich, ohne das ideologisch zu kaschieren, als direkter Sachwalter der Kapitalisten. Sicher ist auch ihm mit zu verdanken, dass am Vormittag rund um den Konfliktbetrieb eine ganze Hundertschaft Polizei in voller »Antidemo«-Ausrüstung« Stellung bezog. Unterstützt wurden diese Kräfte durch eine Reiterstaffel, die im Wald in Bereitschaft stand. Offensichtlich wollte man mit dieser Machtdemonstration zeigen, dass man bereit war, notfalls auch mit Gewalt gegen die Streikposten vorzugehen.

Gegen 15 Uhr war dann die Gasse gebildet und der Fahrzeugverkehr wurde aufgenommen. Eines der ersten Fahrzeuge die in den Betrieb fuhren, war ein Reisebus, in dem fünf Streikbrecher saßen. Auch das war eine Machtdemonstration des Unternehmens gegenüber den Streikenden, die zeigen sollte, wie viele Verbündete es auf seiner Seite hatte. Wie um das zu unterstreichen, erschien der Wirtschaftsminister persönlich zu einem Besuch im Betrieb. Offensicht-

lich wollte er der Werkleitung und den Streikbrechern damit den Rücken stärken. Seinem Besuch vorausgegangen war der Besuch des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Arnold Vaats, dem »Helden von 1989«, der damals mit an der Spitze gegen die SED in Dresden stand. Auch er stand auf der Seite des Streikbruchs. Er zeigte damit sein wirkliches Verständnis von Demokratie: Demokratie ist, was dem Kapitalisten nutzt! Bezeichnend war, dass keiner der beiden »Herren« beim Verlassen des Werkes, trotz der Aufforderung durch die Streikleitung bereit war, mit den Streikposten zu sprechen und zu diskutieren. Diese interessiert nicht. Mit versteinertem Gesicht rannten sie an den KollegInnen vorbei, hinein in den Dienstwagen – und weg waren sie.

Durch die Gassenbildung war die Auseinandersetzung in eine prekäre Situation gekommen. Der Betrieb stand jetzt offen. Die Streikleitung organisierte zwar bereits die Streikposten für das Wochenende, suchte aber andererseits nach einer Lösung, ohne wesentlichen Gesichtverlust den Streik zu beenden. Diese fand sich in der Bereitschaft der Federal-Mogul-Geschäftsführung, am folgenden Montag, dem 23. Juni, in Verhandlungen über einen Haustarifvertrag einzutreten.

Fazit der Auseinandersetzung

Rückblickend war es ein Fehler, die KollegInnen bei F-M zum Streik aufzurufen. Trotz aller zielgerichteter Vorarbeit war es nicht gelungen eine wirkliche Grundlage für einen Arbeitskampf zu schaffen. Während des Arbeitskampfes hielten sich rund zwei Drittel der Belegschaft im Betrieb auf. Wie heute bekannt ist, war die Produktion erheblich gestört, was sicherlich zur Bereitschaft beitrug, mit der IG Metall in Verhandlungen zu treten. Trotzdem war es für die IG Metall und die Streikenden eine bittere Niederlage. Besonders die KollegInnen, die solidarisch mit vor dem Werkstor standen, hatten und haben die Niederlage auszulöffeln. Diskriminie-

rung und Mobbing steht in dem Betrieb jetzt auf der Tagesordnung. Der Betriebsrat hat sich inzwischen dem Druck, der in stiller Abmachung mit der Werkleitung durch die Streikbrecher ausgeübt wird, gebeugt und ist zurückgetreten. Sicherlich setzen sich die »Freunde der Werkleitung« auch bei den anstehenden Betriebsratswahlen durch, was die gesamte Situation nicht besser macht.

Von der örtlichen IG Metall und der zentralen Streikleitung war nicht richtig eingeschätzt worden, wie labil eine Belegschaft wird, wenn der Druck einer Werkleitung nur brutal genug ist. Sie knickt weg, wie das Beispiel F-M zeigt. Um dem Druck zu begegnen, bedarf es des entsprechenden politischen, wenigstens aber eines gewerkschaftlichen Bewusstseins. Weder das Eine noch das Andere ist heute in den Betrieben im Osten vorhanden.

Auf der anderen Seite ist jeder Streik die Schule des Klassenkampfes. Während der Auseinandersetzung machten die vielen hundert Streikposten auch neue Erfahrungen als ArbeiterInnen. Kaum eine/r von ihnen hatte zuvor für die eigenen Interessen gekämpft. Das, was sie jetzt erlebt haben, ist neu. Sie stellten fest, dass die Mächtigen keinerlei Rücksicht kennen, wenn sie die eigenen Interessen durchsetzen wollen. Dass sie im Grundsatz zu jedem Mittel greifen, wenn es ihnen nur nützt. Diese Erkenntnisse sind die Voraussetzung dafür, dass bei dieser ArbeiterInnen-Generation Klassenbewusstsein neu entsteht.

Diejenigen, die diese Erfahrung gemacht haben, sind in Ostdeutschland allerdings eine Minderheit. Die Mehrheit hat die Erfahrung der Niederlage gemacht und die vielen, die Abseits standen, vertreten die Auffassung, dass man ja doch nichts verändern kann. Diese Mehrheit wird es in der Zukunft schwer machen, Widerstand in jeder Form zu entwickeln. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird deshalb über Jahre hinaus die IG Metall, aber auch die anderen Gewerkschaften, im Osten nicht handlungsfähig sein.

aus: »Arbeiterstimme« Nr. 141 ■

■ DISKUSSION IN DER BERLINER IG METALL:

Wie weiter nach dem abgebrochenen Streik?

Mit dieser Fragestellung luden der Betriebsratsvorsitzende des Osram Lampenwerkes Berlin, Gottfried Dolinski, und der BR-Vorsitzende des Osram Glaswerkes Berlin, Dirk Lindner, am Samstag, dem 16. August 2003, zu einer Diskussion in das IG-Metall-Haus in Berlin ein. Erschienen waren ca. 30 KollegInnen, von denen etwa zwei Drittel aus der IG Metall kamen.

Die beiden Veranstalter hatten vorgesehen, zwei Grundsatzreferate halten zu lassen. Die beiden Referenten erschienen jedoch nicht. Dies war für die folgende Diskussion nicht problematisch. So konnten sich die Anwesenden besser mit der örtlichen Situation auseinandersetzen.

Nach einigen sehr grundsätzlichen Bemerkungen zur gesellschaftlichen Situation konzentrierten sich die Diskussionsteilnehmer auf die Analyse des IG-Metall-Streiks. So machten alle Redner deutlich, dass der Streik für die Funktionäre und Aktivisten der IG Metall keineswegs überra-

schend gekommen war. Bereits seit einem Jahr liefen die Vorbereitungen. Auf allen örtlichen, regionalen wie zentralen Funktionärstagen wie bei allen Zusammenkünften von Betriebsräten stand die Vorbereitung auf den zu erwartenden Tarifkonflikt um die Einführung der 35-Std-Woche an erster Stelle der Tagesordnung. Alle in der IG Metall gingen davon aus, dass sie kaum um einen Streik herumkommen würden. Die Ostler wussten, dass sie in den Ausstand treten mussten, die Westler wussten, dass die Auswirkungen der Arbeitsniederlegungen sie treffen würden.

Die IG Metall hatte sorgfältig wie auch in ihren bisherigen Tarifrunden, analysiert, welche Betriebe streikfähig waren und welche Unternehmen von den Folgen der Kampfmaßnahmen betroffen sein würden.

So lief denn auch alles seinen gewohnten Gang. Die KollegInnen der Betriebe, die in den Streik einbezogen wurden, legten die Arbeit nieder und beteiligten sich in hohem Maße an dem Ausstand. Ein Abbröckeln der Streikfront wurde aus keinem Betrieb gemeldet. Lediglich dort tauchten Probleme auf, wo eine große Zahl von Fremdfirmen im Werk arbeiteten oder wo ein größerer Teil der Beschäftigten befristete Verträge besaßen.

Allerdings, so meinte ein Teilnehmer der Diskussion, diese Geschlossenheit habe darüber hinweggetäuscht, dass die Belegschaften im Verhältnis zueinander doch sehr heterogen seien. Einige, wie etwa die VW-Betriebe, hätten von ihren Firmenleitungen bereits signalisiert bekommen, dass sie, wie auch immer der Streik ausgehen werde, in absehbarer Zeit über Haustarife den Westbetrieben gleichgestellt würden. Auch sei die wirtschaftliche Situation der Betriebe sehr unterschiedlich gewesen. Ein Teil der Unternehmen gehörte prosperierenden und kapitalstarken Westkonzernen an, ein anderer sei eigenständig und häufig in einer prekären ökonomischen Lage. Einige der in den Streik einbezogenen Betriebe hätten gar Kurzarbeit geleistet, bei einigen drohten Entlassungen.

Wenig hilfreich für die Effektivität des Streiks sei darüber hinaus auch der Umstand gewesen, dass die IG Metall mit einer Vielzahl von Unternehmen Haustarife abgeschlossen habe. Dies hätte die Streikfront durchlöchert und sei aus gutem Grund im Westen früher kaum praktiziert worden.

Die IG Metall habe, erklärte ein Kollege, im Tarifgebiet Sachsen und Berlin-Brandenburg unter den Beschäftigten einen Organisationsgrad, der bei etwa zehn Prozent liegt. Die Mitglieder der Gewerkschaft konzentrierten sich auf wenige Betriebe mit einer hohen Zahl von Beschäftigten. In kleineren und mittleren Unternehmen sei die IG Metall kaum vertreten, die Arbeitgeber darüber hinaus auch nicht in den Arbeitgeberverbänden. Diese schwache Verankerung habe zur Folge gehabt, dass die IG Metall, um überhaupt Stärke und Aktionskraft demonstrieren zu können, frühzeitig alle kampffähigen Betriebe in den Streik einbezogen habe. Eine Steigerung im Osten, so alle Diskussionsteilnehmer, war nach dem gescheiterten Spitzengespräch zwischen Zwickel und Kannegiesser nicht mehr möglich gewesen.

Allein eine Ausdehnung auf den Westen hätte den Arbeitskampf noch zu einem glimpflichen Ende führen können. Doch hier gab es erheblichen Widerstand, einen weitreichenden Beitrag zur Lösung des Konfliktes zu leisten. Als die Frage beantwortet werden musste, ob das ZF-Werk, das Getriebe für die Motoren von BMW produzierte, seinen Ausstand fortsetzen solle, mit der Folge, dass schließlich die komplette Autoproduktion für das 3er-Modell lahmgelegt würde, kam aus dem bayerischen Betrieb das Signal, dass ein Stopp der Produktion im eigenen Werk nicht akzeptiert würde. Unter solchen Umständen schien eine Fortsetzung des Streiks in diesem Betrieb einem »Harakiri« gleichzukommen. Man hätte den Konflikt statt mit dem Arbeitgeber dann in der eigenen Organisation gehabt. Eine Aussetzung des Streiks in dem Werk bedeutete aber auch, das nur noch geringe Möglichkeiten bestanden, den Konflikt in den Westen zu tragen.

Dieser Beitrag beschrieb zwar sehr realistisch die Situation der IG Metall, er macht aber auch deutlich, dass selbst die Linken sich nur auf einen Tarifkonflikt vorbereitet hatten. Den Ernst der Situation hatten sie nicht wahrgenommen, die durch die Arbeitgeber und die Bundesregierung eingeschlagene Zuspitzung nicht rechtzeitig erkannt und als sich die ersten Anzeichen zeigten, dass dies keine normale Tarifrunde werden würde, vermochten sie nicht angemessen zu reagieren. Weder vor Ort noch zentral gab es aktive Betriebsgruppen, auf die zurückgegriffen werden konnte. Die Daimler-Kollegen in Ludwigsfelde besaßen keinen Ansprechpartner in den Daimler-Werken des Westens. Auch die Informa-

tionen aus den bestreikten Betrieben waren spärlich und mussten häufig erst mühsam beschafft werden.

Woran genau scheiterte der Streik?

Eine Wertung der Gesamtsituation blieb am Schluss der Veranstaltung recht schwierig. Zwar ist die schwierige Ausgangslage zu berücksichtigen, die von mehreren Teilnehmern geschildert wurde und oben dargestellt worden ist. Doch dies allein kann nicht der Grund für die Niederlage sein. Auch andere Gewerkschaften sind in der Lage, Tarifkonflikte bei einem insgesamt geringen Organisationsgrad dann zu führen, wenn ihre Forderungen wenigstens in einigen Betrieben von der großen Mehrheit der KollegInnen getragen werden (etwa im Bereich Handel oder Bau). Auch die geringen Kampferfahrungen – es war der erste Streik in Berlin-Brandenburg seit 70 Jahren – haben nicht die entscheidende Rolle gespielt. Beim letzten Streik in der Baubranche bestanden ähnliche Voraussetzungen. Ein zentraler handwerklicher Fehler war es sicher, die 35-Std-Woche separat in einer Region durchsetzen zu wollen. So hat etwa die Postgewerkschaft ihre Angleichungspolitik immer in den zentralen Tarifrunden durchgeführt. Hätte sie dies allein im Osten machen wollen, wäre auch sie wohl gescheitert.

Neben unbestritten handwerklichen Mängeln spielten politische Fragen für den Ausgang des Konfliktes eine zentrale Rolle.

Von zwei Seiten kam Gegenwind, der unerwartet war: Einmal von der SPD. Diese hatte bisher selbst dann, wenn sie in der Regierung saß, nur auf eine Mäßigung von Streiks hingewirkt, die Forderungen der Gewerkschaften aber nicht prinzipiell in Frage gestellt. Und zum anderen von den Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden großer Westbetriebe. Sie wollten keine größere Auseinandersetzung führen und sahen sich insbesondere von dem Management »ihrer« Unternehmen unter Druck gesetzt. Sie befürchteten, die bisher einvernehmliche Politik mit diesen nicht mehr fortsetzen zu können.

Einige Diskussionsteilnehmer machten auch die vom DGB-Vorsitzenden verkündete Sommerpause für die geringe Solidaritätsbereitschaft verantwortlich. Die Enttäuschung, die das bei vielen engagierten KollegInnen hervorgerufen hatte, wirkte sich auf die innergewerkschaftliche Mobilisierung für den Streik aus. Solidaritätsaktivitäten blieben selbst dort verhalten, wo, wie in Berlin, zwei Betriebe des gleichen Konzerns existierten.

Die IG Metall, so mit neuen Fragen der Streikführung konfrontiert, blieb unfähig, entsprechende Antworten zu geben. Während ein Teil der Funktionäre schon die einfache gewerkschaftliche Solidarität aus betriebsegoistischen Gründen hintertrieb, blieben beide Gruppierungen weder willig noch fähig, dem von der anderen Seite forcierten Konflikt politisch entgegenzutreten. Die Belegschaften sind jahrzehntelang in Passivität erzogen und so nicht in der Lage, selbstständig zu reagieren. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Stagnation erfahren sie die Angriffe der Unternehmen und der Regierung individuell und reagieren mit Angst darauf. Aber auch die Linken besitzen derzeit keine Strukturen, um eine Gegenkraft zu bilden. Sie haben in den letzten Jahren die Politik der Gewerkschaften nur punktuell in Frage gestellt, etwas höhere Lohnforderungen formuliert und die Unzulänglichkeit der Tarifabschlüsse kritisiert, vielleicht noch ein bisschen die Einbeziehungen der Belegschaften in alle

betrieblichen und gewerkschaftlichen Fragen verlangt. Jetzt aber, wo sie vor neuen grundsätzlichen Herausforderungen stehen, wird deutlich, dass sie betrieblich auf einer schmalen Basis arbeiten, innergewerkschaftlich als Strömung keinen eigenen Zusammenhang bilden und politisch-organisatorisch keinen gewichtigen Faktor darstellen.

Bei der abschließenden Frage, wie die Berliner Gewerkschaftslinken auf den Streik und die innere Auseinandersetzung in der IG Metall reagieren sollte, blieben die Anwesenden in ihren Beiträgen denn auch merklich zurückhaltend.

In der Schwierigkeit, hier eine Antwort zu geben, drückt sich aus, wie sie in der Organisation arbeiten. Während die linke Mehrheit der Ortsverwaltung wohl in der Lage ist, fortschrittliche Beschlüsse zu verabschieden und für ihre Kandidaten zu Gewerkschaftstagen klare Mehrheiten zu bekommen, schert sich die Ortsverwaltung um den Vorsitzenden Arno Hager einen Dreck drum. Will denn die Linke ernst genommen werden, muss sie sich zunächst einmal Gedanken um die Durchsetzung ihrer Beschlüsse machen und einem Bevollmächtigten, dem die Entscheidungen der Ortsverwaltung egal sind, zeigen, wo es lang gehen soll.

Immerhin haben die Berliner Delegierten auf dem Gewerkschaftstag in Frankfurt die Initiative ergriffen und versucht, die fortschrittlichen Kräfte aus anderen Regionen zu sammeln und zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Auch arbeiten einige der Aktiven mittlerweile an der Zeitung »berlin von unten« mit.

H., Berlin, 26.9.2003 ■

■ GEWERKSCHAFTSTAG DER IG METALL (TEIL 1)

Schlappe für die Modernisierer

Vom 29. bis 31. August fand der erste Teil des Gewerkschaftstages der IG Metall statt. Drei Tage des ursprünglich für die komplette dritte Oktoberwoche geplanten Kongresses wurden vorgezogen, um nach dem abgebrochenen Streik und den massiven internen Auseinandersetzungen die Wahlen zum Vorstand vorzuziehen. Gewählt wurde, das ist bekannt, das »Tandem« Jürgen Peters und Berthold Huber. Die Delegierten haben damit dem ursprünglich schon im April gemachten Wahlvorschlag des erweiterten Vorstands zugestimmt. Wie ist nun der Ausgang dieser Wahlen und damit der »Personalquerelen« in der IG Metall zu bewerten?

Das wesentliche Ergebnis ist, dass der Modernisiererflügel um Klaus Zwickel, Berthold Huber und einer Reihe von Gesamtbetriebsratsvorsitzenden (GBR, vor allem aus der Automobilindustrie) mit der Wahl von Peters eine gewerkschaftsinterne Niederlage eingesteckt hat. Unabhängig davon, ob man die Ursache der Streikniederlage in Ostdeutschland im Verhalten des Modernisiererflügels sieht oder nicht, haben Zwickel und Co. versucht, den Streik im Osten auszunutzen, um den Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Huber, ins Amt zu hieven. Sie haben sich sogar massiv der bürgerlichen, gewerkschaftsfeindlichen Presse bedient, die wiederum ihre eigenen Interessen in dieser Auseinandersetzung verfolgt: Bedingungslose Anpassung der Gewerkschaften an die Politik der SPD und die Profitinteressen des Kapitals.

Der Vorstoß, von außen den Vorsitzenden der IG Metall diktieren zu können, ist nicht gelungen. Der Vorstoß von Zwickel, Huber, Uwe Hück (GBR von Porsche), Erich Klemm (GBR von Daimler) und Klaus Franz (GBR von OPEL), die IG Metall auf Dienstleistungslinie zu bringen und damit der Schröderschen Devise zu folgen, die IG Metall müsste ein wenig mehr wie die IG Bergbau, Chemie, Energie werden, wurde zunächst abgewehrt. Die Wahl Jürgen Peters' ist aber nicht als ein Sieg der Linken innerhalb der IG Metall zu betrachten. Peters selber sieht sich nicht als Ausdruck oder Kopf einer Gewerkschaftslinken. Auch hat er nicht, und dies ist das Wesentliche, die politische Konfrontation mit Huber gesucht. Die eigentlichen politischen Konflikte – Stellung der IG Metall zur Agenda 2010 und zur Sozialdemokratie – wurden in den vergangenen Monaten ausgespart. Vor allem Jürgen Peters hat weder im Vorfeld noch auf dem Gewerkschaftstag die politische Zuspitzung gesucht. Vielen Mitgliedern mussten so die Streitigkeiten als reine »Personalquerelle«, als Streit um Macht und Pfründe erscheinen. Ganz falsch liegen sie damit auch nicht – nur geht es nicht um die persönliche Machtfülle eines Vorsitzenden, sondern um die strukturelle Macht von Betriebsräten und Gesamtbetriebsräten in der IG Metall.

Keine Kritik am Arbeitskampf

Die Diskussion über den verlorenen Arbeitskampf in Ostdeutschland war der Hauptpunkt des ersten Teils des Gewerkschaftstages. Nach den mündlichen Geschäftsberichten der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder entspann sich die seit langer Zeit ausführlichste Debatte auf einem Gewerkschaftstag, über 100 Rednerinnen und Redner hatten sich zu Wort gemeldet. Zusammenfassend kann man zu der dortigen Debatte sagen: Die Modernisierer hatten Kreide gegessen, sie mussten zum Teil herbe Kritik einstecken, ansonsten waren aber alle um Einheit und Harmonie bemüht. So machte Erich Klemm in der nach den Geschäftsberichten begonnenen Aussprache den Aufschlag mit der Behauptung, auch er sei Traditionalist. Auch die anderen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden suchten nicht mehr die Auseinandersetzung. Sie wurden im Gegenteil von vielen für ihr Auftreten in der Presse kritisiert.

Gerade viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten nutzten die Gelegenheit, von ihren Erfahrungen aus dem Streik zu berichten. Keine und keiner von ihnen hat dabei kritisiert, dass überhaupt gestreikt wurde. Kritisiert wurden die Uneinigkeit des Vorstands und die medialen Vorstöße der bekannten Verdächtigen.

Kandidatur von Klaus Ernst gegen Wolf-Jürgen Röder

Ein weiterer Diskussionspunkt auf dem Gewerkschaftstag war die Ausrichtung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Das zuständige Vorstandsmitglied Wolf-Jürgen Röder und sein Reformprojekt »Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit« (vgl. hierzu ARPO, 43. Jg., Nr. 1, 12. Mai 2002, S. 21 - 26) wurde von einer Reihe von Delegierten, zum Gutteil Hauptamtlichen, kritisiert. Allzu offensichtlich war aber, dass mit dieser Diskussion eine weitere Personalentscheidung vorbereitet werden sollte. Die inhaltliche Debatte über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit erfolgt nämlich erst auf dem zweiten Teil des Gewerkschaftstages im Oktober in Hannover. Mit der Kritik an Röder sollte der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Schweinfurt, Klaus Ernst, in

Position gebracht werden. Dieser hat in seiner Kandidatenrede an ein Modell »antikapitalistischer« Bildungsarbeit angeknüpft, das in der IG Metall in den siebziger Jahren durchaus häufig anzutreffen war. Auch kritisierte er die SPD und die Agenda 2010. Klaus Ernst hat sich zwar mit seiner Kandidatur dem um Einheit und Harmonie bemühten Vorgehen des Vorstandes entgegengestellt (»Personalkonzept«). Allerdings weigerte auch er sich, die Auseinandersetzungen in der IG Metall beim Namen zu nennen, als einen Flügelkampf zu bezeichnen: »Ich bin weder ein Peters- noch ein Huber-Mann, Kolleginnen und Kollegen. Beide kenne ich sehr lange und glaube im Übrigen zu wissen, dass sie in überwiegenden Fragen einer Meinung sind. Das ist gut so, Kollegen.«

Klaus Ernst wurde zwar nicht gewählt, das Ergebnis ist aber bemerkenswert. Von 585 Delegierten stimmten 245 für Ernst (knapp 42 Prozent); Röder erhielt 332 Stimmen (etwas über 56 Prozent). Nimmt man die Abstimmungsergebnisse für die Vorstandswahlen, wo Peters und Huber jeweils etwas über zwei Drittel der Delegierten hinter sich brachten, gewinnt man den Eindruck von etwa drei Lagern innerhalb der IG Metall: Rund ein Drittel der Delegierten stehen eindeutig auf der Seite von Peters, rund ein Drittel wiederum eindeutig auf der Seite Hubers, ein weiteres Drittel war entweder unentschieden oder stimmte für oder gegen beide Kandidaten. Für die Entwicklung eines linken Gewerkschaftsflügels in der IG Metall scheinen die Zeichen insofern günstig. Die Auseinandersetzung um die Ausrichtung, um die Zukunft der IG Metall hat aber bestenfalls erst begonnen. Gerade das »Tandemmodell« zeugt von einem vorläufigen Kompromiss. Sm./B. ■

■ IG METALL KÜSTE

»Hamburger Erklärung«

Einige hauptamtliche Funktionäre der IG Metall Küste veröffentlichten vor dem IGM-Gewerkschaftstag eine »Hamburger Erklärung«, die wir hier dokumentieren:

»Der Arbeitskampf in Ostdeutschland ist mit einer Niederlage für die IG Metall beendet worden. Seither taumelt die IG Metall nahezu führunglos durch die Medien, Diskussionen und Forderungen. Wir brauchen schnellstens klare Entscheidungen, geklärte Verantwortungen und eindeutige Pläne für den Weg aus der Krise.

Die Streikenden haben keine Niederlage erlitten. Ihr Ziel, ihr Mut und Einsatz waren ein herausragendes Beispiel für gewerkschaftliches Engagement und Solidarität. Die IG Metall steht jetzt in der Pflicht, die unmittelbaren Folgen zu mildern, d.h. Maßregelungen und eine Spaltung der Belegschaften zu verhindern, die Tarifverträge zu sichern und den Mitgliedern eine gewerkschaftliche Perspektive zu geben. Auch die Solidarität der Organisation, Ost wie West hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Tausende haben aktiv die streikenden Kolleginnen und Kollegen unterstützt.

Die Niederlage ist keine Folge mangelnder Unterstützung. Das unsolidarische Verhalten Einzelner ist nicht zu entschuldigen, aber nicht ursächlich für die Niederlage. Dolchstoßlegenden und Ablenkungsmanöver, wie das populistische Wiederbeleben des »Ossi-Wessi-Konfliktes«, spalten die Organisation und verhindern notwendige Analysen, Konsequenzen und Entscheidungen.

Die Niederlage erfolgte, weil die Kraft der IG Metall nicht reichte: der ökonomische Druck war zu gering, die Folgen von Fernwirkungen waren nicht bedacht, nicht kommuniziert, nicht vermittelt. Planung und Ausführung des Streikkonzeptes wichen gravierend voneinander ab und die Möglichkeit einer Niederlage und der Vorsorge für ihre Abwendung fehlte. Es handelt sich nicht um einen Betriebsunfall, bei dem es »nur« um gravierende handwerkliche Mängel geht. Die ergebnislose Beendigung des Arbeitskampfes ist eine Niederlage der gesamten IG Metall.

Das Scheitern des Bündnisses für Arbeit, die Agenda 2010 und die Streikniederlage in Ostdeutschland stellen die historische Zäsur dar.

Die Frage, wie das passieren konnte, darf sich nicht in einer Analyse erschöpfen, sondern muß zu einer konsequenten Verbesserung der Strukturen, der Kommunikation und der Klärung von Verantwortlichkeit führen. Der Gewerkschaftstag wird sowohl über die Programmatik als auch über die Personen entscheiden müssen, die dies umsetzen.

Es geht nicht um Schuldzuweisungen. Die Analyse ist notwendig um für die Zukunft Fehler vermeiden zu helfen. Schuld ist eine moralische Kategorie.

Es geht um Verantwortung für die IG Metall, für die Zukunft, für die Fähigkeit kraftvoller offensiver Politik gegenüber Arbeitgebern, Politik und Gesellschaft. Entscheidungsunfähigkeit und Spaltung, hilfloses Ausgeliefertsein gegenüber den Medien und interessierten Kreisen, führen die IG Metall in den Abgrund.

Es ist nachvollziehbar, dass der Außendruck, die Häme der Medien und die antigewerkschaftliche Stimmung dazu verleitet, jetzt die Geschlossenheit vor die notwendigen politischen und personellen Korrekturen zu stellen.

Wer aber begreift, dass wir eine politische Zäsur erleben, die zwingend erfordert, unseren Mitgliedern und Funktionären eine glaubwürdige Zukunftsperspektive zu geben, kommt an zeitnahen, klaren und sicher auch schmerzhaften strukturellen und personellen Konsequenzen nicht vorbei.

Oberste Priorität hat dabei das Ziel, eine Spaltung zu verhindern und stattdessen Klarheit und Einheit herzustellen. Die IG Metall braucht hierfür eine neue unbelastete Führungsspitze. Der Vorstand muss deswegen unverzüglich die Entscheidung vom April diskutieren und über ein erneutes Findungsverfahren und Vorschläge entscheiden.◀

Antwort auf die »Hamburger Erklärung«

Liebe Kollegen der IG Metall Küste, wir möchten zu euren politischen Forderungen, die von allgemein gewerkschaftlicher Bedeutung sind, unsere Meinung darlegen.

Mit eurer Forderung, angesichts der Krise (nicht nur der Metall-Gewerkschaft), erst die politischen Auseinandersetzungen zu führen, um dann Einheit und Geschlossenheit in der Mitgliedschaft herzustellen, stimmen wir überein.

Angesichts des Scheiterns des letzten »Bündnisses für Arbeit«, der schwachen Mobilisierung gegen die Agenda 2010 und der Streikniederlage in Ostdeutschland offenbarten sich unter den aktiven Kolleginnen und Kollegen unterschiedliche Auffassungen über die künftige Strategie. Ihr bezeichnet diese aktuelle Situation als »historische« und »politische Zäsur«, die es »zwingend erfordert«, den Mitgliedern und Funktionären eine glaubwürdige Zukunftsperspektive zu geben.

spektive zu geben.« Wir ergänzen: Das ist nur möglich, wenn die festgestellte Zäsur auch politisch in ihrer Entwicklungsrichtung bewertet wird – es ist eine reaktionäre Zäsur.

Allerdings, ihr kommt mit Eurem Vorhaben, den Mitgliedern eine Perspektive geben zu wollen, etwas spät. Die Vorstände der anderen DGB-Gewerkschaften haben bereits ihre künftige Strategie propagiert und setzen sie inzwischen um, ohne eine Debatte darüber mit ihren Mitgliedern zu führen. Abewr auch ohne, dass eine beeindruckende Zahl dieser Mitglieder dagegen protestierte. Es bleibt den wenigen Gewerkschaftslinken überlassen, die tatsächlichen Ursachen des sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandels den Mitgliedern bewusst zu machen.

Im Nachhinein können wir feststellen, dass der Aufruf der Gewerkschaftsführungen im Frühjahr zum Widerstand gegen die Agenda nur ein Test war, um zu prüfen, wie widerstandsbereit die Basis war. In Hamburg zum Beispiel überließen DGB-, IG Metall- und ver.di-Führung die Mobilisierung ihren mehr oder weniger gut funktionierenden e-mail-Verteilern.

Vor der Fischauktionshalle, in der der Sonderparteitag der SPD im Norden Kanzler Schröder die Zustimmung zu seiner Agenda signalisierte, erschienen einige hundert Demonstranten. Die SPD-Gewerkschaftsfunktionäre artikulierten in der Halle so gut wie keinen Widerspruch zu Schröders Agenda.¹⁾ Draußen, gegenüber den Demonstranten, hatten sie gerade noch ein eher unwilliges Kopfnicken für diejenigen, die ihren Aufruf ernst genommen hatten.

Nachdem die Gewerkschaftsspitzen die mangelnde Kampfbereitschaft der Basis einschätzen konnten, gaben sie den groß angekündigten Widerstand auf und schwenkten um: IG-BAU-Vorsitzender Wiesehügel kündigte an, dass die Gewerkschaften künftig »die Entscheidungen der Regierung begleiten wollen.« ... Sie würden sich einer Koalition der Vernunft nicht länger verweigern, schlussfolgerte das »Hamburger Abendblatt« (25.6.2003)

DGB-Chef Sommer gestand Fehler vor allem bei der Diskussion um die Agenda 2010 ein. Er hatte schon lange nachgedacht (Die Welt, 8.9.2003) und kündigte nun sein Umdenken an: »Wir werden wieder zu einem differenzierten Politikstil zurückkehren.« (Die Welt zitiert den Spiegel vom 11.8.2003)

Der in der IG Metall durch die Strömung um Jürgen Peters (damals noch Zweiter Vorsitzender) angekündigte Widerstand gegen die Agenda (Peters: »ein Scheißdreck«) relativierte sich sehr schnell nach seiner Wahl zum Vorsitzenden anlässlich des Treffens aller Gewerkschaftsvorsitzenden beim Kanzler Schröder.

Kollegen, in der »Hamburger Erklärung« schreibt ihr: »Es geht um die Verantwortung für die IGM, für die Zukunft, für die Fähigkeit kraftvoller, offensiver Politik gegenüber Arbeitgebern, Politik und Gesellschaft.« Eine kraftvolle, offensive Politik macht das bürgerliche Lager mit den Kapitalverbänden im Zentrum, ideologisch versorgt von den wissenschaftlichen Instituten, den Medien usw.

Die bürgerliche Politik wird bestimmt vom Kampf um die Verwertung des Kapitals, vom ruinösen Konkurrenzkampf, deren Ursache die Überproduktion an Waren und Dienstleistungen sowie die Überakkumulation an Kapital ist. Ihr wirtschaftliches Ziel ist, die Produktions- und Lohnkosten zu senken. Ihr politisches Ziel ist es, die sozialen Kosten der Krise auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Natürlich

dosiert nach dem Prinzip der Nützlichkeit der »Milieus« für das Kapital: teilen in der Klasse!

Die soziale Marktwirtschaft, die die »goldenen sechziger Jahre« prägte, und die kapitalistische Produktionsweise als ihr Wesen verschleierte, verliert ihr Adjektiv »sozial«. Anstelle der bisherigen Regierungspolitik der »Wohlstandsmehrung für alle Bürger« tritt die Politik der sozialen Kürzungen, der Abbau aller Versorgungseinrichtungen und Leistungen.

Diesen Angriffen stehen die Arbeiterbevölkerung und die Gewerkschaften politisch hilflos gegenüber. Nach vielen erfolglosen Widerständen mit traditionellen Methoden suchen die Gewerkschaftsführungen nun den Dialog mit der rot-grünen Regierung, allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Damit erkennen sie den Klassengegner als Herr(n) der Lage an. Erleichtert wird ihnen diese Unterwerfung, weil die Durchsetzung dieser Politik von der Sozialdemokratie zum Programm erhoben wird – und die Sozialdemokratie bindet weiterhin große Teile der arbeitenden Bevölkerung in diese Politik ein.

Von der Sozialpartnerschaft zur »Partnerschaft neuen Typs«

Was für die Gesellschaft die soziale Marktwirtschaft bedeutete, war für Kapital und Arbeit die Sozialpartnerschaft. Ihre wirtschaftliche Grundlage war die lang anhaltende Konjunktur, der Mangel an Arbeitskräften der kapitalistischen Aufschwungphase nach der Währungsreform 1948. Die Gewerkschaften akzeptierten die Rolle, die ihnen die restaurierten Verhältnisse der jungen Bundesrepublik eröffneten. Von ihren Ideen der Nachkriegszeit, nämlich einer wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Deutschlands, verabschiedeten sie sich. Wir wollen hier die Auseinandersetzungen um die Einordnungsstrategie in und zwischen den Gewerkschaften nicht weiter vertiefen. Angeführt wurden sie damals von dem »Reformer« und IG-Bau-Vorsitzenden Georg Leber, auf der anderen Seite stand der »Traditionalist« und IGM-Vorsitzende Brenner. Der Begriff Sozialpartnerschaft hat sich als Synonym für die Periode des friedlich-schiedlichen Aushandelns der Tarife, bei der ein Streik nur als »letztes Mittel« galt, eingebürgert.

Diese damalige Form der Sozialpartnerschaft wurde von Belegschaften zum Beispiel durch »wilde Streiks« unterlaufen. In solchen Fällen traten die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor auf und sicherten ihrerseits den Bestand der Form der Sozialpartnerschaft.

In den letzten Jahren waren und sind es die Unternehmen, die mehr und mehr die Tarife aushebeln und damit deren bisherige Funktion in der Sozialpartnerschaft aufheben. Folglich wird der Sozialpartnerschaft in der bisherigen Form der Boden entzogen.

Der Streik als Kraftprobe

Die aktuelle Niederlage der IGM beim Streik um die 35-Stunden-Woche ist für die Unternehmerverbände der Sieg im Finale. Die Vorkämpfe: Einführen von Öffnungsklauseln in den Tarifen, Unterlaufen und Brechen der Tarife von Unternehmen usw. Die Spielregeln der neuen Partnerschaft verkünden die Verbandsmanager der Unternehmerverbände. Präsident Kannegiesser von Gesamtmetall kündigte an, dass die Arbeitgeber »die IG Metall auf dem Weg zur Verknüpfung betrieblicher, gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftspoliti-

scher Lösungen als wichtigen Partner mitnehmen möchten.« (Die Welt, 17.7.2003)

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Werner Busch, formulierte in einem Gastbeitrag der »Frankfurter Rundschau« (29.8.2003) seine Erwartungen an die IG Metall u.a. so: »Wir wünschen uns, dass die IG Metall ihr Selbstverständnis als sozialpolitischer Kampfverband mit einem sehr breiten parteiähnlichen Legitimationsspektrum überprüfen und als nicht mehr zeitgemäß befinden möge.« »Die Welt« (18.7.2003) zitiert Arbeitgeberpräsident Hundt: »Gerade jetzt sollten die Arbeitgeber den Gewerkschaften die Hand reichen, um die Sozialpartnerschaft zu modernisieren.« »Modernisieren« heißt anpassen an die vom Kapital geschaffenen Realitäten. Darüber hinaus, meinte Hundt, müsse Schluss sein mit dem wortradikalen Kampfgetöse und dem Widerstand seitens der Gewerkschaften gegen alle und jede Veränderung.

Die Darstellung des Verhandlungsablaufes durch die IGM-Tarifkommission und das Trommeln der Medien gegen den Streik gaben einen Einblick in die bestehenden Klassen- und Kräfteverhältnisse der Republik. Die IGM war in der herkömmlichen Weise in die mit Gesamtmetall terminierten Verhandlungen eingetreten. Nach einem Spitzengespräch zwischen IGM Zwickel/Peters und Gesamtmetall Kannegieser meinte die IGM-Tarifkommission, dass die »Konturen für einen Kompromiss weitgehend erarbeitet« worden seien. In der Endphase der Verhandlungen verschärfte jedoch die Unternehmer ihre Forderungen »in einer bisher einmaligen Art und Weise«, dass sich »offensichtlich diejenigen Kräfte im Arbeitgeberlager durchgesetzt hatten«, die »am Scheitern der Verhandlungen interessiert waren.« (Resolution der Tarifkommission Sachsen-Brandenburg, 29.6.2003, Berlin)

Das nun laut werdende Trommeln der Presse für Gesamtmetall unter dem Tenor: Jetzt nicht nachgeben – es muss der Gewerkschaft ihre Schwäche demonstriert werden, darin sieht die IGM-Tarifkommission eine offene »parteiliche Rolle der Medien« für die Unternehmer.

»Auch das zunehmend kritisch werdende Verhältnis der Regierungsparteien zu den Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Diskussion um die Agenda 2010 und die aggressive Oppositionsstrategie gegen die Tarifautonomie und die Mitbestimmung haben den weiteren Verlauf der Tarifbewegung erheblich beeinflusst«

Diese Argumentationen (»parteiliche Rolle«, »kritischer werdende Verhältnis der Regierungsparteien«) zeigen, dass sie den Klassencharakter des gemeinsamen Angriffs des bürgerlichen Lagers und der Regierung unter der Flagge »für das Gemeinwohl« als deren Instrument zur Durchsetzung ihres Klasseninteresses nicht erkennen und einordnen.

Das gewerkschaftliche Bewusstsein oder das Bewusstsein der Gewerkschafter – ob das des akademisch gebildeten, geschulten Funktionärs oder das der Mehrheit der Mitglieder – ist das Ergebnis bürgerlichen Denkens, welches seit der Weimarer Zeit nicht mehr durch lebendiges, praktiziertes proletarisches Klassenbewusstsein infrage gestellt wurde. Die Gewerkschafter reagieren entsprechend ihrer sozialen Lage und ihrer Mentalität unterschiedlich. Ein Teil kündigt die Mitgliedschaft, ein weiterer ist bereit, die neue Partnerschaft als Perspektive zu akzeptieren, und die linken Gewerkschafter bilden Gruppen, um Widerstand gegen den Sozialabbau zu demonstrieren.

Die objektiven Voraussetzungen für einen wachsenden Widerstand in der arbeitenden Bevölkerung schaffen die Herrschenden mit dem Sozialabbau selbst. Die Regierung suggeriert diesen Abbau als »Reformen – nachhaltig und dauerhaft«, die Vertreter des bürgerlichen Lagers bezeichnen dieselben Maßnahmen als »ersten Schritt in die richtige Richtung«. Sie wollen also weiteren Abbau. Welche Formen der Widerstand dagegen annimmt, hängt ab vom allgemeinen Bewusstsein, vom Erkennen der Ursachen der sozialen Probleme und der Erkenntnis der Bedingungen zu ihrer Lösung.

Das Kapital in seinem jetzigen Stadium der Entwicklung löst seine Probleme dort, wo das einzelne Kapital bei seiner erweiterten Reproduktion und der Kapitalverwertung durch die Konkurrenz be- bzw. gehindert wird, durch Zukaufen, Liquidieren oder Zerstören der Konkurrenz. Es stärkt seine Position durch Rationalisieren und Senken der Lohn- und sonstigen Kosten.

Die Gewerkschaftsführung und ihr Apparat wählt und wählt weiterhin den Weg der Anpassung an das System. Zugleich müssen sie die Interessen der Mitglieder vertreten, die mit denen des Kapitals immer stärker kollidieren. Sie gerät zwischen Baum und Borke und »führt« im passiven Sinne, letztendlich im negativen Sinne.

In welche Rolle sie dabei geraten, zeigt die Praxis. Die Betriebsleitungen setzen Belegschaften unter Druck, entweder sie verzichten auf tarifliche Leistungen oder Betriebsteile werden ausgelagert oder Aufträge können gar nicht erst übernommen werden. In der Folge, erklären die Gewerkschaftssekretäre, werden sie von den KollegenInnen gedrängt, die Tarife zu öffnen, um die Arbeitsplätze zu erhalten, während sie für die Einhaltung der Tarife plädierten. Darin drückt sich aus, dass die Gewerkschaften den KollegenInnen keine Perspektive bieten. Sie laufen der Entwicklung hinterher.

Auch die IG-Metall-Führung sucht nach Wegen, wie sie sich der sozialen und politischen Entwicklung anpassen kann. Angesichts des Mitgliederschwundes will sie ihre Gewerkschaftspolitik umorientieren. Klaus Zwickel wies in seinem Beitrag während des »Forum 2000« auf die Diskrepanz zwischen der Mitgliederstruktur und der Belegschaftsstruktur hin. Andere Teilnehmer hoben die veränderte Sozialstruktur in der Arbeitswelt hervor und erklärten: »Die sozialen Lagen und Interessenorientierung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen differenzieren sich weiter aus: Um in den Gruppen der qualifizierten Facharbeiter und hochqualifizierten Arbeitnehmer Mitglieder zu werben, bedarf es differenzierter Tarifverträge, spezifischer Angebote. Die Kunst der Tarifverträge der Zukunft wird deshalb auch darin bestehen, individuelle Ansprüche so zu formulieren, dass sie vom Individuum selbst wahrgenommen werden können...«

Klaus Zwickel sagt, »wir wollen der Vielfalt einen solidarischen Rahmen schaffen, deshalb lautet für den Gewerkschaftstag unser Motto: »Vielfalt solidarisch gestalten.«

Die Gewerkschaftsführung orientiert ihre Politik auf die Unterschiede, auf das Trennende in der arbeitenden Bevölkerung – und nicht auf das sie immer noch Einende: ihre Lohnabhängigkeit.

Die Lohnabhängigkeit und die Massenproduktion sind die immer noch vorhandenen Voraussetzungen für eine Arbeiterpolitik. In diesen Voraussetzungen enthalten sind die Bedingungen für die Konkretisierung einer Arbeiterpolitik, die vom Klassenstandpunkt ausgeht. 1.10.2003 ■

Gegen eine »Dolchstoßlegende«

Kritik an den Artikeln »IG Metall – Streik ohne Ergebnis« und »Gewerkschaften an der kurzen Leine« in der letzten »Arbeiterpolitik«

Nach Lesen des Artikels *»IG-Metall-Streik ohne Ergebnis – partielle Niederlage oder gewerkschaftliche Kapitulation?«* in der ARPO Nr. 3/03 vom 15. Juli hat man den Eindruck, der abrupte Abbruch des Streiks sei weitgehend den Aktivitäten westlicher Funktionäre, insbesondere aus dem Kreis der Zwickel-Huber-Fraktion, zuzuschreiben. Ja, diese Fraktion scheint – so wie in diesem Text argumentiert wird – den Streik nachgerade bewusst vor die Wand gefahren zu haben. In der dritten/vierten Streikwoche hätte sie ihre große Stunde gehabt. Als es nämlich notwendig geworden sei, den Arbeitskampf so auszuweiten, dass auch westliche Betriebe betroffen worden wären, hätte das zwangsläufig allein wegen eines anderslautenden langfristigen Plans auf den Widerstand der Zwickel-Fraktion stoßen müssen: Es *»drohte eine Politisierung der Auseinandersetzung auch von gewerkschaftlicher Seite. Dies hätte den Kurs der Ein- und Unterordnung der Gewerkschaftsvorstände gegenüber der Bundesregierung erneut auf die Tagesordnung gesetzt und in Frage gestellt. Der Flügel um Zwickel und Huber, der sich auf zahlreiche Konzernbetriebsräte stützen kann, sah sich zum Handeln veranlasst«* (S. 14).

Auf der Basis von Forderungen der Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von OPEL, Daimler und BMW seien zunächst wichtige Automobilzulieferer aus dem Streik 'rausgenommen worden und dann hätte Zwickel entsprechend dieser Linie selbstherrlich einfach das Ende des Streiks verkündet. Alle denkbaren anderen Wurzeln für das Streik-Ende, wie zum Beispiel die Schwäche der Streikbewegung oder ein Unwille in den westdeutschen Autobelegschaften selbst, werden in dieser Lesart konsequent beiseite gedrängt. Allein durch die Zwischenüberschrift *»Von der Sabotage zur Kapitulation«* (S. 14) wird der Ton nachhaltig bestimmt: *»Jemand hat den aufrechten Streik-Kampf der ostdeutschen Metaller zunächst gravierend sabotiert, um ihn schließlich dann in die Kapitulation zu treiben«. Wer damit gemeint ist, wird deutlich benannt: »Die Streikniederlage war (...) das Ergebnis (...) der offen betriebenen Sabotage durch den Zwickel-Huber-Flügel«* (S. 15, 3. These). Sand ins Getriebe geworfen hätte diese Fraktion von Anfang an, schon *»die Tarifverhandlungen über eine Angleichung der Arbeitszeit in den neuen Bundesländern wurden gegen den Widerstand von Teilen des IGM-Vorstandes (u.a. Zwickel und Huber) beschlossen«* (S. 12). Mit anderen Worten, ob nun gewollt oder nicht, entsteht beim Lesen jenes Textes der Eindruck, das ganze Streikgeschehen sei wesentlich und in erster Linie durch eine politische Linie von bestimmten Funktionären in die falsche Richtung gedrängt worden.

Die Zusammenhänge, die da konstruiert werden, haben mit der Wirklichkeit jedoch nur bedingt etwas zu tun. Richtig ist es noch, dass es diesen Betriebsräten und Funktionären in dieser Situation tatsächlich auch darum ging, eine Politisierung des Streiks zu vermeiden. Das wäre zweifellos eine Entwicklung, welche sozialdemokratischen Gewerk-

schaftsfunktionären Sorgen bereiten müsste. Zweifelhaft ist jedoch, ob jene Konzernbetriebsräte das allein aufgrund ihres höchstgelegenen politischen Standpunktes getan haben oder ob sie damit nicht nur das zum Ausdruck brachten, was die Mehrheit der Mitglieder dachte. Das ist der zentrale Punkt, der eigentlich zu untersuchen gewesen wäre. Wenn in dem hier kritisierten Text einzig und allein nur auf jenes erwähnte Moment (bremsende Haltung bestimmter Funktionäre) abgestellt wird, bringt er zwar durchaus etwas Richtiges zum Ausdruck, unterschlägt aber wichtige andere Gesichtspunkte und verfällt damit letztlich einer rein schematischen Betrachtungsweise. Holzschnittartige Einschätzungen sind, selbst wenn sie richtige Aspekte enthalten, auf Dauer jedoch gefährlich, weil sie perspektivisch-politisch in vielerlei Hinsicht in die Irre führen.

Indem der Eindruck erzeugt wird, jenes Treffen der Automobilbetriebsräte sei allein Ausdruck eines langfristigen Planes der Modernisierer-Fraktion in der IGM, welcher sowieso vorgesehen hätte, den Streik bei der ersten sich bietenden Gelegenheit abzuwürgen, wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Tatsächlich war es keineswegs so, dass eine bestimmte Fraktion in der IGM von Anfang an eine Niederlage zumindest billigend in Kauf genommen und dann einen eigentlich nicht gar so schlecht laufenden Streik bewusst abgewürgt hätte. In Wirklichkeit hatten sich auch die Zwickel-Fraktion und ihre Basis in den Konzernbetriebsräten zunächst sehr lange für die Erreichung des Streik-Ziels eingesetzt. Eine Niederlage wie diese konnten auch sie nicht wollen, denn damit verlieren auch die Modernisierer in der IGM gesellschaftlichen Einfluss. Auch sie haben einen traditionell-ordentlichen Streik gewollt und erst als sich zeigte, dass er so nicht mehr möglich war, da winkten sie ab.

Was das Fehlen der Solidarität aus dem Westen angeht, rührte die nicht da her, dass einige sozialdemokratische Funktionäre sie nicht wollten, sie eine mögliche Solidarität bewusst hätten hintertreiben müssen, sondern diese brauchten nur das zum Ausdruck bringen, was schon in den Köpfen der Kollegen war und ist. In dem hier kritisierten Text wird jedoch ein Ton angeschlagen, der genau den gegenteiligen Eindruck suggeriert. Sätze wie: *»Zwickel, Huber etc. (setzten) alles daran, die Auseinandersetzung auf die neuen Länder zu begrenzen«* (S. 12), und: *»Der Flügel um Zwickel und Huber, der sich auf zahlreiche Konzernbetriebsräte stützen kann, sah sich zum Handeln veranlasst«* (S. 14) (als die Westausdehnung des Streiks »drohte«), legen nahe, ohne diese Aktivitäten sei eine breite Solidaritätsbewegung im Westen möglich gewesen. In dem zitierten Text (junge Welt, 16.7.2003) aus *»Berlin von unten«* wird deutlich, wohin es führt, wenn man das hier schon Angedeutete dann ausformuliert. Dort heißt es nämlich, *»dass eine Solidarisierung im Westen grundsätzlich möglich war«* (wie Salzgitter gezeigt hätte), dass es dazu aber gar nicht kommen konnte, weil *»zu diesem Zeitpunkt (...) aber schon die Kampagne gegen den Streik (lief). Die streikfeindlichen Äußerungen aus den Reihen der Gesamtbetriebsräte von OPEL, Daimler-Chrysler und BMW (...) machten den Unternehmern deutlich, daß sie bei der fehlenden praktischen Solidarität ihren Keil ansetzen und nur abzuwarten brauchten«*. Zweifellos entspricht die in diesem letzten Text sowie die in jenem ARPO-Text entwickelte Position durchaus einer Auffassung, die unter Gewerkschaftslinken sehr populär ist. Wäre jedoch all das richtig, dann ginge es wirklich nur darum, einen Gewerk-

schaftsvorsitzenden und einige wenige Betriebsratsfürsten abzulösen. Tatsächlich geht dies jedoch an der Tatsache vorbei, dass die Masse der westdeutschen Kollegen dem Streik im Osten in der Regel ablehnend oder zumindest gleichgültig gegenüberstand.

Auch der Abbruch des Streiks war nicht solch ein Alleingang Zwickels, wie das seine Gegner im Augenblick darlegen. Seine Meinung hatte Zwickel natürlich bereits vor Ende des Streiks kundgegeben und damit die weitere Entscheidungsfindung deutlich vorgegeben, aber das ist in einer entsprechenden Situation bisher immer so geschehen. Wenn üblicherweise ein Tarifkompromiss angenommen werden musste, geschah auch das, indem der Vorsitzende in aller Öffentlichkeit vorschlug, wie entschieden werden sollte. Charakteristischerweise haben dann in der eigentlichen Abstimmung auch all diejenigen, die später die Verantwortung allein Zwickel zuschieben wollten, ebenfalls für den Streikabbruch gestimmt.

Zu den ganz großen Legenden dieses Streiks gehört es, er habe bis zum Schluss ›gestanden‹ respektive selbst Ende Juni wäre die Lage tatsächlich noch so gewesen, dass der Streik zu diesem Zeitpunkt problemlos noch zu gewinnen gewesen wäre. Diese Einschätzung findet sich prinzipiell auch im kritisierten Text. Hier heißt es: **»Die Streikfront war auch nach vier Wochen in Sachsen und zwei Wochen in Berlin-Brandenburg trotz des enormen Drucks und der öffentlich geführten Kampagne nicht gebrochen«** (S. 12, Hervorhebung dort). Genau das ist die wesentliche politische Fehleinschätzung des Oststreiks. Tatsächlich war die Zahl der Streikenden längst ganz eindeutig rückläufig und von Streikbegeisterung konnte nur noch bei Teilen der Streikenden die Rede sein.

Wenn man die Augen davor verschließt, dass eine wesentliche Ursache für die Streikniederlage die eigene Schwäche war, man stattdessen diese allein auf das Verhalten bestimmter Funktionäre zurückführen will, dann bekommt der Funktionärskampf innerhalb der IG Metall folgerichtig eine große Bedeutung. Nicht wenige linke Gewerkschafter hielten es dabei für notwendig, in der Debatte aktiv auf der Seite von Peters einzugreifen. In einem Kasten der Juli-Ausgabe wird zwar einerseits in Bezug auf die Unterschiede zwischen jenen beiden IGM-Fraktionen ausgeführt: **»Beiden Seiten liegt (...) jeglicher ›Extremismus‹ fern: Es geht nicht um Streit zwischen einer antikapitalistischen und ›zum Sozialismus drängenden‹ Linken auf der einen Seite und einer sozialdemokratischen/konservativen, die ›Arbeiterklasse verratenden Rechten‹ auf der anderen Seite. Die Unterschiede sind graduell«** (S. 13).

Andererseits heißt es im eigentlichen Text: **»Bei aller Kritik an den Positionen von Peters, die gewerkschaftliche Linke muss sich in dieser Situation gegen die Angriffe auf seine Person stellen«** (S. 15). Es wäre politisch richtiger, wenn in jenem ARPO-Artikel unmissverständlich deutlich gemacht worden wäre, dass wir uns zwar contra Zwickel-Huber und all die anderen, die ihren politischen Kurs vertreten, aber keineswegs pro Peters hätten engagieren müssen. **»5000 x 5000«** sollte nicht vergessen werden. Der sich in der IGM durchsetzende Kurs ist nicht direkt an Personen gebunden, sondern wesentlicher Ausdruck des Co-Management-Denkens, das so weit in den Belegschaften verbreitet ist, dass auch deswegen die Gewerkschaften immer weiter nach rechts gehen.

Diese Einschätzungen in dem genannten ARPO-Text stehen nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit anderen Einschätzungen zu aktuellen Entwicklungsmöglichkeiten in Deutschland. In der Juli-Ausgabe der ARPO mit dem Titel **»Gewerkschaften an der kurzen Leine – Die Sozialdemokratie verlangt die Unterwerfung«** heißt es: **»Auf Dauer ist die SPD (...) nicht zu halten, weil sie sich zwangsläufig bei ihren Wählern diskreditieren wird«** (S. 2). Bei dem Diskreditieren geht es nicht nur um ein paar Wählerstimmen, sondern in dem Text wird die Möglichkeit angenommen, dass sich die **»SPD in die politische Bedeutungslosigkeit manövrieren«** (S. 2) könnte. Man geht davon aus, dass **»die Bedingungen, (...) weitere KollegInnen zu gewinnen (...) sich mit den jüngsten Ereignissen verbessert (haben)«** (S. 3).

Dass das bisher noch nicht so richtig geschehen ist, liegt nach Meinung jenes Textes nicht unwesentlich daran, dass **»die sozialen Auswirkungen der ›Agenda 2010‹ (...) der breiten Mitgliedschaft nur unzureichend bekannt sind«** (S. 5), also an schlichtem Unwissen, was man allein durch entsprechende Gegenpropaganda bald überwinden können sollte. Schon deutet sich an: **»Die alten Überzeugungen bekommen Risse – bisher nicht gestellte Fragen nach dem Ausweg aus der Krise werden gestellt«** (S. 5). Eine enorme Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte wird da an die Wand gemalt: **»Ein friedlicher Ausgleich zwischen den Klassen, zwischen Kapital und Arbeit, ist heute weniger denn je möglich«** (S. 5). Man ist so optimistisch, dass man tatsächlich glaubt, sogar **»die herrschende Klasse bereitet sich darauf vor, möglichen Widerstand politisch verfolgen und gewaltsam niederhalten zu können«** (S. 3), womit unterstellt wird, sie käme schon in absehbarer Zeit in eine Situation, wo die Herrschenden das real müssten. Angesichts der hier deutlich werdenden optimistischen Hoffnungen kommt es nicht von ungefähr, wenn es dort weiter heißt: **»Zu den Fragen, die neuerdings«** (nicht irgendwann in der Vergangenheit, sondern aktuell) **»unter Linken gestellt werden, gehört auch: Brauchen wir eine neue Arbeiterpartei? (...) Auch wenn die gewerkschaftliche Linke zur Zeit zahlenmäßig schwach, ihr Einfluss unter den KollegInnen gering ist und eine gemeinsam erarbeitete politische Grundlage fehlt – die gesellschaftliche Entwicklung wirft«** (wieder aktuell) **»die Frage nach einer klassenkämpferischen, sozialistischen Organisation auf«** (S. 5), wobei mit **»Organisation«** ausdrücklich **»eine revolutionäre sozialistische Partei«** (S. 5) gemeint ist.

Falls mit jenem zuvor angesprochenen ›auf Dauer‹ (S. 2) irgendeine ferne Zukunft gemeint wäre, spräche natürlich wenig gegen solche Aussagen – außer, dass sie zur Zeit höchst überflüssig wären, aber jener Text ist ja deutlich darauf angelegt, politische Handlungsanweisungen für die Gegenwart leisten zu wollen – und da geht er zu weit. Es gibt keinen Anlass, vom nahenden Ende der Sozialdemokratie auszugehen. Die Vorschläge der Herzog-Kommission auf Seiten der Union unterscheiden sich zwar nur graduell und nicht prinzipiell von dem, was die Schröder-Regierung will, aber ein Vorgang wie dieser reicht doch ganz offensichtlich, damit die sozialdemokratischen Funktionäre sofort Morgenluft wittern: **»Seht ihr, wir sind doch das kleinere Übel. Damit haben wir die gleiche Situation, die schon bei der letzten Wahl so erfolgreich für die SPD war: ›Wer Stoiber verhindern will, muss doch Schröder wählen‹. Zudem weiß heute von uns keiner, ob es nicht vor dem nächsten Wahlgang sogar einen kurzen konjunkturellen Aufschwung geben wird, den**



die Wähler dann möglicherweise den jetzigen Reformen zuschreiben werden. Selbst wenn das nicht geschieht, dann sieht man doch am Beispiel Großbritanniens, wie schwer ein Ablösungsprozess von den traditionellen, seit Ewigkeiten ›linken‹ Parteien ist.

Die Arbeiter hätten schon nach der ersten Schröder-Amtszeit genügend Gründe gehabt, sich von dessen Regierung abzuwenden. Wenn eine Alternative nicht wirklich denkbar ist, dann wird selbst eine unbeliebte Sozialdemokratie noch als Schutzschild gegen einen noch härteren Sozialabbau angesehen. Die, die sich immerhin abgewandt haben, taten dies viel häufiger zugunsten rechter Parteien oder/und mehr noch in Wahlabstinenz, aber sie gingen eben nicht nach links.

Natürlich wäre es schön, falls wir angesichts der bedrückenden materiellen Verschlechterung in die politische Offensive übergehen könnten. Es gibt mit Sicherheit keinen unter uns, der sich das nicht von Herzen wünscht, aber die politischen Bedingungen für uns sind nun einmal so schlecht wie selten zuvor in den letzten Jahrzehnten. Wir müssen feststellen, dass es eine Menge von Arbeitern gibt, die nicht einmal mehr eine reformistische Alternative zum Sozialabbau sieht.

Die Masse der Kollegen wie der Funktionäre schätzt die allgemeine politische und ökonomische Lage gleich ein: Sie halten solche ›Reformen‹, wie sie durch Hartz und Agenda 2010 vorgegeben werden, für notwendig. Für die Gewerkschaftslinken bedeutet das dann: Statt der vergleichsweise leichten Aufgabe, ein paar Funktionäre abzuwählen, liegt die wesentlich schwerere Aufgabe vor ihnen, in der Gewerkschaftsbasis erst einmal den ersten Ansätzen für ein anderes Bewusstsein zum Durchbruch zu verhelfen.

Die große Mehrheit identifiziert sich inzwischen so sehr mit diesem System, dass sie sich meist nur noch Lösungen vorstellen mag, die eine Demontage des Sozialstaates akzeptieren. Der Sozialabbau ist in weiten Teilen der Gewerkschaften, wenn auch zum Teil mit Resignation verbunden, akzeptiert. Diskutiert wird nur noch über das notwendige oder durchsetzbare Ausmaß. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und die damit einhergehende Standortlogik gelten als alternativlos. Der Oststreik zeigt nicht zuletzt, wie sehr es immer noch möglich ist, die gesellschaftlichen Konflikte friedvoll zu lösen.

Auch wenn es stimmt, dass die objektiven Bedingungen für denkbare Veränderungen heute so gut wie schon lange nicht mehr sind, sie werden in den entscheidenden Teilen der Bevölkerung leider als solche nicht wahrgenommen und von den meisten noch nicht einmal gedacht. Solange das Kapital für den ganz überwiegenden Teil der Beschäftigten

in Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten ausreichend gute Lebensbedingungen bereitstellt, ist weder von der SPD noch von den Gewerkschaften eine andere Praxis zu erwarten. ›Sozialistische Vorstellungen‹ sind in der deutschen Arbeiterschaft durch den Faschismus, spätestens aber durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in den Jahren 1989/90 gründlich ausradiert worden. Sie spielten zumindest im Westen schon in all den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg keine nennenswerten, derzeit als Alternative in den gesamtdeutschen Gewerkschaften aber überhaupt keine Rolle mehr.

Jener Gedanke, eine sozialistische oder gar kommunistische Alternative sei in absehbarer Zeit denkbar, offenbart das zentrale Problem der beiden hier kritisierten Texte. Statt die objektiv gegebenen Möglichkeiten zu analysieren und zu akzeptieren, dass die Chancen für linke Politik zur Zeit sehr gering sind, wird letztlich das Schwergewicht auf eine organisatorische Alternative gelegt, im Text zur Agenda 2010 auf eine irgendwie geartete Revolutionäre Sozialistische Partei, im Text zum Oststreik auf eine andere Fraktion innerhalb der Gewerkschaften. Statt darauf zu setzen, dass ›die Massen‹ Schlussfolgerungen aus ihren Erfahrungen ziehen, wünscht man sich, diesen schmerzhaft-langen Weg durch irgendwelche organisatorischen Kniffe abkürzen zu können. So etwas endete in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer nur wieder in einer Sackgasse. Gruppe Arbeiterpolitik Paderborn ■

■ LESERBRIEF I

Über die innenpolitische Lage, die Rolle der Gewerkschaftsapparate sowie die Politik der Linken ...

In der »Arbeiterpolitik« Nr. 3/2003 findet sich eine interessante Diskussion »über die innenpolitische Lage, die Rolle der Gewerkschaftsapparate sowie die Politik der Linken in den Gewerkschaften«, in Gestalt zweier Artikel. Sie geben der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« mal wieder Farbe, die man bisweilen vermisst. Beide Artikel sind in ihrer Zustandsbeschreibung der deutschen Republik informativ; sie divergieren aber in den Schlussfolgerungen. Die Redaktion hat ihre Leser aufgefordert, sich an der Aussprache um die Differenzen zu beteiligen.

Der Hanauer Gen. schreibt: »Für eine heute nicht vorhandene Bewegung eine politische Strategie zu entwerfen, ist überflüssig.« Ich halte diese Schlussfolgerung für falsch. Wollte man die dahinter stehende Haltung karikieren, so erscheint sie mir wie folgt: Solange die »Dialektik der Geschichte« die Arbeiterklasse nicht wachgeküsst hat, hat es keinen Sinn, seine Energie auf die Formulierung von Programmen und politischen Konzepten zu verschwenden. Gerät die Arbeiterklasse aufgrund sozialen und/oder politischen Drucks in Bewegung, sind politische/soziale Forderungen/Lösungen schnell zur Hand. Bis dahin halten wir uns an das »Prinzip Hoffnung« und begnügen uns mit kritischen Anmerkungen und Analysen zur Zeit, vielleicht auch mal mit einer kleinen Aktion. Wie gesagt, dies ist eine Karikatur, da ich den Verfasser nicht kenne. In einem Punkt hat die Haltung Recht: Es gibt derzeit keine sich bewegende Arbeiter-

Legal, illegal, scheißegal...

dieser Spruch aus der Autonomen-Szene ist jetzt endlich auch in der SPD angekommen. Bei der Abstimmung über »Hartz II und III« im Bundestag erinnerten sich sechs SPD-Abgeordnete daran, dass sie als »Sozial«-Demokraten gewählt wurden und nicht als Neo-Liberale. Sie stimmten gegen die Regierungsvorlage und wurden deshalb vom Fraktionsvorsitzenden Müntefering öffentlich als »Verräter«.

Die Hamburger »Morgenpost« machte auf ihrer Titelseite daraus quasi ein Fahndungsplakat. Wen kümmert es, dass das Grundgesetz, Artikel 38, den Anspruch erhebt, dass die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verantwortlich sind. Überhaupt »Verräter«. Wenn, wen hätten sie denn verraten? Ihre Wähler etwa? Das SPD-Parteiprogramm? Oder haben sie sich vielleicht nur dem sattsam bekannten Kadavergehorsam verweigert? ■

klasse; was sich bewegt, sind bestenfalls kritische Individuen und ein sich formierendes unspezifisches Grummeln in Teilen der Bevölkerung. Der Aufschwung der Arbeiterklasse lässt sich nicht kommandieren. Und ohne gesellschaftlichen Boden können die Kommunisten nicht führen.

Beide Artikel registrieren eine Veränderung in Deutschland, Zum einen bekommt die deutsche Bourgeoisie die Krise ihres eigenen Systems nicht in den Griff; zum anderen breitet sich in der Bevölkerung ein »großes Unbehagen« aus, je mehr Jahre der Krise ins Land gehen. Da gibt es den einen oder anderen, der nachzufragen oder nachzudenken beginnt. Nun bewegen wir uns als Kommunisten in den Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen, in der Kulturszene, möglicherweise sogar unter den letzten Sozialisten und Kommunisten. Da muss man in der Diskussion doch Farbe bekennen, Positionen abgeben, gegebenenfalls auch Vorschläge machen. Häufig aus dem Bauch, besser aufgrund wissenschaftlicher politischer Analysen. Es wird Zeit, sich unserer Defizite bewusst zu werden, die von der Epochenfrage bis zum sozialpolitischen Programm reichen. Die Programmarbeit ist wieder aufzunehmen.

Der Hanauer Genosse schreibt: »Zu der Gegenwehr gegen Sozialabbau und dem Versuch, in die Offensive zu kommen, gehört schließlich auch die Thematisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Kampf gegen deren Privatisierung (Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Nah- und Fernverkehr, Bildung, Gesundheit) sowie der Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten und deren politischer Vertretung.« ... Nur zu. Obwohl ich mehr der »Berliner Position« zuneige, möchte ich über den vorgegebenen Themenkatalog hinausgehen. Ich nehme ein historisches Lehrbeispiel: Im April/Mai 1917 formulierte Lenin ein neues Parteiprogramm für die Bolschewiki. (LW Nr. 24; S. 467-481/Dietz V. Berlin, 1972) Dem Programmwurf lag eine spezifische Einschätzung der Epoche und der konkreten Situation in Russland zugrunde, deren Realitätsgehalt wir hier nicht zu diskutieren haben. Seine Überlegungen – die durch den Gang der Ereignisse gegenstandslos wurden – jedenfalls waren: Wie kann ich die konkreten Interessen der Arbeiterklasse (und der Bauern) der Bourgeoisie und dem russ. Staat entgegenstellen? Zu diesem Zweck stellte er (anders als das Erfurter Programm



der deutschen Sozialdemokratie von 1891) einen Katalog von Arbeiterschuttforderungen an den Staat auf (den dieser der Kapitalistenklasse aufs Auge drücken sollte); formulierte weiter einen Forderungskatalog des revolutionären Demokratismus, der die Kampfsituation der Arbeiterklasse verbessern und den bestehenden Staatsapparat zersetzen sollte. Nehmen wir als Beispiel den Normalarbeitstag. April/Mai 1917 forderte Lenin die »Beschränkung des Arbeitstages für alle Lohnarbeiter auf acht Stunden, bei durchgehender Arbeit einschließlich einer mindestens einstündigen Pause für die Einnahme der Mahlzeiten. In gefährlichen und gesundheitsschädlichen Produktionszweigen soll die tägliche Arbeitszeit nur 4 bis 6 Stunden betragen« in Russland. Heute würde man wohl die Beschränkung des Arbeitstages auf 7/6 Stunden bei einer 35/30 Std.-Woche an 5 Wochentagen in Deutschland zu fordern haben (als Ausdruck des Schutzbedürfnisses der Werktätigen und angesichts des Standes der Produktivkräfte bei uns). »Methodisch« fällt bei Lenin auf:

- Seine Arbeiterschuttforderungen werden als Staatsschutzgesetz eingefordert, ganz im Sinne von Marx, der im »Kapital« ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis fordert, das der Raubgier des Kapitals an der Gesundheit des Arbeiters Grenzen setzt. Selbstverständlich lassen sich solche Programmforderungen auch untergliedern, ja sie lassen sich auch tariflich angehen – als Etappenziele.
- Die heutige Gewerkschaftsführung formuliert Arbeitszeitverkürzungen (wenn sie noch dazu steht) als Arbeitsmarktpolitik. Lenin geht anders vor. Er fordert nicht Ausbeuter für die Arbeiter, sondern Schutzrechte für die Ware Arbeitskraft (usw.). Seine sozialpolitischen Intentionen werden bereits im »Vorspann« seiner Arbeiterschuttforderungen sichtbar. Er schrieb: »Um die Arbeiterklasse vor körperlicher und sittlicher Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Freiheitskampf zu führen, fordert die Partei ...«

zum Artikel »Umschlag von Qualität in Quantität«
in Arpo 3/2003

Zu den Aktionen gegen das neue Arbeitszeit-Modell für die Hamburger Lehrer

An die Arpo-Redaktion,
...der Autor erkennt, dass auch das Arbeitszeitmodell dem
Lehrer die Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der Qualität sei-
nes Unterrichts belässt. Alle abgeleiteten Thesen sind also
neu zu überdenken.

Der Versuch, die Vereinzelung der Schulen durch Ab-
sprachen unter ihnen zu überwinden, ist der Aktionsform
»Dienst nach Vorschrift« angemessen. Aber ist diese Ak-
tionsform (D.n.V.) selber denn auch angemessen? Sie belässt
die LehrerInnen in ihrer Vereinzelung, hebt die Konkurrenz
unter ihnen nicht auf.

Warum keinen gemeinsamen Streik wagen?! In Berlin
streikten im April 2000 über 10.000 LehrerInnen ungestraft,
auch Beförderungsstellen waren den TeilnehmerInnen nach-
her noch zugänglich. Und was hatte der Innensenator vorher
an Disziplinarverfahren alles angedroht!

Wie weit die gegenwärtigen Aktivitäten aus einer allge-
meinen Opposition gegen die rechtsbürgerliche Regierung
gespeist werden und bei einer Regierung mit SPD-Betei-
ligung aus »Raison« sofort zum Erliegen kämen, ist heute
noch gar nicht abzuschätzen. Man wird sich noch wundern
können! Der »Dienst nach Vorschrift« nimmt die SchülerIn-
nen als Geiseln. Damit hätte ich bei Kindern weniger vermö-
gender Eltern ein Problem. H.-J. H., Berlin ■

Eine kurze redaktionelle Antwort

Dass der Lehrer die Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der
Qualität seines Unterrichts behalte, ist nur zum Teil richtig.
Richtig ist zunächst einmal, dass der Lehrer einen relativ
großen Spielraum dahingehend hat, mit welcher Methode er
seine Unterrichtsinhalte zu vermitteln versucht. Über die
Unterrichtsinhalte selbst hat er immer weniger zu bestim-
men, und auch die Methodenfreiheit wird zunehmend ein-
geschränkt.

Zum einen liegt das daran, dass überall von oben soge-
nannte Controlling-Verfahren eingeführt werden, also Metho-
den, mit denen kontrolliert werden soll, was im Unter-
richt und mit welchem Erfolg gelehrt wird. Ein wichtiger Teil
hierbei sind Leistungstests und Prüfungen, die für bestimmte
Schulabschlüsse neu eingeführt werden: Mittlere Reife,
Hauptschulabschluss z.B., nationale Bildungsstandards sind
in der Entwicklung. Das bedeutet, dass die KollegInnen
immer mehr gezwungen werden, die SchülerInnen gezielt
auf diese Tests und Prüfungen hin zu trainieren. Und da
diese Prüfungen immer mehr auf abfragbares Wissen zielen,
muss sich der Unterricht auch in Richtung »Paukunterricht«
entwickeln.

In eine ähnliche Richtung wirkt die Zentralisierung von
Prüfungen, zum Beispiel die Einführung des Zentralabiturs
in Hamburg. Schluss mit Gestaltungsfreiheit!

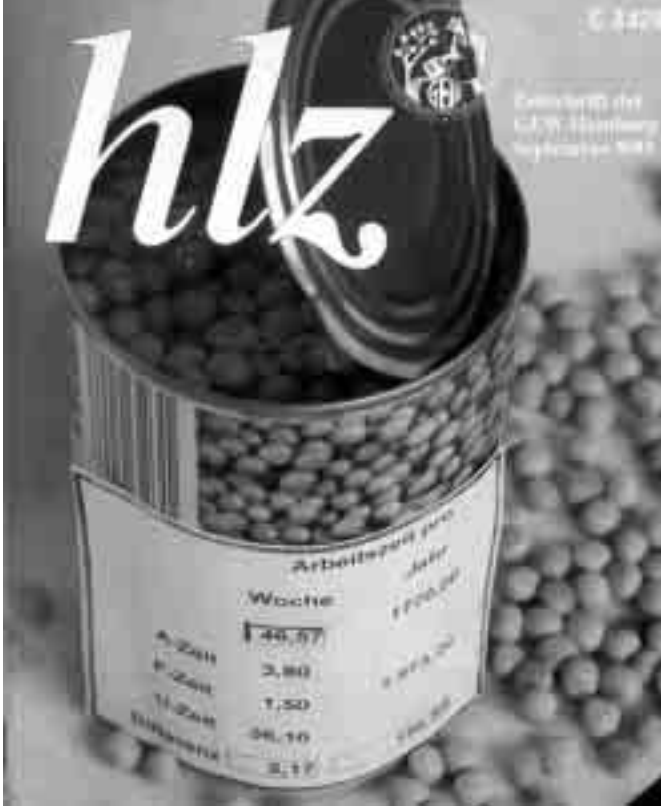


c) Der Ansatz, die Arbeiterklasse (und das werktätige Individuum) ins Zentrum von Arbeiterschutzforderungen zu stellen, gibt den Leitfadens, viele Probleme der Sozialpolitik im Sinne von Klassenpolitik anzugehen – auch im Tagesgeschäft. Wenn z. B. die Sozis nicht an ein Werbeverbot für Rauchwaren heranwollen (um die kapitalistische Gewerbefreiheit zu schützen), müssen die Kommunisten auf den Schutz der Jugend pochen; wenn die Sozis der Industrie jetzt keine Rußfilter für Lastwagen und Dieselfahrzeuge aufs Auge drücken wollen, verweisen Kommunisten auf die karzinogene Wirkung der Rußpartikel und beharren im Interesse der Klasse und der Bürger auf dem konsequenten Gesundheitsschutz, der ein Staatsgesetz verlangt. Kurz, wir stehen vor der Aufgabe, im Rahmen politischer Überlegungen zeitgemäße »Arbeiterschutzforderungen« zu entwickeln.

Um auf Lenin zurückzukommen: Seine strategischen Überlegungen, die in der Geschichte etwas einsam dastehen, hatten einen Doppelcharakter: Sie transportierten eine (wissenschaftlich erarbeitete) Vision (zur Abgrenzung von der Bourgeoisie; als Bündnisangebot für andere), sie benannten aber auch Kampfziele. Lenin entwarf damit eine Mobilisierungsstrategie, an der sich Kräfte orientieren und die, in den Kampf geführt, wachsen konnten.

Zugegeben, wir verfügen heute über keine revolutionäre Situation in Deutschland, wir haben keine Mobilisierungsmasse (außer Hoffnung auf den schlafenden Riesen Arbeiterklasse), wir sind ein ziemlich müder Haufen in flauen Zeiten. Aber lautet die Alternative der Kommunisten wirklich: Hände in den Schoß oder Massenpolitik (der ich hier wirklich nicht das Wort rede)? Kommt es nicht eher darauf an, sich einerseits politische Klarheit zu erarbeiten (zurück an den Schreibtisch), andererseits zu überlegen, wie wir an die kärgliche »Arbeiterintelligenz« herankommen können, die als Sämman in den eigenen Reihen gebraucht wird? Kommunisten haben nicht nur die Aufgabe, den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterklasse hineinzutragen (den sie bekanntlich nicht selber entwickeln kann), Kommunisten haben sich auch um Nachwuchs zu kümmern (den man inhaltlich erobern muss), bevor man als gealterter Maulwurf den Löffel an die »Dialektik der Geschichte« abgibt.

K.N., August 2003 ■



Zum anderen gibt es neuere Entwicklungen, die aus dem Bereich der Personalsteuerung aus Privatbetrieben übernommen werden. Dazu gehören zum Beispiel Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die jede KollegIn mit der Schulleitung abzuschließen hat und in denen festgelegt wird, was im nächsten Jahr im jeweiligen Unterricht zu erreichen ist (z. B. bessere Prüfungsergebnisse). Auch hier ein deutlicher Versuch die oben beschriebene Gestaltungsfreiheit einzuschränken, wenn nicht sogar zu beseitigen.

Zur Frage »Dienst nach Vorschrift« oder »einen Streik wagen«?: Wir in Hamburg haben auch die Erfahrung aus vergangenen Streikaktionen, dass die SPD-Behörde sich zwar mächtig aufgeblasen hat, um in der Öffentlichkeit einen konsequenten Eindruck zu machen, im nachhinein die meisten der angedrohten Maßnahmen aber klammheimlich im Sande verlaufen ließ.

Eine Einschätzung in der gewerkschaftsinternen Debatte in diesem Frühjahr war z. B., dass eine Streikaktion dem CDU-Schill-FDP-Senat einen günstigen Vorwand liefern würde, ein Exempel zu statuieren und hart durchzugreifen, um so den Widerstand der GEW und darüber hinaus für die nächste Zeit kaputt zu machen.

Übrigens zeigt das Beispiel des Metaller-Streiks im Osten im Juni, wie schwierig es zur Zeit ist, einen Arbeitskampf erfolgreich zu führen, wenn es den Streikenden nicht gelingt, sich breite Unterstützung über ihren Bereich hinaus zu verschaffen. Und von einer solchen breiten Unterstützung waren die LehrerInnen in Hamburg weit entfernt. Es hätte also gut ein Schlachtfest für die Gegenseite werden können.

Dass Aktionen wie ein »Klassenreiseboykott« die Kinder als Geiseln nehmen, sehen manche KollegInnen und auch etliche Eltern hier in Hamburg ähnlich. Zunächst sollte man mit dem Wort »Geiselnahme« im Zusammenhang mit einem »Klassenreiseboykott« vorsichtig umgehen. Hier protestieren vor allem Mittelschichteltern, denen es um bestimmte Bildungserlebnisse geht und für die eine Klassenreise finanziell auch kein großes Problem darstellt.

Das grundsätzliche Problem ist natürlich, dass Lehreraktionen immer »Kinder als Geiseln nehmen«, ein Streik natür-

lich auch; eine ähnliche Situation haben wir in Krankenhäusern im Verhältnis Personal zu Patienten. Es muss selbstverständlich vermittelt werden, dass die schlechte Unterrichtssituation nicht von den KollegInnen verschuldet wird, sondern von der Bildungspolitik. Das ist aber nicht immer ganz einfach. Viele Kollegien sind auch völlig ungeübt darin, vor allem Eltern als Hauptzielgruppe zu sehen. Sie versäumen es, die Eltern als Bündnispartner zu gewinnen. Wenn es nicht gelingt, die Verweigerungsaktionen bei Eltern und Schülern zu vermitteln, dann bleiben die Kollegien isoliert und ihre Maßnahmen wirkungslos oder gar kontraproduktiv.

Inzwischen wächst allerdings innerhalb der GEW die Einsicht, dass die Auseinandersetzung und das Bündnis mit Eltern und Schülern aktiv gesucht werden müssen. So gibt es seit einigen Wochen ein Hamburger Bildungsbündnis, das für Mitte Dezember zu einer gemeinsamen Aktion aufruft.

HH, 15.11.03 ■

Spendensammlung zur Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer in Israel

Unser Aufruf das »Forum zur Unterstützung der Verweigerer aus Gewissensgründen« zu unterstützen stieß bei unseren LeserInnen und darüber hinaus auf eine erfreulich große Resonanz. Bis heute wurde die Summe von **4819,58 Euro** gespendet.

Das Geld wurde an das Forum übergeben, das damit seine Tätigkeit zur Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer, besonders derer im Gefängnis, fortführte. **Wir bedanken uns bei allen Spendern!** Hier noch einmal das Konto:

Challenge · Sparkasse Bonn · BLZ 380 500 00

Kto-Nr: 123 097 248 · Stichwort »Verweigerer«

Aus einem Bericht des »Forums zur Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer«:

»Von Januar 2002 bis März 2003 war das Forum aktiv sowohl auf einer persönlichen Ebene mit jedem Verweigerer, der sich dem Forum anschloss, wie auf der öffentlichen Ebene. Das Forum arbeitete insbesondere mit Jugendlichen, die aus Gewissensgründen verweigern wollen.

Ende 2002 hat die Verweigerungsbewegung einen Rekord erreicht. Mehr als 200 gingen ins Gefängnis.

Die Mitglieder des Forums trafen sich vierzehntäglich in zwei verschiedenen Zentren: Zum einen in Tel Aviv (im Zentrum Israels), zum anderen in Haifa (im Norden Israels). Im ersten Teil der Treffen konnten die Mitglieder sich kennen lernen und erfahren, was mit denen passiert, die im Gefängnis saßen oder kurz davor waren, ins Gefängnis zu gehen.

Im zweiten Teil der Treffen ging es um die Aufgaben des Forums. Die eine ist persönlich, jeder Verweigererfall wird begleitet, besonders in der Gefängniszeit. Die zweite ist die Öffentlichkeitsarbeit, um in der Gesellschaft eine Diskussion über die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu erzeugen.

Eure Hilfe war entscheidend für die Organisation der Kampagne (die natürlich weitergeht).« ■

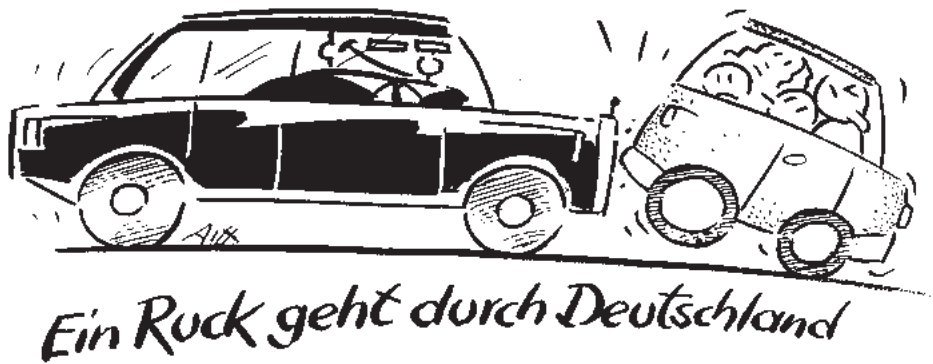
Öffentlicher Dienst und Wohlfahrt im freien Fall – ver.di Berlin auch?

Die Revision bzw. der Bruch bestehender Tarifverträge ist in der letzten Zeit zum Alltagsgeschäft von Firmen und Regierungen geworden. Besonders erfolgreich war dabei der Berliner Senat, der sich zum Vorreiter für die Aushebelung des Flächentarifvertrages im Öffentlichen Dienst gemacht hat. Andere Bundesländer und Kommunen folgen inzwischen dem Berliner Vorbild. Der Versuch von ver.di, die Angriffe mit rein tarifpolitischen Methoden abzuwehren, ist kläglich gescheitert. Die Grenzen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wurden allen Betroffenen in Berlin ganz handfest vor Augen geführt.

Die Entwicklung war weder überraschend und unvorhersehbar, noch war sie von gewerkschaftlicher Seite unvermeidlich. An der Absicht der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, allen voran der SPD, die Lasten der Verschuldung auf die Beschäftigten des ÖD abzuwälzen, konnte es keine Zweifel geben. Das wurde in aller Öffentlichkeit seit langem politisch vorbereitet. Mit dem Eintritt der PDS in die Senatskoalition wurde deutlich, dass sich auch die »demokratischen Sozialisten« dort nicht zum Anwalt der Gewerkschaften, sondern zum Erfüllungsgehilfen neoliberaler und sozialdemokratischer »Sparpolitik« machen würden.

Als nach dem Bekanntwerden des Bankenskandals die große Koalition auseinanderbrach, hätte die Chance bestanden, gegen die angekündigte Haushaltssanierung auf Kosten sozialer Projekte, öffentlicher Einrichtungen und deren Beschäftigten mobil zu machen. Große Teile der Berliner Bevölkerung waren empört, die Stimmung politisiert und die parlamentarischen Parteien verunsichert. Die Forderungen, die Verantwortlichen und Nutznießer (die Immobilienfondzeichner) sowie die Banken zur Sanierung des Haushaltes heranzuziehen, wären sicherlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Sie hätten Nutzer und Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes (ÖD) zusammengeführt. Diese Chance ließ ver.di ungenutzt verstreichen. Stattdessen bauten die Gewerkschaften des ÖD auf die bestehenden Tarifverträge, an die sie auch den Senat gebunden glaubten, und signalisierten die Bereitschaft zu einem Entgegenkommen bei den anstehenden »Solidarpaktverhandlungen«. (Wir haben in den vergangenen Ausgaben der »Arbeiterpolitik« ausführlich über diese Entwicklung berichtet.)

Damit überließ ver.di dem Senat die politische Initiative. Die Regierungskoalition hat das glänzend genutzt, um die Betroffenen seiner Spar-, sprich Sozialraubpolitik gegeneinander auszuspielen: zunächst die freien Träger gegen die Beschäftigten des ÖD, die mit ihren »hohen Löhnen« Schuld seien an den Einsparzwängen bei sozialen Projekten; dann, während der »Solidarpaktverhandlungen«, Beamte gegen Angestellte, ver.di gegen die GEW sowie die öffentliche Verwaltung gegen die BVG und die Stadtreinigung. Aktuell wird die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten der beiden Nahverkehrsbetriebe, S-Bahn und BVG, geschürt.



Der Glaube, mit den bestehenden Tarifverträgen ein sicheres Faustpfand für die Verhandlungen in der Tasche zu haben, fand mit dem Austritt des Senats aus dem Verbund Öffentlicher Arbeitgeber ein jähes Ende. ver.di war zudem entscheidend geschwächt, denn die kampfstarke Bereiche der alten ÖTV – die BVG und die Stadtreinigung als eigenständige städtische Betriebe – waren vom Austritt aus dem Arbeitgeberverband ausgenommen und konnten nicht in die Auseinandersetzungen einbezogen werden. Das von den Gewerkschaften angebotene Entgegenkommen brauchte der Senat nicht mehr zu honorieren; er blieb bei seiner Haltung des »alles oder nichts«. Damit konnte er sich durchsetzen, wie der durch den ver.di-Bundesvorsitzenden Bsirske eingefädelt Abschluss zeigt. Doch nicht allein die 70.000 Beschäftigten, die unmittelbar dem ausgehandelten (bzw. aufgezwungenen) Tarif unterliegen, sind betroffen. Noch ärger trifft es die ca. 80.000 Mitarbeiter der freien Träger. Ihre Tarife – sie sind an den ÖD gekoppelt – wurden gleich mit zu Fall gebracht, ohne dass es die im Öffentlichen Dienst gewährten Kompensationen (Arbeitsplatzgarantie, Freizeitausgleich) geben wird.

Bevor wir die leicht gekürzte und überarbeitete Darstellung der Ereignisse aus der Zeitung »berlin von unten« (Nr. 5, Sept 2003) abdrucken, eine Vorbemerkung:

Wenn wir von den Grenzen bzw. vom Scheitern gewerkschaftlicher Tarifpolitik reden, meinen wir nicht, dass die Gewerkschaften eine solche Politik nicht auch in Zukunft weiter betreiben wollten oder könnten. Der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse gewerkschaftlicher Bemühungen und Aktivitäten messen, geht allein aus von den sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten – nicht von einem wie auch immer definierten Allgemeinwohl. Kann die gewerkschaftliche Betätigung den materiellen Standard bewahren und verteidigen oder – falls die Kräfteverhältnisse dies nicht erlauben – trägt sie wenigstens zur weiteren Organisierung, zur Schaffung besserer Voraussetzungen für zukünftige Kämpfe bei? Das Ergebnis fällt hier klar und eindeutig aus. Die bisher praktizierte Tarifpolitik wird diesem Maßstab nicht gerecht; sie ist gescheitert. Die gesellschaftliche Entwicklung hat der traditionellen Tarifpolitik immer engere Grenzen gesetzt, hat ihr den Boden entzogen, auf dem sie früher noch Erfolge erringen konnte. Der Tarifabschluss im ÖD Berlins ist der bisher deutlichste Beweis dafür.

Doch die Kritik an den von den Gewerkschaften angewandten Mitteln und Methoden ist nur die eine, die negative



... Brüder zur Sonne, zur Freiheit... schön gesagt,
aber wir können einfach nicht alle aufnehmen...

Seite unserer Aufgaben. Daraus allein lässt sich noch kein Ausweg aufzeigen. Nur mit der Forderung, die Interessen doch konsequenter und radikaler zu vertreten und mit der bisherigen Praxis der Sozialpartnerschaft zu brechen, kommen wir praktisch noch keinen Schritt voran. Der Maßstab darf kein abstrakter bleiben – gleich einem Metermaß, mit dem wir für alle Zeiten und Situationen die Entfernung bestimmen können. Unser Maßstab bedarf der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. Und er bedarf der Diskussion und Bestimmung des aktuellen gesellschaftlichen Klimas sowie des Bewusstseins und der Stimmung unter den abhängig Beschäftigten. Nur aus der konkreten Kenntnis der Ausgangsbedingungen lassen sich die möglichen und notwendigen Schritte ableiten, mit denen wir die gewerkschaftliche Arbeit erfolgreicher gestalten und einen Beitrag zur politischen Mobilisierung in der Arbeiterklasse leisten können.

»Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren.« Eine gradlinige Entwicklung ohne Rückschläge wird es in den anstehenden Klassenauseinandersetzungen nicht geben können. Niederlagen sind dabei nicht immer zu vermeiden. Aber auch aus negativen Erfahrungen kann die Arbeiterklasse lernen. Niederlagen allerdings, die der Passivität und der Anpassung an die herrschenden Verhältnisse geschuldet sind, haben keinen Lerneffekt. Sie demoralisieren und schwächen die Betroffenen und sie führen zur weiteren Zersetzung gewerkschaftlicher Strukturen. Insofern hat der Berliner Tarifabschluss von ver.di mindestens vergleichbare negative Folgen wie die Streikniederlage der IG Metall im Osten. Nur wird die Debatte darüber weder in der Öffentlichkeit noch in den Gewerkschaften so intensiv geführt, wie nach dem verlorenen Streik der IG Metall. Eine Vorhersage lässt sich allerdings schon vor der erforderlichen innergewerkschaftlichen Diskussion treffen. Sollte der ver.di-Vorstand den eingeschlagenen Kurs weiterverfolgen können, weil die Mitglieder sich passiv, als Zuschauer verhalten, sind die nächsten Niederlagen vorprogrammiert.

Gruppe Arbeiterpolitik Berlin, 23. Oktober 2003 ■

■ DER BERLINER TARIFABSCHLUSS
IM ÖFFENTLICHEN DIENST UND DER ERHALT
DES FLÄCHENTARIFVERTRAGES

Selbstmord aus Angst vor dem Tode?

Der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst wird als Tausch von Einkommensverzicht gegen Freizeit ausgegeben: Die Beschäftigten arbeiten weniger und bekommen dafür weniger Geld. Aber unabhängig davon, wie lange der Senat seine Beschäftigten arbeiten lässt, müssen sie doch sich und ihre Angehörigen einen ganzen Monat davon unterhalten: Die Miete sinkt nicht um acht oder zwölf Prozent, weil die bezahlte Arbeitszeit entsprechend vermindert wird. Die Nettoeinkommensverluste fallen etwas geringer aus, da auch die Steuern und Abgaben sinken, und die Anwendung der Tarifierhöhungen aus dem Potsdamer Abschluss vom 9. Januar wirkt ebenfalls dämpfend.

Was heißt das konkret? Die GEW hat zwei Beispiele für den Kitabereich durchgerechnet. Danach bekommt zum Beispiel eine Erzieherin (Vc BAT, ein Kind, Lohnsteuerklasse 4, keine Kirchensteuer, Krankenkassenbeitrag 14,9 Prozent) bisher von einem Bruttoeinkommen von 2551 Euro netto 1437 Euro ausgezahlt. Das neue Nettoeinkommen nach dem Tarifvertrag liegt dann bis Mai 2004 bei 1359 Euro – eine Kürzung um etwa 5,4 Prozent. Ab Mai 2004 beträgt das Nettoeinkommen 1377 Euro – immer noch eine Kürzung um 4,1 Prozent. Wenig? Man stelle sich nur einmal vor, die Gewerkschaften würden eine vergleichbare Tarifierhöhung fordern: Welch ein Geschrei bräche aus in diesem Land! Die Tarifsteigerung, der sich der Senat Anfang diesen Jahres entziehen wollte, betrug gerade mal 2,4 Prozent.

Rückblickend und rein rechtlich gesehen hat es die Tarifflucht des Landes Berlin fast nicht gegeben. Der Tarifvertrag, der am 31. Juli 2003 unterschrieben wurde, tritt rückwirkend zum 1. Januar 2003 in Kraft. Der Austritt des Landes aus den von ihm selbst dominierten regionalen Arbeitgeberverbänden am 8. Januar ist sozusagen unsichtbar gemacht. Nur im Bereich der angestellten Lehrer ist nach wie vor keine Einigung in Sicht. Aber für eine Mehrheit von 70.000 Beschäftigten im Landesdienst ist eine Regelung gefunden, mit der sich der Senat auf ganzer Linie durchgesetzt hat. Zwar sind Entlassungen über betriebsbedingte Kündigungen nun bis Ende 2009 vertraglich ausgeschlossen. Weil der Senat aber weiß, dass in den nächsten Jahren Tausende Landesbeschäftigte in den Ruhestand gehen werden, stört ihn das wenig. Ihm geht es darum, die laufenden Ausgaben zu reduzieren. Neue Tarifabschlüsse im Bund nach 2004 werden aber nicht automatisch übernommen. Und wenn es nach dem Innensenator geht, soll über neue Tarife zwar geredet, aber nicht dafür gekämpft werden dürfen: Er verlangt von den Gewerkschaften Friedenspflicht bis 2010.

Darüber hinaus hat sich der Senat mit einer besonders kostengünstigen, selektiven Variante von Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt. In den Angestelltenbereichen, in denen die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit nicht komplett durch eine Arbeitsverdichtung aufzufangen ist – trotz erhöhter Betreuungsschlüssel in Kitas und Schulen –, fällt die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung geringer aus (Kitas) oder soll im Gegenteil durch die erhöhte Pflichtstundenzahl für Lehrer auf den Kopf gestellt werden. Während in den Kin-



Wo sind die Betonköpfe?

Für die neoliberale schöne neue Arbeitswelt sind die Gewerkschaften Hindernisse. Und wenn ihre gegenwärtigen Repräsentanten oft nicht mehr bereit sind oder sich in der Lage sehen, ein wirksames Hindernis zu sein bei der Demontage der erkämpften sozialen Mindeststandards, reicht es heute schon Widerstand anzukündigen, um in die Schusslinie der radikalen Marktpropheten zu geraten.

So kam die Programmpartei des reinen Neoliberalismus, die FDP, auf die Idee, eine pressewirksame Aktion durchzuführen. Die Generalsekretärin rief ihre Getreuen auf, sich während des Gewerkschaftstages (1. Teil) vor der Verwal-

tungsstelle der IG Metall in Berlin zu versammeln, um einen Torso zu enthüllen, der einen Betonkopf darstellen sollte. Der Kopf trug die Widmung »IG Metall – die Betonköpfe bleiben«. Das Ganze war als Medienauffreißer geplant für die abendliche Talkshow mit Frau Christiansen. Auftrag an die Kamera: Im Vordergrund bitte die mutige Generalsekretärin, die den Betonkopf enthüllt, der im Hintergrund die Schriftzüge des IG-Metall-Hauses erkennen lässt.

Vielleicht hatten die Herren und Damen in der FDP auch gedacht: »Die IGM-Oberer sind in Frankfurt. Und ohne die ist diese hierarchische Organisation nicht handlungsfähig«. Doch es kam anders. MetallerInnen bekamen Wind von der Aktion und mobilisierten vor die Verwaltungsstelle. Die ca. 40 aktiven Mitglieder, jung und alt, sperrten erst mal den Vorplatz ab, so dass die Aktionisten diese Fläche nur gegen Widerstand betreten konnten. Bei der dann vor dem Gebäude des Patentamts versuchten Enthüllungsaktion kam auch keine rechte Freude auf. Ziemlich flott wurde der Torso von den pfeifenden und tanzenden anrückenden MetallerInnen gestoßen und im eigenen Sinne verziert. Besser hatte es die »Partei der Besserverdienenden« auch nicht verdient. Sind ihre Parteigänger doch die eigentlichen Betonköpfe. Oder gibt es eine treffendere Charakterisierung für eine Partei, deren Privatisierungsideologie bei der öffentlichen Daseinsvorsorge eine Spur der Zerstörung hinterlässt, gesellschaftliche Ausgrenzung und Armut in bisher ungekanntem Ausmaß produziert und deren »Rezepte« zum Beispiel in Argentinien eine ganze Volkswirtschaft ruiniert haben? Das Scheitern dieser Rezepte – zumindestens wenn man die Interessen der gesellschaftlichen Mehrheit zum Maßstab nimmt – kann man jetzt über 20 Jahre verfolgen. Die Bereitschaft, diese Erfahrungen zu reflektieren, ist bei der ignoranten Westerwelletruppe und ihren Vor- und Nachbetern jedoch gleich Null. Wer sind also die Betonköpfe? Jochen Gester ■

dertagesstätten zumindest rechnerisch 388 neue Stellen geschaffen werden, sind Neueinstellungen im Lehrerbereich nicht durchzusetzen gewesen. Hier wollte der Senat keinen Kompromiss, weil er sich am längeren Hebel sieht.

Die Taktik des Senats: Spalten und dann kürzen

Um den Druck auf die Gewerkschaften zu erhöhen, hatte der Senat nicht nur Anfang des Jahres die Wochenarbeitszeit für die Landesbeamten auf 42 Stunden erhöht. Für die meisten Beamten war dies reine Schikane. Ihnen wird täglich erzählt, dass sie ohnehin für die vorhandene Arbeit viel zu viele sind. Nun aber sollten sie länger arbeiten, obwohl man sie gar nicht alle braucht? Es war ein taktischer Schachzug des Senates – bis auf den Schulbereich. Dort verordnete der Senat eine parallele Erhöhung der Pflichtstundenzahl nicht nur für die verbeamteten, sondern auch für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer. Die Mehrheit der 30.000 Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind Beamte. Nur eine Minderheit von etwa 4000 Pädagogen arbeitet im Angestelltenverhältnis und hat ein offiziell anerkanntes Streikrecht. Zwar soll die Zahl der Lehrerbeamten zurückgehen. Aber solange ihre Arbeitsbedingungen von Staats wegen festgesetzt werden können, will der Senat das nutzen, um die Standards im Bildungsbereich nachhaltig zu senken. Anders als in anderen

Zweigen der Verwaltung soll die Arbeitszeitverlängerung von Lehrkräften deshalb nicht zurückgenommen werden. Denn in den nächsten Jahren wären jährlich einige hundert Neueinstellungen von Lehrern fällig. Der durchschnittliche Berliner »Lehrer« ist etwa 47 Jahre alt und zu 69 Prozent weiblich. Viele davon werden in absehbarer Zeit den Dienst quittieren. Wenn es dem Senat gelingt, den alternden Kollegien vermehrte Arbeitsaufgaben aufzubürden, schlägt sich das direkt in verminderten Neueinstellungen nieder. Die GEW schätzt allein den Effekt der verordneten Arbeitszeitverlängerung vom Jahresanfang auf über 1000 Stellen, die sich die Landesregierung »sparen« kann.

Der Senat zielte präzise auf die Spaltungslinien zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen. Nicht allein, daß die traditionell kampfstarken Kommunalbetriebe (BVG, BSR) zunächst nicht mit direkten Lohnsenkungen behelligt und so aus der Auseinandersetzung herausgehalten wurden. Nicht allein, dass mit einem nach der Einkommenshöhe abgestuften »Verzicht« um Verständnis geworben wurde. Den Arbeitern und Angestellten drohte der Senat offen mit dem Auslaufen des Kündigungsschutzes zum Jahresende. Vor allem in Ostberlin haben viele Kollegen noch nicht die 15 Dienstjahre hinter sich, die einen persönlichen Kündigungsschutz begründen. Den Beamten, die man nicht 'raus-

werfen kann, die aber auch kein Streikrecht haben, wurden die Arbeitsbedingungen verschlechtert, an Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen und eine Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung nur für den Fall tariflichen Verzichts der Arbeiter und Angestellten in Aussicht gestellt. Den Lehrerinnen und Lehrern bot man gar nichts in der Hoffnung, dieser kleine Bereich müsse sich fügen; der Kündigungsschutz kann sie nicht beeindrucken, da sie ja gebraucht werden.

ver.di überlässt dem Senat das Feld

Von seiten der Berliner Gewerkschaften gab es aber auch keinen Versuch, dem seit Beginn der Berliner Bankenkrise öffentlich vorbereiteten massiven Anschlag auf die Interessen aller ihrer Mitglieder geschlossen entgegenzutreten. Wie auch in der bundesweiten Diskussion über die Agenda 2010 überließ man dem Gegner das Feld. Fehlende Kampferfahrung lässt sich aber durch noch so große Betroffenheit nicht ersetzen. Allein auf der Verhandlungsebene gab es einen Versuch gemeinsamen Auftretens. Eine Tarifgemeinschaft der betroffenen Gewerkschaften wurde gebildet. Immerhin hat sie ein halbes Jahr gehalten. Ende Juni hielten die verhandelnden Gewerkschaftskollegen weitere Gespräche mit dem Senat für aussichtslos. Ohne besonderen Enthusiasmus machten die ersten Gedanken über notwendige Aktionen in Berlin die Runde – und mit diesen Gedanken auch die Zweifel über die eigene Mobilisierungsfähigkeit.

Einigung auf Spitzenebene

In dieser Situation kamen die Spitzengespräche zwischen dem ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske und dem Regierenden Bürgermeister, eine Einigung wurde präsentiert, rasch stimmten die Tarifkommissionen zu. Woher kam diese plötzliche Übereinstimmung? Und warum musste sie von Frank Bsirske ausgehandelt werden?

Der Ausstieg des Landes Berlin aus dem Flächentarifvertrag wurde zwar von der Gewerkschaft nicht als bundesweite Herausforderung behandelt, wohl aber von den öffentlichen Arbeitgebern als bundesweite Chance erkannt. Endlich sahen sie eine Möglichkeit, ihren besonderen Problemen in Bund, Ländern und Gemeinden Ausdruck in unterschiedlichen Tarifvereinbarungen zu geben. War es bisher so, dass der Bund als Verhandlungsführer in Tarifverhandlungen die unterschiedlichen Interessen von Ländern, zentralstaatlichen und kommunalen Arbeitgebern unter einen Hut bringen sollte, um einen bundesweiten, für Länder und Kommunen gleichermaßen bindenden Tarifvertrag zu erreichen, so löste sich dieser Tarifverbund im ersten Halbjahr 2003 zunehmend auf. Zwar gibt es eine Vereinbarung über eine »Modernisierung« des Tarifsystems im öffentlichen Dienst, die unter einem Gesamteinigungsvorbehalt steht. Aber »Arbeitgeber« halten von »Einigkeit« nur dann etwas, wenn es ihnen passt und schaffen derweil Fakten. Nach der Tarifflucht Berlins warfen die Länder und der Bund die Kommunen am 9. Mai aus dem Verhandlungsbündnis der Arbeitgeber. Dann entschied die Tarifgemeinschaft der Länder selbständig über eine Kündigung der Tarifverträge zu Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Schließlich zog der Bund nach, ver.di konnte sich an keiner Stelle zu Protestmaßnahmen entschließen. Parallel trieben die Länder die Flexibilisierung der Beamtenvergütung voran, auch hier gestützt auf das Vorbild des SPD-PDS-Senates in Berlin.

Von der Aussicht auf einen unregelmäßigen Zerfall des öffentlichen Tarifverbundes geschockt, entsetzt vor der Aussicht auf eine Bezahlung der kommunalen Beschäftigten je nach dem Kassenstand des Stadtkämmerers, suchte ver.di panisch nach einem Ausweg. Eine Mobilisierung der Mitglieder, ein Aufbau widerstandsfähiger Basisstrukturen wurde nicht ernsthaft versucht. Statt dessen wurde für eine papierene »Rückkehr« des Landes Berlin geworben, um das Loch im Flächentarifvertrag wieder zu stopfen. Eine Rückkehr Berlins in einen Tarifvertrag wurde auch erreicht – aber zu welchem Preis! Massiven Einkommensverlusten steht ein Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen gegenüber, der die Umstrukturierungspläne des Senates kaum behindern wird, denn Änderungskündigungen sind ab 2005 zulässig. Die eigenen Mitglieder werden einer zermürbenden Arbeitsverdichtung ausgesetzt werden – ohne tarifliche Möglichkeiten der kollektiven Gegenwehr. Wie neue Tarifabschlüsse in Berlin angewendet werden, ist völlig offen. Und wie die bundesweite Tariflandschaft des öffentlichen Dienstes aussehen wird, zu der man in Berlin Anfang 2010 zurückkehren will, lässt sich noch nicht sagen. Es ist davon auszugehen, dass sie sich den Berliner Verhältnissen weiter annähert haben wird.

Über gewerkschaftliche Solidarität? – Fehlanzeige

Beiläufig wurden die Interessen der Berliner Lehrerinnen und Lehrer auf dem Altar der formalen Wiederherstellung des Flächentarifvertrages geopfert. Die GEW drohte mit einem Veto, einen Monat wurde nachverhandelt, am 31. Juli aber unterschrieben die Gewerkschaften einen Tarifvertrag, der die Frage der angestellten Lehrer einfach aussparte. Deren Arbeitszeitverlängerung gilt weiterhin. Die drohende Verwahrlosung der Schule kann die GEW aber nur bremsen, nicht stoppen. Für gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften stehen die Chancen jetzt schlechter denn je.

Die Niederlage der Berliner Gewerkschaften war nicht notwendig, aber vorhersehbar. Wer so passiv bleibt, kann nur verlieren. Der nun bevorstehende Kleinkrieg um Arbeitsverdichtung und die Ausnutzung aller Vorwände zur weiteren Personalkostensenkung in den Betrieben und Einrichtungen wird eher zur Demoralisierung beitragen als zur Einsicht in die eigenen Kräfte und Möglichkeiten. Der Aufruf zum entschlossenen Widerstand in den Betrieben und Einrichtungen ist allein noch keine Lösung, sondern nur der Zugang zu einer richtigen Stellung des Problems. Denn nur durch die Kolleginnen und Kollegen kann der Wiederaufbau von »Gegenmacht« erfolgen. Aber nicht nur den Gewerkschaftsvorständen, auch den meisten Kolleginnen und Kollegen ist es zur Zeit unvorstellbar, der gewerkschaftsfeindlichen Stimmung offen entgegenzutreten. Linke Kritik am Auftreten der Gewerkschaften bedarf der besseren Argumente. Praktisch wirksam wird sie nur dort, wo sie sich auf lebensfähige gewerkschaftliche Strukturen stützt. Solche Strukturen und das entsprechende politische Bewusstsein sind in vielen Bereichen heute nicht mehr vorhanden. Da ist zur Zeit nichts »weiter zu entwickeln«, da muss erst einmal neu aufgebaut werden.

S. G., aus »berlin von unten« ■

»Die Kinder schrei'n, die Eltern flieh'n – da hinten kommt der Sarrazin«

Der Tarifabschluss zwischen den DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GDP betrifft in der öffentlichen Diskussion nur die Landesbediensteten, also insgesamt 71.000 Beschäftigte. Tatsächlich wirkt er sich auch auf alle Beschäftigten aus, die bei Wohlfahrtsverbänden tätig sind, die sich am BAT orientieren und/oder Zuwendungen des Landes Berlin empfangen. Und diese Zahl summiert sich in Berlin auf immerhin 80.000 Menschen, die bei den Mitgliedsverbänden der »Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Berlin« beschäftigt sind. Zur »Liga« zählen:

- ◆ die SPD-nahe Arbeiterwohlfahrt
- ◆ der katholische Caritasverband
- ◆ das evangelische Diakonische Werk als mit Abstand größter Verband
- ◆ das Deutsche Rote Kreuz
- ◆ die Jüdische Gemeinde und
- ◆ der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, unter dessen Dach sich eine Vielzahl selbstständiger kleiner Einrichtungen versammelt hat.

Die Wohlfahrtsverbände, auch als »Träger der freien Wohlfahrtspflege« oder nur kurz als »Träger« bezeichnet, finanzieren sich grob vereinfacht aus verschiedenen Quellen:

- ◆ aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Dies ist im Schnitt ein kleiner Teil der notwendigen Einnahmen;
- ◆ aus selbsterwirtschafteten Geldern. Dieser Umfang schwankt je nach Einrichtung und Tätigkeitsfeld. So nehmen weder die zirka 1.000 Religionslehrkräfte Geld in den Schulen ein noch die mittlerweile auch beachtliche Zahl an LebenskundelehrerInnen der atheistischen Konkurrenz der »Humanisten«. Dagegen kann der Eigenanteil der Patienten in Pflegeeinrichtungen für den Haushalt des Trägers schon beträchtlich sein. Aber der Anteil der Eigeneinnahmen ist durchschnittlich betrachtet nie kostendeckend;
- ◆ aus staatlichen Mitteln unterschiedlicher Herkunft. Dies macht in der Regel den Löwenanteil aus.

Jetzt ist aber zu unterscheiden, wer staatlicherseits was zahlt.

1. Viele Sozialprojekte, vor allem im Bereich der Jugend- und Jugendberufshilfe, bekommen aus unterschiedlichen Töpfen Gelder der »Bundesanstalt für Arbeit«. Allein in Berlin hängen an diesen Zuschusstöpfen Tausende von Stellen. Im Gefolge von »Hartz« und der leeren Kassen sind diese Mittel massiv reduziert worden. Eine ganze Reihe von Projekten steht vor der Pleite, größere Entlassungen wurden durchgeführt oder stehen an.

2. Eine Haupteinnahmequelle für das Gros der Träger sind die Sozialkassen wie Pflegeversicherung und Sozialhilfe. Im Gefolge des Kollapses der staatlichen Finanzen werden diese Leistungen sukzessive heruntergefahren. So sind viele Einrichtungen strukturell unterfinanziert. Dies bedeutet, dass sie kontinuierlich zuwenig Einnahmen haben bei gleichbleibenden oder sogar ansteigenden Ausgaben und so permanent vom Konkurs bedroht sind. Auch deswegen wackeln bei großen Berliner Trägern derzeit 8000 bis 9000 Stellen.

3. Die Leistungen des Berliner Senates sind die zweite Haupteinnahmequelle. Im Bürokratendeutsch werden sie »Zuwendungen« genannt und die Adressaten sind logischer-

weise »Zuwendungsempfänger.« Diese Zuwendungen gibt es sowohl als Sachkostenzuwendung (für laufende Kosten, Büros, Projekte etc.) wie auch als Personalkostenzuschuss. So gibt es, um das Beispiel der Weltanschauungslehrkräfte im Berliner Schulwesen aufzunehmen, für Lebenskunde- und Religionslehrer einen staatlich bezahlten Teil von derzeit ca. 83 Prozent. Kirchen und Freidenker tragen nur den Rest. Analog oder ähnlich gilt dies für viele Tausend weiterer Stellen in anderen Bereichen. Um diese Leistungen des Berliner Senates soll es im Folgenden gehen.

Der Senat hat im Moment bezogen auf die Freien Träger der Wohlfahrtspflege zwei Bereiche, wo er zugunsten des Landeshaushaltes einsparen kann. Zum einen sind dies Streichungen bzw. Reduzierungen von Zuwendungen an die Träger. So plant der Senat bis zum Jahr 2004 allein in der Behindertenhilfe, den Trägern 73 Millionen Euro zu streichen. Aktuell will der Senat 127 Millionen bei der Erziehungshilfe streichen, was netto die Vernichtung von mehr als 2000 Arbeitsplätzen bedeutet.

Die Träger sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht in der Lage, ausgefallene Zuwendungen mit anderen Einnahmen oder Rücklagen zu kompensieren. Die Ausplünderung der Sozialkassen seitens der Regierenden und die Weitergabe der Finanzprobleme und Defizite an die Träger haben bereits seit langem zu einer strukturellen Unterfinanzierung geführt. Und was macht ein Wohlfahrts-Arbeitgeber, wenn Geld fehlt?

Genau das gleiche wie ein staatlicher Arbeitgeber. Anstatt die staatlichen Stellen wegen dieser unsozialen Politik (Vermögenssteuerverzicht!) unter Druck zu setzen, um eine Veränderung dieser Politik zu erreichen, geben die Träger diesen Druck ungerührt an die Beschäftigten weiter.

Als in Berlin die »Sozialpaktsverhandlungen« zwischen Senat und Gewerkschaften begannen, forderte der Ligavorsitzende Dane (Diakonisches Werk) die Übernahme des so genannten »Sozial«-Paktes des Landes Berlin auf den Wohlfahrtsbereich. Das Interesse der Träger war klar: Einfrieren bzw. Absenken der Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld reduzieren oder ganz streichen usw. Dies sollte die Ausgaben der Träger spürbar reduzieren und die angespannten Haushalte »entspannen«.

Der Senat im allgemeinen und Thilo Sarrazin im Besonderen waren an genereller Entspannung nicht und am Wunschzettel der Wohlfahrtsverbände überhaupt nicht interessiert. Ihnen geht es ausschließlich um die Entlastung des Landeshaushaltes.

Die Landesverwaltungen und Bezirksämter als zuwendungsgewährende Stellen bekamen am 26. Mai dieses Jahres, also vor Abschluss der Sozialpaktsverhandlungen, ein Rundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen, in dem die Änderung der Ausführungsvorschriften des Paragraphen 44 der Landeshaushaltsordnung mitgeteilt wurde und, dass die bisher »geltende Obergrenze für die Vergütungen und Löhne und sonstigen finanziellen Leistungen des BAT/BAT-O und des BMT-G/BMT-G-O nicht mehr maßgeblich ist.« Im Text hieß es unter anderem:

»Der Zuwendungsempfänger darf seine Beschäftigten finanziell nicht besser stellen als vergleichbare Dienstkräfte im unmittelbaren Landesdienst Berlins, insbesondere dürfen höhere Vergütungen oder Löhne als nach den für das Land Berlin jeweils geltenden Tarifverträgen sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen nicht gewährt werden. ... Bei

der Ermittlung des maximalen Zuwendungsbedarfs für Personalausgaben und für die Frage, ob eine Besserstellung vorliegt, sind nur noch die für das Land Berlin jeweils geltenden Tarifverträge heranzuziehen.«

Und damit die Wohlfahrtsverbände auch begreifen, wer in Berlin den Hammer schwingt und wer das Sagen hat, folgte eine klare Drohung:

»Die Zuwendungsempfänger haben grundsätzlich keinen Anspruch, dass ihre Arbeitnehmer mit denen des öffentlichen Dienstes gleichgestellt werden. Die zuwendungsrechtlichen Nebenbestimmungen schreiben nur das Verbot der Besserstellung der Mitarbeiter von Zuwendungsempfängern im Verhältnis zu Tarifen des öffentlichen Dienstes fest, jedoch nicht entsprechende Bezahlung durch den Zuwendungsempfänger, schon gar nicht garantieren sie mittelbar eine Förderung in dieser Höhe.«

Für die Mehrheit unserer Leserinnen und Leser ist es jetzt nötig, diese Bürokratsprache zu übersetzen. Es geht um dreierlei.

1. Die Wohlfahrtsverbände bekommen vom Senat Löhne und Gehälter der Beschäftigten nur noch in der Höhe refinanziert, die der Senat seinen Beschäftigten selbst zahlt. Sinken diese, durch Un-Sozialpakete oder andere schöne Einrichtungen, sagen wir um zehn Prozent, sinkt die Überweisung an den Freien Träger ebenfalls um zehn Prozent. Hat dieser Träger entweder den BAT vereinbart oder mit ver.di einen am BAT-angelehnten Tarifvertrag abgeschlossen, ist es seine Sache, wie er damit fertig wird. Perspektive: Entweder Tariffucht, also raus aus dem BAT, oder mit ver.di einen Notlagentarifvertrag abschließen, der den Mangel organisiert und im Prinzip der Tod auf Raten ist.

2. Grundlage auch perspektivischer Zuwendungen sind ausschließlich die Tarifverträge des Senats, womit dieser die Definitionsmacht darüber hat, was »Besserstellung« bedeutet.

3. Über den Verbänden schwebt die Guillotine von Herrn Sarrazin. Wenn sie nicht spüren, sprich sich ergeben in ihr Schicksal fügen, könnte er auch anders. Wie anders? Es gibt tatsächlich keinen Rechtsanspruch auf Zuwendungen in bestimmten Größenordnungen, ein Fakt, der auch in Diskussionen unter Wohlfahrts-Beschäftigten immer wieder zu blankem Erstaunen führt. Ein Beispiel. Die evangelische Kirche bekommt in Berlin eine stattliche Anzahl von Millionen Euro aus der Landeskasse. Im Vertrag, der dies seit Jahrzehnten regelt, steht, dass diese Zahlungen geleistet werden »nach Maßgabe der Haushaltslage«. Heißt auf Deutsch, ist diese schlecht bis katastrophal, kann der Senat einseitig, ohne Angst rechtlich belangt zu werden, die Zuwendungen auch drastisch reduzieren. Und dies gilt generell.

An dieser Stelle ist ein weiterer Einschub wichtig. Aktuell stehen in Berlin 71.000 Beschäftigten des Landes Berlin zirka 80.000 Beschäftigte der Wohlfahrtsverbände gegenüber. Dieses Verhältnis verändert sich kontinuierlich zu Gunsten der Wohlfahrtsverbände, da der Senat immer mehr Einrichtungen ausgründet und an die Wohlfahrtsverbände überträgt. Ein Beispiel: Im Berliner Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass sich der Senat bis zum Ende der Legislaturperiode 2006 von zwei Dritteln der rund 850 Kindertagesstätten trennt. Diese werden dann von Wohlfahrtsverbänden übernommen. Der Senat will dadurch insgesamt 60 Millionen im beschlossenen Doppelhaushalt sparen. Das kann er logischerweise nur, wenn er anschließend nach der Ausgrün-

dung nicht die bisherigen Kosten für Lohn und Gehalt weiterzahlen muss. Da die Träger die Differenz aus den bereits genannten Finanzierungsschwierigkeiten heraus nicht kompensieren können, bleibt nach betriebswirtschaftlicher Logik nur der Weg die Tarife zu senken. Dieser Mechanismus ist einfach und wird uns bundesweit seit Jahren vorgemacht.

ver.di nicht präsent

Wer geglaubt hatte, dass diese bekannten Fakten und Überlegungen bei den Tarifverhandlungen mit dem Senat eine Rolle gespielt hätten und dass ver.di-Berlin die Auswirkungen auf die 80.000 Wohlfahrtsbeschäftigten in den Planspielen mitberücksichtigt hätte, rieb sich nach der Lektüre des Tarifvertrages die Augen. Nichts!

Am 11. Juli gab es zur »Tarifrunde öffentlicher Dienst Berlin – Fragen und Antworten« einen Online-Chat mit Roland Tremper, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Berlin. Aus dem Protokoll dieses Chats zwischen 14 und 16 Uhr (Es ist auf der Homepage von ver.di-Berlin noch nachlesbar) möchte ich einen Teil zitieren:

Anonym: »Wir hätten gern gewusst, wie sich die Gewerkschaft ver.di eine Tarifeinigung für z.B. die Wohlfahrtsverbände vorstellen könnte, da wir anders als ÖD keine Personalüberhänge haben. Auch Beschäftigungsgarantien werden unsere Arbeitgeber kaum aussprechen. Dazu dann noch eine Zehn-Prozent-Absenkung wegen des Besserstellungsverbot der öffentlichen Hand im Zuwendungsbereich. Eure Vorschläge würden uns sehr interessieren.«

Tremper: »Diese Frage kann ich leider nicht beantworten. Bitte ruft bei ver.di-Berlin den zuständigen Fachbereich 3 unter der Telefon-Nr. 86 31 22 60 an.«

Von Brecht gibt es hierzu einen treffenden Kommentar: Der Zentrale fällt nichts ein, und die unten sollen es ausführen.

Alle Kolleginnen und Kollegen aus den Wohlfahrtsverbänden, die ich darauf ansprach, darunter eine Reihe von Betriebsrätinnen und Betriebsräten, hatten dazu nur eine Reaktion: Offensichtlich hat sich die Verhandlungsgruppe von ver.di überhaupt nicht darum gekümmert, welche Konsequenzen ihr Abschluss für uns hat und erst recht nicht darum, wie mit diesen Konsequenzen umgegangen werden soll. Wenn der politisch Verantwortliche für diese Verhandlungen hierzu nichts sagen kann und die Telefonnummer einer Fachsekretärin angibt, fragt man sich allen Ernstes, ob dies noch getoppt werden kann.

Wie geht es weiter?

Die Kolleginnen und Kollegen, die im Chat als »anonym« auftraten, haben das, was die Verantwortlichen im ver.di-Bezirk seit langem wussten und auch öffentlich erklärt hatten (dies ist u.a. nachzulesen in der »TAZ« vom 16. Oktober 2002), nur noch einmal angesprochen. Der Weg, den die Träger gehen wollen, ist klar vorgezeichnet:

Stufe 1: Die Gehälter werden um zehn Prozent gesenkt, da der Senat nicht mehr als diesen Satz refinanziert. Damit sind alle bisherigen Tarifverträge im Wohlfahrtsbereich Makulatur.

Stufe 2: Die Arbeitszeiten werden nicht verkürzt, da es bei den Trägern keine Überhänge gibt, sondern eher Personalmangel.

Stufe 3: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und sonstige Beschäftigungsgarantien werden die Träger nicht

aussprechen, weil bei der Unsicherheit und Beliebigkeit der staatlichen Zuwendungen eine seriöse Planung über einen mittelfristigen Zeitraum hinaus von kaum einem Geschäftsführer riskiert werden wird und von kaum einem Aufsichtsgremium der Träger gebilligt werden würde.

Stufe 4: Arbeitszeitkonten, mit denen zum Beispiel die Lebensarbeitszeit verkürzt werden kann, sind bei Trägern, wo das Gros der Einrichtungen nicht weiß, ob es sie in fünf Jahren noch gibt, nur dann praktikabel, wenn der Spitzenverband im Falle der Insolvenz des einzelnen Trägers dafür eintritt und die Konten als Schuldner übernimmt. Ich kenne keinen Träger, dem ich dies als freiwillige Leistung zutrauen würde.

Ergebnis: Mindestens zehn Prozent weniger Lohn und Gehalt ohne jeden Ausgleich.

Was bedeutet das für ver.di und die ver.di-Strukturen in den Wohlfahrtsverbänden? Ich sehe mehrere Entwicklungsmöglichkeiten:

1. Wenn ein kollektiver Ausweg und eine gangbare Perspektive seitens der Gewerkschaft nicht angeboten wird, suchen viele Beschäftigte individuelle Auswege. Und da bietet sich eigentlich neben dem Kirchenaustritt (geht natürlich nicht bei kirchlichen Trägern) nur der Gewerkschaftsaustritt an. Spart immerhin ein Prozent vom Gehalt. Dass auf diese Art und Weise der ver.di-Gesundheitsbereich, zu dem die Wohlfahrtsverbände gehören und der am allerwenigsten verantwortlich ist für das politische Chaos des Bezirks, dieses Chaos mit Mitgliedereintritten bezahlen muss, ist deprimierend.

2. Die Träger werden den Druck nach gewohntem Muster an die Beschäftigten weitergeben. Die Zahl der Träger, die Notlagentarifverträge beantragen, wird weiter zunehmen. Notlage bedeutet zeitliche Reduzierung von tariflichen Leistungen. Schließt ver.di ab, löst dies eine weitere Kette von Anträgen auf Notlagentarifverträge aus, auch von anderen Trägern, und ver.di schreddert im Ergebnis seine eigenen Tarifverträge. Oder ver.di akzeptiert dies nicht, dann werden nach bewährtem Muster die Träger die Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz schüren und die Betriebsräte und die Gewerkschaft für eventuelle Entlassungen und Insolvenzen verantwortlich machen. Diesen Druck auszuhalten ist auch für gestandene Interessenvertreter schwierig.

3. Oder die Träger greifen zum Tarifjoker und ziehen die so genannten »Christlichen Gewerkschaften« aus dem Hut. Die schließen immer zu allen Bedingungen ab und machen Arbeitgeberwünsche wahr. Das Brandenburger Deutsche Rote Kreuz hat beispielgebend am 13. Dezember 2002 mit dem »Deutschen Handlungsgehilfenverband« (der hieß bis 1933 Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und machte seinem Namen im Kampf gegen die Weimarer Republik alle Ehre) abgeschlossen und ver.di ausgebootet. Bei der AWO ist Ähnliches zu befürchten.

Wozu greift dann ver.di? Worauf orientieren die Betriebsrätinnen und -räte und die Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten, die verzweifelt versuchen, in diesem Strudel die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und gewerkschaftliche Gegenmacht zu erhalten oder aufzubauen?

Wenn es richtig ist, dass die Masse der Träger, die am Zuwendungstropf des Senats und des Bundes hängt, nicht in der Lage sein wird, massive Kürzungen dieser Zuwendungen zu kompensieren, ist das Ende der traditionellen Tarifpolitik gekommen. Selbst eine gute gewerkschaftliche Basisarbeit in

den Einrichtungen der Träger ändert an dem nicht vorhandenen Verteilungsspielraum nichts. Notlagen- und Haustarifverträge, so kurzfristig erträglich aufgrund gewerkschaftlichen Drucks sie auch immer ausfallen mögen, sind der Tod auf Raten. Wer in ver.di weiterhin »Tarifpolitik nach Vorschrift« machen will, entscheidet sich für die Sterbebegleitung der traditionellen Gewerkschaftsarbeit.

Wenn dies zutrifft und wenn wir als Gewerkschaft im Wohlfahrtsbereich eine Perspektive haben wollen, haben wir nur eine Option: Wir müssen den engen Rahmen der Tarifpolitik verlassen und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zum Thema in den Belegschaften machen. Wir müssen für ein Klima für eine gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten arbeiten. Es gab bei ver.di ein schönes Motto: Millionen müssen Steuern zahlen, Millionäre sollen es auch.

Wir werden es kaum schaffen die Beschäftigten mit der Forderung »Statt zehn Prozent Lohnkürzung mit uns nur acht Prozent« zu mobilisieren. Aber mit Forderungen nach Sonderabgaben für Vermögende, veränderten Besteuerungen für Millionäre etc. mit dem Ziel, damit die Länder und Kommunen wieder in die Lage zu versetzen auch die Zuwendungen an die Verbände und damit die Tarife zu sichern, sähe dies durchaus anders aus. Das setzt natürlich voraus, dass ver.di seine Presseerklärungs politik beendet, die bisher zu nichts geführt hat, in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wurde und die Gewerkschaftsmitglieder passiv bleiben ließ.

Als Alternative und um überhaupt wieder aus der totalen Defensive und Perspektivlosigkeit herauszukommen, muss auf die Stärkung der betrieblichen Gewerkschaftsverankerung orientiert werden. Parallel muss die Herstellung gesellschaftlicher Bündnisse für eine Umverteilung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit im Zentrum der Gewerkschaftspolitik stehen. Und da gibt es auch über die Gewerkschaften hinaus viele Bündnispartner, nicht nur bei attac und den Kirchen. Auch in Berlin lässt sich vermitteln, dass die Profitinteressen der 70.000 Anleger der Bankgesellschaft nicht so wichtig sein dürfen wie die Lebensinteressen Hunderttausender Arbeiter und Angestellter.

Aktuelle Perspektiven

ver.di wird versuchen, mit dem Senat für die Wohlfahrtsverbände nachzuverhandeln. Mittlerweile beschleicht mich das Gefühl, dass wie im Falle der GEW alle Knackpunkte bei den Verhandlungen ausgeklammert wurden, damit Wowereit/Bsirske überhaupt ein Ergebnis vorlegen konnten. Warum sollte der Finanzsenator im Nachhinein ohne Not Mehrbelastungen akzeptieren, wo er doch ausreichend nachgewiesen hat, dass ihm und seinem Hofstaat die Resultate des Sparfundamentalismus völlig schnurz sind?

Aber der Senat wird den Verbänden entgegenkommen, ohne dass es den Landeshaushalt belastet. Den Weg dafür hat die PDS in Berlin gebnet und per Pressemeldung der Öffentlichkeit mitgeteilt. »PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus 27. 8.2003 – Hauptausschuss schließt Benachteiligung von Mitarbeitern bei Freien Trägern aus. Das Mitglied im Hauptausschuss Marian Krüger erklärt:

In den vergangenen Tagen gab es nach Pressemeldungen eine große Verunsicherung wegen angeblich drohender Gehaltskürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Freier Träger bzw. der Absenkung von Personalzuschüssen



für die Zuwendungsempfänger. Der Hauptausschuss hat heute auf Antrag der Koalition beschlossen, dass es im Ergebnis des Berliner Tarifvertrages zu keinen pauschalen Absenkungen der Personalzuschüsse für die Träger kommen soll. Eine Benachteiligung der Mitarbeiter der Träger, die oftmals seit Jahren keine Gehaltserhöhungen und auch Zusatzleistungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, nicht im gleichen Maße erhalten haben, soll damit ausgeschlossen werden.

PDS und Finanzsenator Thilo Sarrazin waren in der Diskussion einig darüber, dass eine lineare Übertragung des Ergebnisses des Berliner Tarifvertrages für die Freien Träger der Wohlfahrtspflege, der Jugendhilfe sowie der sozio-kulturellen Projekte nicht möglich ist und nicht in Frage kommt. Zugleich müsse die Einhaltung des bundesweit geltenden sogenannten »Besserstellungsverbot«, wonach Mitarbeiter von Zuwendungsempfängern keine höheren Gehälter als vergleichbare Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bekommen dürfen, im Einzelfall überprüft werden.

Im Ausschuss bestand Einigkeit in der Einschätzung, dass dafür nur eine sehr geringe Anzahl von Trägern in Betracht komme, da die meisten Mitarbeiter der Träger nicht besser, sondern eher schlechter als der öffentliche Dienst bezahlt werden.

PDS-Fraktion geht davon aus, dass die Freien Träger von sich aus alle Möglichkeiten prüfen werden, um ihre Personalkosten zu senken. Dies wird jedoch nicht in der gesamten Trägerlandschaft möglich sein.

Was heißt das in die Umgangssprache übertragen?

- ◆ Statt pauschaler Absenkung der Zuwendungen, gegen die zumindest theoretisch auch pauschaler Widerstand möglich gewesen wäre, werden viele Tausende von Einzelprüfungen stattfinden und die Betroffenen individualisiert.
- ◆ Eine lineare Übertragung des Tarifabschlusses beim Senat kommt nicht? Eine nichtlineare reicht auch.
- ◆ Wenn die PDS-Fraktion davon ausgeht, »dass die Freien Träger von sich aus alle Möglichkeiten prüfen werden, um ihre Personalkosten zu senken«, lässt sich das nur verstehen als Aufforderung an die Träger, die Schmutzarbeit zu übernehmen und die Löhne zu drücken.

Oh Herr, bewahr mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich selbst fertig.

U. P., aus »berlin von unten« ■

Hier spricht ein verantwortungsbewußter, staatstragender Gewerkschaftssekretär: Wir sind doch nicht betroffen...

Auszüge aus einem Interview mit Frank Bäsler, Bezirkssekretär im Bereich Verkehr der Gewerkschaft ver.di in Berlin (Junge Welt, 22.9.2003)

Nach den Plänen des Vorstandes der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) soll die Belegschaft von 13.000 auf 6000 verkleinert werden. Den verbleibenden Beschäftigten soll ihr Einkommen um 30 Prozent gekürzt werden.

Bäsler: Das ist völlig illusorisch und aus der Luft gegriffen. Weder der Aufsichtsrat noch sonst ein Entscheidungsgremium hat dem zugestimmt. Das ist einzig und allein auf dem Mist des Vorstandsvorsitzenden Andreas Graf von Armin gewachsen.

Die Einkommen können nicht so einfach um 30 Prozent gekürzt werden. Wir leben hier schließlich nicht in einer Bananenrepublik, in der eine Person, auch wenn sie von Adel ist, entscheiden kann, wieviel Lohn jemand bekommt. Es gibt Tarifverträge und gesetzliche Bestimmungen, an die sich die BVG zu halten hat. Wer hier Veränderungen möchte, muss über die Arbeitgeberverbände verhandeln. [...]

■ BEI DER BVG DROHEN ENTLASSUNGEN UND MASSIVER LOHNABBAU

ver.di noch ohne Bahnsteigkarte

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) haben angekündigt, rund ein Drittel des jetzigen Personals zu entlassen. Damit kommt für die BVG-Beschäftigten die nächste Etappe in der Umwandlung eines traditionsreichen städtischen Versorgungsunternehmens zu einem »schlanken« und profitablen Unternehmen, das, so die Vorstandsplanung, eine »Expansion auf Drittärkte über Kooperationen und durch Beteiligungen an Ausschreibungen auch außerhalb von Berlin« anpeilt.

1992 hatte die BVG noch zirka 28.000 Beschäftigte. Von den derzeit noch etwa 14.000 Arbeitsplätzen sollen nach den Plänen der BVG in zwei Jahren über 4500 abgebaut werden. Macht unter dem Strich den Verlust von zwei Dritteln aller Arbeitsplätze innerhalb von zwölf Jahren bei fast gleich bleibendem Angebot im Nahverkehr. Im Ergebnis stieg die Produktivität zwischen 1993 und 2002 auf das Doppelte. Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten, sowohl der Fahrer und Fahrerinnen wie auch in der Verwaltung, sind in den vergangenen Jahren extrem gestiegen. »Durch die Produktivitätssteigerung der letzten zehn Jahre wird heute für den gleichen Lohn und das gleiche Gehalt wesentlich mehr gearbeitet als früher. 1992 ist ein Busfahrer zirka 10.000 Kilometer im Jahr gefahren, und jetzt fährt er 20.000 Kilometer. Die Leistungsverdichtung ist für alle Beschäftigtengruppen exorbitant, auch in der Verwaltung.« (Uwe Nitzgen, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der BVG, jW vom 11. 9. 2003)

Damit nicht genug. Nach der Devise, wer viel arbeitet, hat weniger Zeit zum Geldausgeben, sollen den verbliebenen Beschäftigten die Löhne und Gehälter um 30 Prozent gekürzt werden. »Langfristig wollen wir in Berlin einen Marktanteil von 80 Prozent sichern. Dazu brauchen wir 70 Prozent des

ver.di ist also bereit, weitere Verhandlungen zu führen. Für die Beschäftigten gibt es dabei doch nichts zu gewinnen.

Kein Mensch nimmt gern Einschnitte hin. Aber wenn man damit die Wettbewerbsfähigkeit steigert und dadurch Arbeits- und Ausbildungsplätze erhält, sind die Kollegen dazu bereit.

Das scheint nicht zu funktionieren. Die Produktivität hat sich bei der BVG in den 90er Jahren verdoppelt. Dennoch werden die Arbeitsplätze nun zur Disposition gestellt.

Ja, aber wer stellt die denn zur Disposition? Ich bin bei den Geheimgesprächen nicht dabei, und der Vorstandsvorsitzende hat es ja offensichtlich nicht nötig, mit Aufsichtsrat und Arbeitnehmern zu sprechen. [...]

Zunächst müssten die politisch Verantwortlichen doch die Frage beantworten, wieviel Mobilität sie den Bürgern zu welchem Preis gewährleisten wollen. Wenn der Senat dann tatsächlich sagt, wir wollen die Hälfte der Buslinien nicht mehr, haben wir ein Problem, müssen wir gucken, was wir mit den Menschen machen.

Der Nahverkehr gehört zu den kampfstärksten Bereichen der Gewerkschaft. Ist es nicht an der Zeit, diese Kampfkraft in die Waagschale zu werfen?

Nein, überhaupt nicht! Wir hoffen immer noch auf eine vernünftige Lösung. Meine Kollegen bei der BVG wollen nichts

weiter, als für angemessene Entlohnung ordentlich ihre Arbeit zu machen. Mit einem Streik trifft man doch nicht den Vorstand oder die Politiker, sondern die Kunden der BVG, die dafür am wenigsten können.

Viele andere Möglichkeiten, als ihren Interessen mit Streik Nachdruck zu verleihen, haben die Beschäftigten ja nicht.

Wir schließen keine Maßnahmen aus. Bei der Betriebsversammlung hat ein Kollege sehr treffend gesagt, er habe überhaupt keine Lust zu streiken, aber wenn man ihm seine Existenzgrundlage wegnehmen will, werde er dafür kämpfen. Aber so weit sind wir noch nicht.

Erst die Tarifabsenkung im öffentlichen Dienst, jetzt Ähnliches bei der BVG. Die Belegschaften werden alle einzeln zur Schlachtbank geführt. Warum lässt die Gewerkschaft das zu?

Genau wie wir als Gewerkschaft erwarten, dass unsere Partner sich an Recht und Gesetz und an die ausgehandelten Verträge halten, genauso müssen auch wir ein zuverlässiger Partner sein. Die BVG ist wie andere Berliner Betriebe Mitglied im Arbeitgeberverband, für den die bundesweiten Tarifverträge gelten. Und solange der Tarifpartner tariftreu ist, gibt es überhaupt keinen Grund, die Belegschaft in eine Auseinandersetzung einzubeziehen, von der sie nicht betroffen ist. ■



derzeitigen Personals, das 70 Prozent des jetzigen Verdienstniveaus erhalten soll», so der Vorstandsvorsitzende der BVG, Andreas Graf von Arnim, (Berliner Zeitung, 18. September 2003). Die recht unterschiedlichen Zahlenangaben der vergangenen zwei Wochen lassen sogar noch Schlimmeres erwarten. Eine »Beratergruppe« um die Berliner Volksbank und Lexington Consult, die sich derzeit um den Auftrag der Arbeitsplatzliquidierung bemüht, geht für das Jahr 2006 sogar von »einem Kernbestand« von 6000 Beschäftigten bei der BVG und rund 1300 bei der Tochtergesellschaft Berlin Transport aus. Besonders makaber ist die Person eines der Berater, der die BVG-Spitze beim Personalabbau berät. Es ist Dr. Kurt Lange. Er war mehrere Jahre Berliner ÖTV-Vorsitzender und der bestangezogene Gewerkschaftsvorsitzende aller Zeiten. Er gab dann ein kurzes Gastspiel als Arbeitsdirektor bei der BEWAG, um anschließend als Unternehmensberater zu arbeiten, unter anderem als Berater des Senats

beim Personalabbau im öffentlichen Dienst. Er dürfte dabei nicht schlecht verdient haben, in jedem Fall wesentlich besser als die BVG-Kolleginnen und Kollegen.

Deren Verdienste bewegen sich nicht in einem Bereich, der eben mal eine 30-prozentige Kürzung verträgt. »Ein Busfahrer mittleren Lebensalters, so um die 40 Jahr alt, hat derzeit ein Bruttogehalt von 2000 Euro. Wenn Sie davon 20 Prozent abziehen – das sind die Zahlen, über die diskutiert wird – hat er noch 1600 Euro.« (Uwe Nitzgen)

Inzwischen geht es aber schon um 30 Prozent und nicht mehr um 20 Prozent. Mit »Aussteigerprämien« von mehreren 10.000 Euro soll den Beschäftigten der Arbeitsplatzverlust versüßt werden. Dass dies nicht ausreichen wird, ist jedoch klar. Eine »Beratergruppe« um die West LB bewirbt sich um den Massenentlassungsjob bei der BVG, in dem sie dafür sorgen will, »dass betriebsbedingte Kündigungen mittelfristig ermöglicht werden« (Berliner Zeitung, 17. September 2003).

Geht ver.di auf Tauchstation?

Von der für die Verkehrsbetriebe zuständigen Gewerkschaft ver.di wird allerdings jeder Versuch abgewiegelt, auch nur nach Protest, Unruhe oder Maßnahmen gegen den Arbeitsplatzabbau zu fragen. Der zuständige Bezirkssekretär, Frank Bäsler, bezeichnete in einem Interview in der »jungen Welt« vom 22. September die bisher bekannt gewordenen Pläne der BGV als völlig illusorisch. Sie wären lediglich ein Fantasieprodukt des Vorstandsvorsitzenden. Allerdings muss sich Bäsler die Frage stellen, warum die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat am 17. September die Auftragsvergabe zum Arbeitsplatzabbau und Lohnkostensenkung an eine der Bietergruppen abgelehnt haben. Haben sich die West LB und die Berliner Volksbank nur auf Verdacht beworben? Früher hieß es mal, dass die Deutschen, wenn sie eine Revolution machen wollen, zunächst eine Bahnsteigkarte lösen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der BVG,

wir haben uns in unserer heutigen Vorstandsklausur auch mit den Informationen beschäftigt, die wir zur aktuellen Entwicklung der BVG erhalten haben. Uns entsetzt die Absicht des Arbeitgebers, ein traditionsreiches und bewährtes Unternehmen wie die BVG praktisch zu halbieren und für den Rest die Löhne zu drücken. Als Beschäftigte und Personalvertreter der beiden christlichen Kirchen und ihrer Sozialträger, die in Berlin-Brandenburg zirka 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, können wir uns gut vorstellen, wie sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen fühlen. Wir haben in den letzten Jahren mannigfaltige Erfahrungen mit drastischem Personalabbau und zunehmender Lohnrückerei gemacht. Diese Entwicklung wird bei uns weitergehen und war heute im Zentrum unserer Beratungen.

Wir möchten den Kolleginnen und Kollegen der BVG unsere Solidarität versichern. Wir stehen in diesem Konflikt auf ihrer Seite und auf der Seite ihrer Familien. Wir werden unsere Möglichkeiten zu ihrer Unterstützung einsetzen und der Meinungsmache entgegenreten, als wäre die Beseitigung Tausender Arbeitsplätze der BVG im Interesse der Steuerzahler und Kunden.

Die Arbeitgeber – ganz egal ob Private oder Staatliche – scheinen das Gefühl zu haben, dass sie auf nichts mehr Rücksicht nehmen müssen und sich alles erlauben können. Erst der Tarifbruch und der Un-Sozialpakt beim Senat, dann die Finanzrückerei und die Aufforderung

zum Tarifbruch gegenüber den Wohlfahrtsverbänden, jetzt die BVG, morgen Vivantes und, und, und. Erst filetiert, dann abserviert.

Demgegenüber wehrt sich bisher jeder bedrohte Bereich für sich selbst, während die Arbeitgeber ganz offensichtlich koordiniert vorgehen. Es ist kein Geld da, hören auch wir immer. Aber wenn nur eine bestimmte Summe Geldes und viel weniger als notwendig da ist, ist es dann gewerkschaftliche Aufgabe, dass sich die unterschiedlichen Belegschaften und die unterschiedlichen Interessensvertretungen um diese Summe schlagen und mit dem Wohlwollen der Arbeitgeber gegeneinander in Konkurrenz treten?

Wir meinen, dass es höchste Zeit ist, dass sich die Beschäftigten im Land Berlin und ihre Interessensvertretungen zusammentun, um organisiert und einheitlich deutlich zu machen, dass ein funktionierender Personennahverkehr, dass eine patientenfreundliche Gesundheitsversorgung, Kindertagesstätten und Schulen und vieles andere keine Luxusgüter sind, sondern von den Menschen dieser Stadt für ihre Lebensqualität gebraucht werden.

Wir meinen, dass es im Land des Exportweltmeisters möglich sein muss, dafür die nötigen Mittel bereitzustellen. Millionen zahlen Steuern, Millionäre sollen es auch.

Wir bitten euch, uns über die weitere Entwicklung bei euch auf dem Laufenden zu halten.

Mit kollegialen Grüßen, U. P.,

aus: »berlin von unten« ■

Tatsächlich ist es bei ver.di noch viel schlimmer. Der zuständige Bezirkssekretär, Frank Bäsler, leistete in einem Interview mit der »jungen Welt« (siehe Kasten) den Offenbarungseid. 1. Wer Kürzungen wolle, so Bäsler, müsse mit ver.di verhandeln. 2. ver.di ist zu Verhandlungen bereit. 3. Leider würde niemand mit ver.di oder ihm, Bäsler, reden. 4. Kämpfen können wir nicht, da wir uns an Recht und Gesetz halten. Gehen sie zurück auf Los...

Leider kann ver.di dort nicht mehr hin. Denn die heutige BVG ist nicht mehr die von vor 1992. Zehn Jahre sozialverträglichen Personalabbaus haben die Landschaft der BVG nachhaltig verändert, und ÖTV/ver.di haben daran einen beträchtlichen Anteil. Der BVG-Direktor für Personal und Soziales, Hilmar Schmidt-Kohlhaas, brachte es am 23. Oktober 2000 bei einer Tagung der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »Busse und Bahnen im Wettbewerb, die Zukunft des Berliner öffentlichen Personennahverkehrs im europäischen Binnenmarkt« in seinem Vortrag: »Wie macht sich die BVG fit für den Wettbewerb?«, auf den Punkt. Es gäbe bei der BVG vier »Erfolgsfaktoren für die strategische Zukunftsausrichtung im Verkehrsmarkt«, für das so genannte BSU-Umstrukturierungsprogramm. Als vierten nannte er: »Konsens mit den Arbeitnehmervertretungen als der eigentliche Schlüssel für das BSU-Programm: Durch den frühzeitigen Einbezug der Arbeitnehmervertretungen habe die BVG den Grundstein für die sozialverträgliche Umsetzbarkeit und das Erreichen der Sanierungsziele gelegt. So habe es bisher wegen der Umsetzung des Sanierungsprogramms noch keinen einzigen Streiktag gegeben.«

Dieses Sanierungsprogramm war die Generalprobe für das, was den BVG-Beschäftigten jetzt ins Haus steht

Als 1995 der Senat erstmals bei der BVG betriebsbedingt kündigen wollte, kam es zum Streik. In der Folge wurden mit Zustimmung der ÖTV bei der BVG-Fahrdienst- und Servicegesellschaften gegründet, die deutlich niedrigere Löhne zahlen. Die wichtigste ist die BT (Berlin-Transport), die im Auftrag der BVG Busse und Bahnen betreibt und die Ende des letzten Jahres rund 1050 Beschäftigte hatte. Angestrebt hatte die BVG-Spitze mindestens 3000 Umsetzungen in die billigeren Tochterfirmen und hatte dies den Beschäftigten der Mutter-BVG auch durch Prämien versucht zu versüßen. Aber auch BVG-Beschäftigte können rechnen und wussten, dass im privaten Nahverkehrsbereich zirka 30 Prozent niedrigere Löhne gezahlt werden und dass dies das Ziel der BVG-Spitze war hier gleichzuziehen. Es schieden in dieser Phase viele Beschäftigte mit guten Abfindungen aus der BVG aus und wechselten zu anderen Arbeitgebern, aber nicht zu den BVG-Töchtern, denen in dieser Zeit viele Busfahrer fehlten, was zu massiven Fahrplanproblemen führte.

Im Ergebnis konnte das Sanierungskonzept in diesem Bereich nicht realisiert werden, und es war seit Jahren klar und veröffentlicht, dass der Senat seine finanzielle Unterstützung für die BVG von jährlich 822 Millionen DM auf maximal 489 Millionen DM reduzieren würde. Um zu merken, dass damit die BVG trotz gestiegener Fahrgastzahlen und zunehmender Arbeitsproduktivität in Finanzprobleme geraten würde, reichte das kleine Einmaleins aus. Und dass Finanzprobleme auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetra-

gen werden, ist in Berlin keine Neuigkeit mehr. Jetzt versucht die BVG-Spitze die Konditionen der BVG-Töchter auf die Mutter zu übertragen. Das was die ÖTV abschloss, um die Kernbelegschaft zu schützen, kommt als Bumerang zurück.

Gewerkschaftliche Kampfkraft durch gemeinsames Vorgehen

Es müsste sich nach diesen Erfahrungen eigentlich auch bei ver.di und dem Personalrat der BVG die Einsicht durchgesetzt haben, dass der »sozialpartnerschaftliche Konsens« einseitig von den Arbeitgebern aufgekündigt wurde. Der den Kolleginnen und Kollegen von oben aufgezwungene Klassenkampf sollte endlich zu einem gemeinsamen Widerstand aller Bereiche führen. Um die jetzigen Kürzungspläne des BVG-Vorstandes zu durchkreuzen, muss die BVG ihre gesamte Kampfkraft in die Waagschale werfen. Hierfür brauchen die Kolleginnen und Kollegen gute Argumente, die sich auch leicht finden lassen.

Ein funktionierender öffentlicher Personalverkehr, gute Kitas und Schulen sowie andere wichtige öffentliche Dienstleistungen werden von den Regierenden und Arbeitgebern als kaum noch zu bezahlende Luxusgüter deklariert. Preise 'rauf und Kosten 'runter! Das ist ihre Devise. Die angeblich überbezahlten Angestellten des öffentlichen Dienstes werden zu den Sündenböcken der jetzigen Haushaltskrise gestempelt. Eine Politik, der nur mit einem breiten Widerstand der Beschäftigten und der Berliner Bevölkerung zu begegnen ist und sich gegen die wirklichen Verursacher der gegenwärtigen Krise richtet, muss: Großkonzerne und Banken, die keine Steuern mehr bezahlen, aber Milliarden an Subventionen in den letzten Jahren bekommen haben. Und Unternehmensvorstände, die sich auf Kosten der Beschäftigten bereichern. Gerade der jetzige Vorstandsvorsitzende der BVG kann als symbolträchtige Figur für die jetzige Politik gesehen werden: Er verdient jährlich 250.000 Euro! Und er bekommt Erfolgsprämien, wenn er das Personal entsprechend der vom Vorstand und Senat geforderten Zielvorgaben abbaut.

Die Kolleginnen und Kollegen der BVG und der S-Bahn haben eine verantwortliche Tätigkeit. Rund um die Uhr sollen sie die Menschen dieser Stadt sicher transportieren. Hierfür soll es nicht einen Hungerlohn, sondern eine anständige Bezahlung geben. Daher sind Lohnkürzungen abzulehnen. Auch ist ein weiterer Personalabbau nicht zu akzeptieren. Die gestiegene Arbeitsverdichtung auf Grund des Stellenabbaus hat bereits unzumutbare Arbeitsbedingungen geschaffen.

Die ab 2008 geltenden Europäischen Richtlinien zur Liberalisierung des EU-Binnenmarktes sind nicht im Sinne der europäischen Arbeitnehmer. Dem den Kolleginnen und Kollegen von den europäischen Regierungen aufgezwungene Unterbietungswettbewerb und dem Profitstreben der Konzerne müssen wir eine gemeinsame Politik der europäischen Arbeitnehmervertretungen entgegenstellen. Dem Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die geringsten Löhne müssen wir die Solidarität der Beschäftigten und der NutzerInnen des öffentlichen Verkehrs entgegensetzen. Angemessene Mindeststandards müssen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes durchgesetzt werden. Standards, die sich nicht an den niedrigsten, sondern am höchsten Niveau orientieren. ver.di sollte hierfür eine Vorreiterrolle spielen.

S. M./J. W., »berlin von unten« ■



Fritz Stein

18. MAI 1920 – 21. FEBRUAR 2003

Am 21. Februar 2003 ist unser Genosse Fritz Stein im Alter von 82 Jahren in seiner Heimatstadt Bremen gestorben.

Fritz Stein stammte aus einer Familie, die politisch von den Bremer Linksradikalen geprägt war. Sein Vater Ludwig Stein hatte zu den Arbeitern gehört, die die Bremer Räterepublik verteidigten. Am 4. Februar 1919 hatte er (als Leiter der militärischen Abteilung der KPD) an der großen Weserbrücke hinter einem Maschinengewehr gelegen und gemeinsam mit anderen Arbeitern, vor allem aus Hafen und Werften, versucht, den Vormarsch des konterrevolutionären Corps Caspari aufzuhalten. Aber sein Vater hatte auch das Schicksal der Genossen teilen müssen, die aufgrund ihrer Kritik am linksradikalen Kurs der Fischer/Maslow-Führung bereits 1924 aus ihrer Partei, der KPD, ausgeschlossen wurden. Immer wieder, auch in seinen bildhauerischen Arbeiten, hat sich Fritz auf diese aktive Zeit seines Vaters bezogen, die ihm durch die Berichte seines Vaters gegenwärtig blieb.

In den dreißiger Jahren ging er in die Gürteler- und Bauschlosslerlehre. Im Alter von zwanzig Jahren wurde er als Soldat eingezogen. Er kam an die Ostfront und geriet in der Sowjetunion in Kriegsgefangenschaft.

1946 kam er mit 25 Jahren zurück nach Bremen. Durch seinen Bruder Christl, der zusammen mit Heinz Kundel das organisatorische Zentrum des Bremer SAP/KPO-Kaders bildete, wurde er in die politische Arbeit einbezogen, ab 1948 als Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik. Er half, die hektographierten Broschüren und Rundschreiben Heinrich Brandlers und August Thalheimers zu verbreiten sowie die ersten Ausgaben der »Arbeiterpolitik«, die ohne Lizenz der Besatzungsmächte erschien. Auf Schulungsabenden und politischen Veranstaltungen, die die Gruppe organisierte, lernte er auch Waldemar Bolze kennen, der über den Widerstand der Arbeiter in Salzgitter gegen die Demontage der Hütte berichtete und zur Entwicklung der Gewerkschaften Stellung nahm.

Von 1950 bis 1954 studierte Fritz Stein an der staatlichen Kunstschule in Bremen Bildhauerei. In seiner Ausbildungszeit hat er am Wiederaufbau historischer Baudenkmäler wie der Bremer Stadtwaage mitgewirkt: Er war an den Steinmetzarbeiten nach historischen Vorlagen beteiligt. Anschließend arbeitete er als freischaffender Künstler, anfangs unter schweren Bedingungen. Sein Lehrer, der Bildhauer Gerhard Schreiter, unterstützte ihn mit Arbeitsaufträ-



Vor dem U-Boot-Bunker in Bremen-Farge:
Das Mahnmal für die Zwangsarbeiter und die
Opfer unter ihnen, die während des Baues
ums Leben kamen.



gen. Den Durchbruch erzielte er in Bremen mit einer Skulptur für die Technische Hochschule. Weit über Bremen hinaus bekannt geworden ist sein Mahnmal für die zahlreichen Opfer unter den Zwangsarbeitern, die den U-Bootbunker »Valentin« in Bremen-Farge bauen mussten.

Als 1959 der Redakteur der »Arbeiterpolitik« in die SPD eintrat und die Zeitung nicht mehr erschien, gaben die Bremer Genossen, an deren Seite Fritz blieb, die politische Arbeit nicht auf. Sie nahmen Kontakt zu Heinrich Brandler in Hamburg auf, gewannen seine Mitarbeit und gaben ab 1960 die »Briefe an unsere Leser, Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik« heraus. Fritz zeichnete im Impressum als verantwortlicher Herausgeber.

Besonders beschäftigten Fritz Leserversammlungen in den 60er Jahren, auf denen sich die Bremer Gruppe, unterstützt von Henry Ritzer aus Nienburg, bemühte, die Geschichte der Sowjetunion aufzuarbeiten, insbesondere die Periode der Industrialisierung, die von der bürgerlichen Presse als »Stalinismus« abgetan und denunziert wurde. Die Diskussionen halfen Fritz, seine Eindrücke aus Krieg und Gefangenschaft aufzuarbeiten. Er lernte verstehen, warum er nicht »das Vaterland aller Werktätigen« kennen gelernt hatte: Die große Mehrheit der Bevölkerung bestand zur Zeit der Revolution aus Bauern, vielfach Analphabeten. Die erhoffte Revolution in den industrialisierten Ländern Westeuropas blieb aus, die Gefahr, dass nach dem Interventionskrieg die kapitalistischen Staaten erneut angreifen könnten, blieb gegenwärtig. Zur Verteidigung der Unabhängigkeit musste eine eigene Industrie aufgebaut werden. Bauern wurden in großer Zahl zur Industriearbeit gezwungen, die Ernährung wurde gewährleistet durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. An die Stelle der Räte-demokratie traten Reglementierung und staatliche Gewalt. Der Abwehr-

krieg nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht konnte nicht als sozialistischer, sondern nur als »großer vaterländischer Krieg« geführt werden.

Bei der Auseinandersetzung um die Gewerkschaftspolitik der Gruppe auf der Klöcknerhütte zur Zeit der Septemberstreiks 1969 teilte Fritz die Sorge mehrerer älterer Genossen, die Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie könne – ähnlich wie die RGO-Politik der KPD 1928 – zur Isolierung unter den gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen führen. Sie organisierten die Herausgabe eines eigenen Blattes, »Unser Weg«, und schlossen sich später den Nürnberger Genossen um die »Arbeiterstimme« an.

Das künstlerische Werk, das Fritz Stein hinterlässt, ist nicht zu trennen von den politischen Einsichten, die er im Laufe seines Lebens gewann. Beispielhaft genannt sei sein Gegenentwurf zur »Altmannshöhe«, dem Ort nationalen Gedenkens für die gefallenen Gerstenberger und Caspari-Corps-Leute, die die Bremer Räterepublik blutig niederschlugen. Oder sein Engagement für das Denkmal des unbekanntes Deserteurs in Bremen-Vegesack, das eine bundesweite Auseinandersetzung um die Anerkennung der Deserteure des 2. Weltkrieges auslöste. Das Denkmal steht jetzt im Vegesacker Bürgerhaus. Er wirkte als Künstler auch unter Arbeitslosen und Strafgefangenen, die er zu eigenen Arbeiten anregte.

Fritz hat sich, so lange es ihm seine Kräfte erlaubten – politisch und im Rahmen seiner künstlerischen Tätigkeit – für die Rechte der Arbeitenden und der Arbeitslosen, gegen rechtsradikale Tendenzen und für den Frieden eingesetzt. »Der Kampf der Unterdrückten bleibt der Kampf der Unterdrückten« – er hat festgehalten am Ziel einer Gesellschaft, in der Menschen nicht durch Menschen ausgebeutet werden.

U.P. HB ■